

Andreas Mölzer
(Hg.)

Über Mitte-Rechts- Koalitionen, ...



... „Brandmauern“
und über
politische
Mutlosigkeit

Bildnachweis Titelbild:

Nehammer: Parlamentsdirektion/Johannes Zinner,

Babler: Parlamentsdirektion/David Bohmann

Meinl-Reisinger und Kogler: Parlamentsdirektion/Anna Rauchenberger

ISBN 978-3-950-5389-5-3

© 2024. Alle Rechte vorbehalten.

Medieninhaber/Hersteller/Herausgeber:

Freiheitliches Bildungsinstitut

Gesellschaft für Politik, Kultur und Meinungsfreiheit (FBI)

Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien

www.fbi-politikschule.at

Die in dieser Publikation vertretenen Standpunkte müssen nicht den Ansichten des FBI oder einzelner seiner Mitarbeiter entsprechen. Der Meinungsfreiheit verpflichtet, legt das Institut darauf Wert, auch solchen Meinungen eine Plattform zu bieten, die dem Zeitgeist allenfalls entgegenstehen. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird in den Medien des Freiheitlichen Bildungsinstituts das generische Maskulinum verwendet. In diesem Fall sind männliche wie weibliche Personen gleichermaßen einbezogen.

Inhaltsverzeichnis

Nun geht es um den Wählerwillen von Herbert Kickl	7
Bürgerblock als Chance von Andreas Mölzer	9
BÜRGERLICHE KOALITIONEN IN ÖSTERREICH	15
Die Brandmauern von Andreas Unterberger	16
Aufstieg unter Strache von Friedrich-Wilhelm Moewe	22
Eine Ära mit Jörg Haider am Dirigentenpult von Walter Tributsch	28
Kärntner Erfahrungen von Andreas Skorianz	35
Normalität der Ersten Republik von Lothar Höbelt	41
Ein bewusstes Gegenmodell von Wilhelm Brauner	43
BÜRGERLICHE KOALITIONEN IM EUROPÄISCHEN VERGLEICH	49
Problembär CDU von Lothar Höbelt	50
Vom langen Marsch deutscher Rechtsparteien von Bernd Kallina	57

Das war das hohe „C“ von Albrecht Rothacher	64
Warum die AfD nicht unterzukriegen ist von Markus Buchheit	70
Ausgegrenzte und Integrierte von Bernhard Tomaschitz	76
Orbán's Ungarn – Vorbild für Österreich von Erich Körner-Lakatos	82

INHALTE BÜRGERLICHER KOALITIONEN

89

Brandmauern und anderer Unsinn von Norbert van Handel	90
ÖVP als linker Mehrheitsbeschaffer von Werner Reichel	93
Politik der ökonomischen Vernunft von Andreas Tögel	100
Freiheitlich-konservative Sozialpolitik Von Fritz Simhandl	106
Verteidigung der (Rest-)Souveränität Von Johannes Hübner	114
Asylpolitik als Nagelprobe Von Petra Steger	118

INTERVIEWS

125

„Nehammer wird die Austro-Ampel schmieden“ Interview mit Norbert Hofer	126
„Echte Veränderung nur mit FPÖ möglich“ Interview mit Udo Landbauer	128
„Respekt gegenüber dem Votum der Wähler ist entscheidend“ Interview mit Marlene Svazek	130

„Die Ampel hat Deutschland in eine Staatskrise manövriert“	134
Interview mit Alice Weidel	
„In Wahrheit eine Verfassungskrise“	138
Interview mit Norbert Nemeth	
„Diskurs nicht auf die Straße verlagern“	141
Interview mit Arnold Schiefer	
„Reaktionen der Antifa nach dem FPÖ-Sieg sind antidemokratisch“	144
Interview mit Peter Westenthaler	
„Medien haben zu informieren und nicht zu kampagnisieren“	149
Interview mit Gerald Grosz	
Zitate über die beiden schwarz–blauen Koalitionen	152

Nun geht es um den Wählerwillen

Vorwort

VON HERBERT KICKL

Die Nationalratswahl am 29. September 2024 stellt das politische System in Österreich vor eine entscheidende Frage: Soll das Wahlergebnis anerkannt und eine den Präferenzen der Wähler entsprechende Regierung gebildet werden? Oder soll die Mehrheit zugunsten eines bedingungslosen „Weiter so“ ignoriert werden?

Auf diese Frage gibt es für einen überzeugten Demokraten eigentlich nur eine Antwort. Und doch beharren ausgerechnet diejenigen, die sich besonders lautstark mit ihrer demokratischen Gesinnung brüsten, auf der offensichtlich falschen Alternative.

Die Entscheidung liegt nun bei jener Partei, die in der Wahlausinandersetzung immer wieder darauf pochte, die „Mitte“ zu repräsentieren. Wenn damit die Mitte eines demokratischen Spektrums gemeint war, so folgt daraus, dass dieses Spektrum von links nach rechts reicht und beide Seiten gleichermaßen Teil der Demokratie sind. Dass es erforderlich ist, diese Banalität eigens zu betonen, liegt daran, dass notorische Errichter von „Brandmauern“ das demokratische Spektrum bewusst einengen. Dabei gebricht es ihnen nicht nur an Respekt vor dem politischen Mitbewerber, sondern insbesondere an logischem Denken. Denn wer andere Meinungen als die



eigene für undemokratisch erklärt, der ist natürlich kein Retter der Demokratie, sondern ihr Zerstörer.

An die Stelle der Logik setzen diese Kreise den Irrglauben, dass Wahrheit durch die ständige Wiederholung des Falschen entsteht. Als Verstärker nutzen sie dabei eine zunehmend kritiklose Medienlandschaft und die von der herrschenden Politik selbst finanziell aufgepäppelte „Zivilgesellschaft“. Das offensichtliche Ziel: Die selbsternannte Mitte soll sich selbst zur „Brandmauer“ gegen alle politischen Kräfte rechts von ihr erklären.

In Deutschland ist das dank des von Angela Merkel durchgepeitschten Linksrucks der einst konservativen CDU bereits weitgehend gelungen. In Österreich naht die Stunde der Entscheidung. Die geschwächten Repräsentanten der ursprünglich bürgerlichen ÖVP können jetzt Mut zeigen oder in der Feigheit verharren, durch die sie sich selbst während der letzten fünf Jahre zu Erfüllungsgehilfen einer linken und „woken“ Klima-Sekte degradiert haben.

Dieses Buch bietet einen guten Überblick über das Potenzial von Mitte-Rechts-Regierungen. Es durchleuchtet dabei die Vergangenheit in Österreich und die Gegenwart in anderen europäischen Ländern. Das Abstecken inhaltlicher Schwerpunkte zeigt auf, was sich die Bürger erwarten können. Dabei verläuft zwischen linken und rechten Parteien eine neue Trennlinie, die angesichts der Entwicklungen der letzten Jahre und Jahrzehnte wichtiger scheint als die Orientierung an Sozialismus oder Kapitalismus: Linke Parteien suchen ihr Zielpublikum in zunehmendem Maße in einem durch Massenzuwanderung rasant anwachsenden Einwanderermilieu und vernachlässigen daher die angestammte Bevölkerung. Rechte Parteien hingegen richten als Patrioten ihre Politik am Wohl der Staatsbürger aus. Auch hier muss die „Mitte“ Farbe bekennen.

Herbert Kickl

Bundesparteiobmann und Klubobmann der FPÖ

Bürgerblock als Chance

Für ein politisches Bündnis freisinniger
Nonkonformisten mit wertkonservativen Patrioten

VON ANDREAS MÖLZER

Andreas Mölzer ist Herausgeber des
Wochenmagazins *ZurZeit* und war von 2004 bis 2014
Mitglied des Europäischen Parlaments.



Bild: ZZ-Archiv

Der Begriff „bürgerlich“ im historischen Sinne ist nach Ansicht der Soziologie in unseren Tagen längst obsolet. Was im 19. Jahrhundert das Bürgertum im Gegensatz zur Aristokratie auf der einen Seite und auf der anderen Seite zum Bauernstand und zur sich neu formierenden Arbeiterklasse war, ist in dieser Trennschärfe in unseren Tagen nicht mehr greifbar.

Zwar mag großzügiger und kultivierter, bürgerlicher Lebensstil, insbesondere im finanzstarken Großbürgertum, bis heute nachwirken, das, was einst als Proletariat bezeichnet wurde, hat aber längst zumindest kleinbürgerliche Lebensgewohnheiten und Vorstellungen rezipiert. Und der Begriff „Bildungsbürgertum“ hat sich überhaupt aufgelöst, weil Bildung einerseits absolut demokratisiert für alle Bevölkerungsschichten zur Verfügung steht und andererseits die Bildung als solche im Zeitalter der sozialen Medien höchst relativ geworden ist.

Auch im politisch-ideologischen Sinne ist das Bürgertum beziehungsweise eine sich bürgerlich fühlende Gesellschaftsschicht längst nicht mehr auf dem klassischen Liberalismus, gepaart mit wertkonservativen Idealen, im Gegensatz zum revolutionären Proletariat und zu einem gerade der Leibeigenschaft entsprungenen Bauernstand eingrenzbar. Gerade das neue linke Spießertum, wie

es sich im Phänomen der „Bobos“ zeigt, hat in der Gegenwart gesellschafts- und wirtschaftspolitisch weitgehend linksliberale und postkommunistische Ideologien verinnerlicht.

Dennoch gibt es auch in der gegenwärtigen politischen Landschaft noch immer eine gewisse Trennung in „bürgerliche“, wenn man so will rechte Parteien und Bewegungen auf der einen Seite und auf der anderen Seite in linke oder progressive. Zwar ist die parlamentarische Gesäßgeographie, wie wir sie seit der Französischen Revolution kennen – rechts des Königs die Reaktionäre, links die Revolutionäre – längst überholt, dennoch ist sie als Raster für die politische Einteilung und als Erklärungsmuster nach wie vor nützlich und sinnvoll.

Demnach gelten, zumindest im deutschen Sprachraum, solche Bewegungen als bürgerlich und rechts der Mitte, die grundsätzlich konservative Werte wie Patriotismus, Familiensinn und Leistungsbereitschaft hochhalten und insgesamt marktwirtschaftlich orientiert sind. Und als links, beziehungsweise progressiv – obwohl man da längst nicht mehr von fortschrittlich reden kann – gelten da Parteien und politische Bewegungen, die internationalistisch orientiert sind, eher kollektivistisch und planwirtschaftlich, insgesamt also als ideologische Erben des Marxismus ziemlich eigentumsfeindlich denken.

In Österreich gab es bekanntlich seit der bürgerlichen Revolution von 1848 jene scheinbar „gottgewollte Dreiteilung“ der politischen Lager – so der legendäre Historiker Adam Wandruszka – in eine christlich-konservative, sowie sozialdemokratisch-austromarxistische und deutschnational-liberale Reichshälfte.

Dieses nationalliberale Lager war das älteste in der Nachfolge der 1848er-Revolution und leistete wesentliche Beiträge zur Entwicklung des Rechts- und Verfassungsstaates sowie des Parlamentarismus im Lande. Und obwohl es als stärkste Kraft an der Wiege der Republik stand, mutierte es aber aufgrund der Wahlergebnisse in der Ersten Republik und in der Folge auch in der Zweiten Republik

zum sogenannten „Dritten Lager“. Der große historische Sündenfall dieses politischen Lagers in Österreich war es zweifellos, dass man sich in den 30er-Jahren des vorigen Jahrhunderts weitgehend dem Nationalsozialismus anschloss und so dem totalitären Irrweg erlag.

Aufgrund dieser historischen Hypothek gehörte man über weite Bereiche der Zweiten Republik zu den politischen Schmutzkindern des Landes. Erst durch die Hinwendung dieses Lagers zu einer plebiszitären Emanzipationspolitik gegenüber den politischen Establishment der Republik – von den politischen Gegnern als „rechtspopulistisch“ stigmatisiert – gelang es, zuerst unter Jörg Haider dann unter Heinz Christian Strache und nun schließlich unter Herbert Kickl, von der Klein- zur Mittelpartei aufzusteigen und schließlich politische Dominanz im Lande zu erlangen. Trotz dieser Außenseiterrolle, die das nationalliberale Lager, repräsentiert durch die Freiheitliche Partei, bislang in der Zweiten Republik einzunehmen gezwungen war, galt es unbestritten wegen seiner wertkonservativen und marktwirtschaftliche Orientierung als bürgerlich.

Als bislang quantitativ bedeutendere bürgerliche Kraft stellte sich in der Zweiten Republik die christlich-konservative bis christlich-soziale Volkspartei dar. Ihre Wurzeln reichen ebenso in die Zeit der Habsburger Monarchie zurück, und ihr Gründervater Karl Lueger wird heute, ähnlich wie die Gründerväter des nationalliberalen Lagers, als Reaktionär und Antisemit stigmatisiert.

In der Ersten Republik stellte dieses christlich-soziale Lager gemeinsam mit dem nationalliberalen während der demokratischen Phase die Bundesregierung in Form des damals so genannten Bürgerblocks. Und so wie das nationalliberale Lager den katastrophalen totalitären Irrweg des Nationalsozialismus zum großen Teil beschränkte, erlag das christlich-soziale Lager der autoritären Versuchung, indem es das austrofaschistische Regime unter Engelbert Dollfuß und Kurt von Schuschnigg errichtete.

An dieser Stelle sei nur nebenbei festgehalten, dass auch das sozialdemokratisch-austromarxistische Lager im Lande in dieser Phase

der österreichischen Geschichte autoritäre, ja sogar totalitäre Vorstellungen kultivierte. Im damals geltenden Parteiprogramm war nämlich sehr wohl von der „Diktatur des Proletariats“ die Rede, die es anzustreben gelte.

In der gegenwärtigen politischen Landschaft Österreichs ist jedenfalls mit Sicherheit festzustellen, dass es keine linke Mehrheit gibt, dass vielmehr die beiden im weitesten Sinne „bürgerlichen“ Parteien, also Volkspartei und Freiheitliche, eine klare Mehrheit haben. Gerade die jüngste Nationalratswahl hat ohne Zweifel einen deutlichen Wählerauftrag zur Bildung einer solchen „bürgerlichen“ Koalitionsregierung ergeben. Dem steht allerdings die sattsam bekannte Wahlkampfretorik der ÖVP-Spitze entgegen, wonach man mit einer angeblich radikalisierten rechtspopulistischen FPÖ unter Herbert Kickl nicht regieren dürfe.

Gerade die in den Tagen nach der Wahl erst bekannt gewordene ökonomische Situation der Republik mit einem gewaltigen, bislang einmaligen Schuldenberg und einem katastrophalen Budgetdefizit, das Problem der schleichenden Entindustrialisierung sowie die völlig ungelöste Frage der durch die Massenmigration verursachten Integrations- und Islamisierungsproblematik und das drohende Kollabieren unsere Sozialsysteme würde allerdings eine stabile und demokratisch breit legitimierte Regierung erfordern. Und eine solche kann es zweifellos nur unter Einbindung des Wahlsiegers, also der Freiheitlichen, geben.

Aus dogmengeschichtlicher Sicht wäre ein Bündnis zwischen einer patriotischen FPÖ als plebiszitärer Emanzipationsbewegung gegen das bisherige politische Establishment und den bislang die Republik dominierenden rot-schwarzen Proporz auf der einen Seite, und auf der anderen Seite einer kompromisslos marktwirtschaftlichen und ebenso wertkonservativ orientierten Volkspartei mit christlichen Wurzeln durchaus sinnvoll.

Was die Lösung der wirtschaftlichen Probleme des Landes betrifft, so wären zwischen Freiheitlichen und Volkspartei die Pro-

bleme keineswegs groß. Beiden ist ein marktwirtschaftlicher und leistungsorientierter Zugang zu Wirtschaftspolitik eigen, wobei die ÖVP traditionell zur Wirtschaft, insbesondere zur Industrie einen stärkeren Zugang hätte als der freiheitliche Partner.

In sozialpolitischer Hinsicht basiert das Selbstverständnis der ÖVP bekanntlich auf der christlichen Soziallehre, wohingegen das der Freiheitlichen auf den Vorstellungen einer nationalen Solidargemeinschaft aufbaut. Beide ideologischen Grundlagen könnten aber dienlich sein, wenn es um die gemeinsame Rettung der historisch gewachsenen Sozialsysteme des Landes geht.

Schwieriger dürfte es im Bereich der Kultur- und Identitätspolitik sein, da die Volkspartei in diesen Bereichen weitgehend den politisch korrekten Vorgaben der Mainstreammedien und eines spätlinken Zeitgeistes erlegen ist. Um hier zu einer Kooperation mit den absolut nonkonformistischen Freiheitlichen zu gelangen, müsste sich die Volkspartei wieder verstärkt ihrer christlichen Wurzeln entsinnen und dem zeitgeistigen Kulturmarxismus entsagen.

Aus pragmatischer machtpolitischer Sicht könnte die ÖVP als jahrzehntelang geübte Regierungspartei – auch gegen die Interessen eines Großteils ihrer Klientel – durch die Koalition mit einer starken FPÖ Reformen mittragen, zu denen sie bislang nicht in der Lage war. Die Freiheitlichen wiederum könnten durch die Regierungs-Professionalität der mit ihr koalierenden Volkspartei insofern profitieren, als sie handwerklich im Lande, aber auch durch die Kontakte auf europäischer Ebene ihre Regierungstätigkeit professionalisieren und konsolidieren könnten.

Insgesamt jedenfalls müsste ein zeitgemäßer und zukunftsorientierter „Bürgerblock“, also eine Kooperation der beiden bürgerlichen Parteien im Lande, neben den pragmatischen handwerklichen Erfordernissen des Regierens so etwas wie eine metapolitische Sinnhaftigkeit definieren und zur Grundlage ihrer Regierungspolitik machen. Dabei dürfte es sich nicht bloß um die Kooperation zweier höchst unterschiedlicher und sich insgeheim gegenseitig

ablehnender, wenn nicht gar hassender politischer Parteien handeln, sondern um einen langfristig angelegten Pakt von freisinnigen Patrioten und nonkonformistischen Reformern mit wertkonservativen Christen und wirtschaftsliberalen Leistungsträgern. Einen Pakt, der nicht bei den ersten parteipolitisch motivierten Zwistigkeiten gebrochen wird, sondern der dem Land und seinen Menschen eine mittel- bis langfristige Periode der Reform und Konsolidierung beschert, gesellschaftlichen Frieden, positive Wirtschaftsentwicklung und sinnvolle europäische Partizipation bei möglichst großer eigenstaatlicher Souveränität.

Das wäre eine Regierung, die Österreich jetzt bräuchte. Nicht die Notgemeinschaft mehrerer Wahlverlierer, politischer Sesselkleber und parteipolitischer Machterhalter um jeden Preis!

Bürgerliche Koalitionen in Österreich

Die Brandmauern

Vor wem die Demokratie geschützt werden muss

VON ANDREAS UNTERBERGER

Andreas Unterberger veröffentlicht auf andreas-unterberger.at seit mehr als einem Jahrzehnt täglich Analysen zu politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fragen. Er war mehr als drei Jahrzehnte lang Redakteur und Chefredakteur bei „Presse“ und „Wienerzeitung“.



Bild: G. Schneeweiß-Arnoldstein

Eine Brandmauer ist ein nützlich Ding. Sie soll das Übergreifen eines ausgebrochenen Feuers von einem Haus auf das andere verhindern. Sie kommt freilich dementsprechend teuer. Wenn nun der Ausdruck aus der Bauordnung in die Politik übertragen wird, entstehen drei Fragen:

- ▶ Was ist da eigentlich das Feuer?
- ▶ In welche Richtung wird es übertragen? Von einem auf das andere Haus oder vom anderen auf das eine?
- ▶ Und wer zahlt da die Kosten?

Vor allem bei der Beschreibung des prophezeiten politischen Feuers kommen viele Brandmaurer in Schwierigkeiten. Völlig unpräzise, aber lautstark schwurbeln sie von ihrer Sorge um die Demokratie und warnen vor einem nie näher definierten Extremismus.

Das sind nun an sich für jeden, der von Demokratie und liberalem Rechtsstaat überzeugt ist, durchaus ernstzunehmende Überschriften. Jedoch: Diese Sorgen, diese plakativen Überschriften werden nie näher begründet.

Denn sie haben keine Begründung. Denn es gibt nicht die geringsten Beweise, dass auch nur durch eine einzige der in Österreich oder Deutschland (wo die politische Brandmauer erfunden worden

ist) antretenden Parteien eine Gefahr für die Demokratie besteht. Dass also jene Wahl, bei der eine der als demokratiegefährdend hingestellten Parteien zum Sieger wird, die letzte freie Wahl sein könnte. Selbst die Kommunistische Partei, die eine eindeutig demokratiezerstörende, blutige und totalitäre Vergangenheit in ihrer Geschichte hat, ist in ihrem heutigen Zustand nicht mehr demokratiegefährdend – auch wenn die historische Ahnungslosigkeit der Grazer, die eine deklarierte Kommunistin zur Bürgermeisterin gemacht haben, in Hinblick auf die kommunistischen Verbrechen eckelt, die zehn Millionen Menschen [Anm. der Redaktion: Das Schwarzbuch des Kommunismus schreibt von rund 100 Millionen] das Leben gekostet haben.

Wer im Österreich von 2024 eine Gefährdung der Demokratie sieht, leidet entweder unter besorgniserregender Paranoia, bei der man dringend einen Psychiater konsultieren sollte, oder ist Opfer einer zu Propagandazwecken erfundenen Verschwörungstheorie, die Menschen voll Panik zur Stimmabgabe in eine bestimmte Richtung bringen soll.

Tatsache ist, dass sowohl die Freiheitliche Partei Österreichs wie auch die Fidesz-Partei von Viktor Orbán oder die polnische Kaczynski-Partei, die alle als Gefährdung der Demokratie an die Wand gemalt worden sind, sich nach Wahlniederlagen problemlos auf die Oppositionsbänke zurückgezogen haben. Keine hat versucht, das Wahlergebnis durch einen Putsch zunichte zu machen.

Lediglich bei der SPÖ war das im Februar 2000 nicht so eindeutig. Und bei Donald Trump und dem Verhalten seiner Anhänger am 6. Jänner 2021 kommen noch größere Zweifel auf – auch wenn Trump zumindest bisher nicht wegen eines versuchten Staatsstreichs verurteilt worden ist.

Freilich besteht eine Gefährdung der Demokratie nicht nur dann, wenn die freie und geheime Stimmabgabe verhindert wird. Diese Gefährdung kann auch dadurch erfolgen, dass Medien- oder Meinungsfreiheit eingeschränkt werden, dass Parteien an der

Wahlwerbung gehindert werden, dass staatliche Strukturen zur Beeinflussung der Wähler missbraucht werden. Berücksichtigt man diese Aspekte, dann ist das Urteil lange nicht so eindeutig.

Denn in Europa gibt es seit einigen Jahren eine Fülle von Gesetzen, welche bestimmte Meinungen und Aussagen verbieten und als „Hass“, „Hetze“, „Desinformation“ oder „Fakenews“ bestrafen. Und das ist nun in der Tat brandgefährlich. Sogar die Ablehnung einer demokratiegefährdenden „Religion“ wird als „Hass“ bestraft. Da brennt wirklich ein Feuer, gegen das eine Brandmauer errichtet werden sollte.

Denn all diese europäischen wie nationalen Gesetze, Richtlinien und Verordnungen gehen davon aus, dass der von bestimmten Parteien kontrollierte Staatsapparat im Besitz der absoluten Wahrheit ist. Sonst könnte ja niemand sagen, was falsch ist. Das ist aber eine ungeheuerliche Anmaßung. Das erinnert an die Zeiten eines Metternich, eines Stalin, eines Hitlers. Eine echte Demokratie braucht exakt das Gegenteil: den ständigen freien Austausch von Meinungen ganz ohne Zensur, ganz ohne Behörde, die behauptet, die Wahrheit zu besitzen, ohne sie zu haben. Es sei denn, sie hätte eine Telefonlinie zum lieben Gott, der in seiner Allwissenheit der Behörde immer die Wahrheit mitteilt. Aber nicht einmal die Kirche behauptet, seit den Predigten von Jesus Christus noch eine solche direkte Leitung zu haben.

Auch die Wissenschaftstheorie weiß spätestens seit Karl Popper, dass kein Wissenschaftler sicher sein kann, die absolute Wahrheit zu kennen. Jede Aussage gilt nur dann als wissenschaftlich, wenn sie widerlegt werden kann, und sie gilt das nur so lange, bis es jemandem gelingt, sie zu widerlegen. Das muss selbstverständlich auch und sogar ganz besonders bei den umstrittensten Themen der Gegenwart gelten, von der These, dass die Klimaerwärmung menschengemacht sei, bis zu den Aussagen rund um die Corona-Pandemie.

Das heißt nicht, dass der Staat nicht handeln dürfe, bis sich die Wissenschaft absolut sicher ist – also bis Sankt Nimmerlein. Die de-

mokratisch gewählte Mehrheit darf und muss natürlich schon vorher nach bestem Wissen und Gewissen agieren. Sie muss zugleich aber immer die freie politische, mediale wie wissenschaftliche Diskussion zulassen, auch wenn diese oft kritisch ist, auch wenn sie oft unangenehm ist. Und jeder muss das absolute Recht haben, die politischen Entscheidungen offen zu kritisieren (so wie ich persönlich etwa die klimapolitischen Entscheidungen insbesondere der EU während der letzten Jahre für falsch halte, die zur Corona-Pandemie hingegen für richtig).

Aber nicht nur durch solche Gesetze können die Voraussetzungen einer Demokratie eingeschränkt werden. Das erfolgt auch durch Einschränkungen der Medienfreiheit. Und auch da gibt es viele bedrohliche Entwicklungen.

Dazu gehört die parteipolitisch-ideologische Lenkung von vielen Millionen an Steuergeldern als Inserate an befreundete oder willfähige Medien. Das große Machtimperium der Gemeinde Wien begeht mit Bestechungsinseraten die weitaus schlimmste Korruption aller politischen Institutionen Österreichs; abgeschwächt tun auch andere Machtträger mit. Dieser Missbrauch ist umso wirkungsvoller, als insbesondere die Printmedien wirtschaftlich katastrophal dastehen, da ihnen das Internet Leser und die Einnahmen aus der Werbung raubt. Am Rande sei festgehalten, dass die Inseratenbestechung nicht nur in Wien, sondern auch in Ungarn ein bedenkliches Faktum ist.

Eine fast genauso schlimme Verzerrung einer freien Diskussion auf einer ebenen Spielfläche ist die Tatsache, dass es in Österreich zwei Redaktionen gibt, die massiv durch öffentliche Gelder im Wettbewerb bevorzugt werden. Das ist einerseits die Online-„Wienerzeitung“ seit einer völlig missglückten Reform. Das ist andererseits und noch viel schlimmer der ORF. Die einen werden direkt aus den Steuereinnahmen finanziert, die anderen durch vom Staat angeordnete Zwangsgebühren. Der Missstand wird dadurch nicht gerade geringer, dass beide Redaktionen eine ganz massive Schlagseite in haargenau die gleiche Richtung haben.

Zu all dem kommt die Ungeheuerlichkeit, dass aus Budgetmitteln von Bund und Ländern zahllose „Nichtregierungsorganisationen“ finanziert werden, die sich im parteipolitisch-ideologischen Sinn betätigen. In Wahrheit müsste in einer echten Demokratie jede solche vom Staat unterstützte NGOs bei öffentlichen Äußerungen strenge parteipolitische Neutralität walten lassen (wie es etwa das Rote Kreuz tut).

Nicht die relativ objektiv erfolgende gesetzliche Finanzierung von Parteien oder Medien sind der demokratiegefährdende Skandal, sondern die ideologische Finanzierung von NGOs und von einzelnen Medien durch freihändige Politikerentscheidungen. In diesen Beziehungen ist der Charakter Österreichs als Demokratie längst in Frage zu stellen.

Eine besonders üble Einschränkung der Demokratie ist hingegen in Deutschland viel mehr als in Österreich zu beobachten: Dort bekommt die Oppositionspartei „Alternative für Deutschland“ oft nicht einmal Versammlungssäle für ihre Veranstaltungen. Hinter dieser totalitären Maßnahme stehen teils lokale Behörden, teils die Gewaltakte oder Drohungen einer von der Justiz nie gezähmten „Antifa“.

Eng verwandt mit der Behauptung einer Demokratiegefährdung ist auch die ständige Wiederholung des „Extremismus“-Vorwurfs. Dieser ist noch absurder. Denn „Demokratie“ ist ja noch ein halbwegs definierter Begriff, das Wort „Extremismus“ wird hingegen völlig willkürlich verwendet.

Daher sollte man es zumindest hier für den Zweck einer Analyse tun. Als Extremismus einzuordnen ist:

- ▶ Die Verwendung von Gewalt in politischem Zusammenhang,
- ▶ jedes Bestreben, die Verfassung auf nicht verfassungsmäßigem Weg zu ändern,
- ▶ jeder Versuch, Entscheidungen durch außerparlamentarische Abläufe herbeizuführen,
- ▶ jeder Antisemitismus,

► jede Verherrlichung totalitärer Systeme wie des Nationalsozialismus oder Kommunismus oder Kalifat-Islamismus.

Völlig unakzeptabel hingegen ist, wenn im Dunkel agierende Institutionen wie parteipolitisch bestellte „Verfassungsschützer“ beweisfrei irgendetwem den Kleber „Extremist“ auf die Stirn drücken können. Wenn sie Beweise für diese Vorwürfe haben, sollten sie diese öffentlich auf den Tisch legen. Haben sie hingegen keine Beweise, dann müssten in einem Rechtsstaat solche Verleumdungen unterbleiben.

Je näher man also die Argumente untersucht, die eine politische „Brandmauer“ verlangen, umso zweifelhafter und übler wird diese Forderung. Es ist jedoch seit Jahrzehnten der Linken in Deutschland und Österreich gelungen, viele Bürgerliche so einzuschüchtern, dass diese beim Mauern aus lauter Angst mitmachen, um nicht selbst als „Rechtsextremisten“ und damit auch gleich Mitschuldige an den Nazi-Verbrechen hingestellt zu werden. Statt die wirklichen Gefahren für Demokratie und Rechtsstaat zu erkennen und bekämpfen. Statt zu erkennen, dass wir selbst, dass die Demokratie, dass unsere demokratischen Rechte die Rechnung für die Errichtung rein parteitaktischer Brandmauern zahlen müssen. Statt die konservativen, christdemokratischen, liberalen, nationalen Parteien zu einem gemeinsamen Engagement für die vielen gemeinsamen Ziele zu führen, bauen Teile von ihnen an der Brandmauer mit.

Aufstieg unter Strache

Wie die FPÖ und die bürgerliche Mehrheit zehn Jahre lang von der Macht fern gehalten wurden und 2017 endlich eine Regierung bilden konnten

VON FRIEDRICH-WILHELM MOEWE

Vom 18. September 2017 bis 17. Mai 2019 war die von der Volkspartei unter Sebastian Kurz und der Freiheitlichen Partei unter Heinz-Christian Strache gebildete Bundesregierung im Amt. Mit dem Bundesparteiohmann der FPÖ Heinz-Christian Strache stellte sie den Vizekanzler und Bundesminister für öffentlichen Dienst und Sport. Mit Ingenieur Norbert Hofer stellte sie den Bundesminister für Verkehr, Infrastruktur und Technologie, mit Herbert Kickl den Bundesminister für Inneres, mit Karin Kneissl die Bundesministerin für Europa, Integration und Äußeres, mit Mario Kunasek den Bundesminister für Landesverteidigung, mit Beate Hartinger die Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz und schließlich mit Hubert Fuchs den Staatssekretär im Bundesministerium für Finanzen.

Und auch wenn es von der damals abgewählten linken Reichshälfte, die nur mehr die Oppositionsbänke im Parlament zu drücken hatte, heftigen Gegenwind und massive Querschüsse gab und auch wenn die eher linksorientierten Mainstream-Medien die Arbeit der neuen Regierung versuchten, madig zu machen, wo es nur geht, waren in Stil und Inhalt der neuen bürgerlich-freiheitlichen Regierungskoalition tatsächlich Reformwille, Bekenntnis zur Leistungsbereitschaft und zur Arbeit für das Land klar erkennbar. Der

Schutz der historisch gewachsenen österreichischen Identität und des bewährten Sozialsystems sowie das Bekenntnis zu Leistung und Verantwortung standen dabei klar im Mittelpunkt der Regierungsarbeit. Die Förderung der einheimischen Familien und das Unterbinden der Zuwanderung in das österreichische Sozialsystem sowie der Kampf gegen Asylmissbrauch stellten dabei Eckpunkte des Regierungsprogramms dar.

Deren Prinzipien waren das Bekenntnis zu Freiheit und Verantwortung, zu Heimat, Sicherheit und Generationengerechtigkeit. In Bezug auf die Europäische Union waren beide Regierungspartner, aber insbesondere die Freiheitlichen, für eine konsequente Umsetzung des Subsidiaritätsprinzips und damit für eine Stärkung der österreichischen Souveränität innerhalb der europäischen Solidarität. Damit wollte man der Republik Österreich ein sicheres und starkes Fundament für ihren Weg in das zweite Jahrhundert ihres Bestehens schaffen. Die Freiheitlichen und das Dritte Lager konnten stolz darauf sein, auch hier in staatstragender Verantwortung für das Land mitzuarbeiten zu versuchen.

Zur Vorgeschichte: Bei der Nationalratswahl des Jahres 2006 bekam die bürgerliche Koalition zwischen Österreichischer Volkspartei und Bündnis Zukunft Österreich vom Wähler die Rechnung präsentiert. ÖVP-Chef Wolfgang Schüssel hatte in den Jahren davor auf die orange Karte und Jörg Haider gesetzt und die Abspaltung des BZÖ von der Freiheitlichen Partei akzeptiert. Das sollte sich im Jahre 2006 bei der Nationalratswahl als folgenschwerer Fehler erweisen. Am 1. Oktober 2006 sprachen sich nämlich 35,3 Prozent der Österreicher für die Sozialdemokratie aus und nur mehr 34,3 Prozent für die Volkspartei. Das BZÖ erhielt schließlich nur mehr 4,1 Prozent und konnte damit gerade noch den Einzug in den Nationalrat sicherstellen. Die Freiheitlichen unter der Führung des jungen Parteichefs Heinz-Christian Strache, von denen sich das Bündnis Zukunft Österreich nur einhalb Jahr zuvor abgespalten hatte, durften hingegen wieder

mit einem respektablen Ergebnis von 11 Prozent und 21 Abgeordneten in den Nationalrat einziehen.

Den Auftrag zur Regierungsbildung erhielt allerdings nunmehr der Bundesparteiobmann der SPÖ Alfred Gusenbauer. Nachdem Bundespräsident Heinz Fischer, der ja ebenso der

SPÖ entstammte, von Gusenbauer eine Regierung mit einer stabilen parlamentarischen Mehrheit verlangte, hatte dieser die Möglichkeit, zwischen einer großen Koalition mit der Volkspartei und einer Dreier-Koalition mit zwei kleineren Parteien zu wählen.

Realpolitisch allerdings war die zweite Variante aufgrund unüberwindlicher politischer Differenzen zwischen den drei kleineren Parteien von Anfang an ausgeschlossen. Nach monatelangen Verhandlungen schließlich einigten sich SPÖ und ÖVP im Jänner 2007 auf die Neuauflage einer rot-schwarzen Proporzkoalition. In dieser Regierung konnte sich Gusenbauer permanent auf mehr als zwei Drittel der Nationalratsmandate stützen, weshalb er bei der Verabschiedung von Gesetzesvorlagen im Verfassungsrang nicht auf die parlamentarische Opposition angewiesen war.

Bereits am 7. Juli des Jahres 2008 allerdings gab ÖVP-Chef und Vizekanzler Wilhelm Molterer mit der Aussage „Es reicht!“ den Beschluss bekannt, die Zusammenarbeit mit der SPÖ beenden zu wollen, weil diese „orientierungs- und führungslos“ sei. Dem war ein Schwenk der Sozialdemokraten in der EU-Politik vorausgegangen und das Scheitern der Verhandlungen zur Gesundheitsreform. Die Folge war die vorgezogene Nationalratswahl am 28. September des Jahres 2008. Obwohl die Sozialdemokratie massiv Stimmen verlor, blieb sie mit 29,3 Prozent noch immer die stärkste Partei im Nationalrat, gefolgt von der Volkspartei mit 26,0 Prozent. Die Freiheitlichen vermochten ihren Stimmenanteil auf 17,5 Prozent zu steigern, und das Bündnis Zukunft Österreich konnte dank der in einer guten persönlichen Phase agierenden Persönlichkeit Jörg Haiders noch einmal auf 10,7 Prozent kommen. Die Grünen schließlich waren mit 10,4 Prozent die fünfte Partei im Nationalrat. Theoretisch

wäre somit auch eine bürgerliche Koalition zwischen Volkspartei, Freiheitlichen und BZÖ möglich gewesen, allein die Differenzen zwischen den Freiheitlichen und der Abspaltungspartei waren zu groß und die Großkoalitionäre innerhalb der ÖVP zu dominant für eine solche Regierungsvariante.

Die seit 2007 schwelende weltweite Finanzkrise und die Gefahr einer Rezession auch in Österreich waren zweifellos die Gründe, weshalb der neue SPÖ-Chef Werner Faymann und der neue ÖVP-Bundesparteivorsitzende Josef Pröll rasch, innerhalb von kaum zwei Monaten, die Neubildung einer großen Koalition zustande brachten.

Nun schlug auch wieder die Stunde der freiheitlichen Opposition. Mit 34 Mandaten im Nationalrat konnte sie als deutlich stärkste Oppositionskraft den direkten Konkurrenten Jörg Haider und sein BZÖ deutlich auf die Plätze verweisen und wiederum den III. Präsidenten des Nationalrats zurückerobern.

Während sich Werner Faymann als SPÖ-Vorsitzender und Bundeskanzler immerhin von 2008–2017 zu halten vermochte, sollte den Parteiobmännern der Volkspartei jeweils nur eine kürzere Wirkungsperiode gegönnt sein.

Innerhalb des Dritten Lagers und der freiheitlichen Gesinnungsgemeinschaft sollte sich nach dem tödlichen Verkehrsunfall des Kärntner Landeshauptmannes Jörg Haider im Herbst 2008 die Wiedervereinigung von FPÖ und dem Abspaltungsprodukt BZÖ beziehungsweise dessen maßgeblicher Teile anbahnen. Im Dezember 2009 wurde vom damaligen Kärntner BZÖ-Chef Uwe Scheuch und Heinz-Christian Strache in Wien bekannt gegeben, dass sich die Führung der Kärntner Landesgruppe mehrheitlich aus dem BZÖ herauslösen und in Zukunft unter der Bezeichnung „Die Freiheitlichen in Kärnten“ als selbstständige Partei eine Kooperation mit der FPÖ eingehen wolle. Zwar sollte es aus formalen Gründen noch einige Jahre dauern, bis die Kärntner Freiheitlichen vollends als Landesgruppe der FPÖ aufgenommen wurden, insgesamt aber war

die Wiedervereinigung des freiheitlichen Lagers damit in die Wege geleitet, da das BZÖ in der Folge nur noch als Kleingruppe und als Randerscheinung weiter existierte.

Die Nationalratswahl des Jahres 2013 zeitigte eine Neuauflage der rot-schwarzen Koalition, die man eigentlich nicht mehr „große Koalition“ nennen konnte. Mit 26,8 Prozent der Wählerstimmen für die SPÖ und 24,0 Prozent für die ÖVP hatten die beiden Koalitionsparteien kaum mehr eine 50-Prozent-Mehrheit. Die Freiheitlichen hingegen konnten auf 20,5 Prozent zulegen und bestätigten somit ihre Rolle als staatstragende Opposition im Parlament. Das BZÖ schließlich fiel mit nur 3,5 Prozent der Stimmen aus dem Parlament, womit das Spaltungsprojekt Jörg Haiders endgültig gescheitert war. Neu im Parlament waren neben den Grünen, die gute 12 Prozent der Wählerstimmen hielten, allerdings die Liste des Austro-Kanadiers Frank Stronach und die NEOS.

Werner Faymann wurde erneut zum Bundeskanzler ernannt, ÖVP-Chef Michael Spindelegger wiederum zum Vizekanzler. Diese vorläufig letzte rot-schwarze Koalition sollte sich durch geringe Stabilität auszeichnen. ÖVP-Chef und Vizekanzler Michael Spindelegger schied bereits im August 2014 aus allen politischen Funktionen, worauf der bisherige Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner zu seinem Nachfolger als ÖVP-Chef und Vizekanzler ernannt wurde.

Werner Faymann schließlich bekam innerhalb seiner eigenen Partei zunehmend Schwierigkeiten, die darin gipfelten, dass er bei der 1. Mai-Veranstaltung der SPÖ auf dem Wiener Rathausplatz von den eigenen Genossen ausgebuht wurde. Am 9. Mai 2016 erklärte er seinen sofortigen Rücktritt und den Rückzug aus allen politischen Funktionen. Und am 17. Mai 2016 wurde sein Nachfolger Christian Kern als Bundeskanzler angelobt.

Kern, der von den linksliberalen Mainstream-Medien als eine Art Wunderknabe der österreichischen Innenpolitik hochgejubelt wurde, sollte allerdings in der Folge den Niedergang der

österreichischen Sozialdemokratie und das Scheitern der rot-schwarzen Proporzkoalition nicht verhindern können.

Die Freiheitlichen allerdings begannen gleichzeitig, sich als wirklich treibende Kraft der österreichischen Innenpolitik zu positionieren. Bundesparteiobmann Heinz-Christian Strache vermochte sich zunehmend als gereifter Staatsmann und verantwortungs- bewusster Oppositionspolitiker zu präsentieren. Und Norbert Hofer als neuer III. Nationalratspräsident wuchs neben dem kämpferischen Oppositionsführer in die Rolle des verbindlichen und vermittelnden Parlamentariers hinein. Generalsekretär Herbert Kickl schließlich, der von den Medien häufig als „Mastermind“ der FPÖ bezeichnet wurde, bewies in all den Jahren, dass der Wiederaufstieg der FPÖ unter Strache keineswegs politischen Zufällen zu danken war, sondern geschickter strategischer Planung und konsequenter Umsetzung derselben.

Die neue Völkerwanderung des Sommers 2015 und der andauernde Massenzug von Asylsuchenden mit all den Problemen im Bereich der inneren Sicherheit mit Asylmissbrauch, wachsender Kriminalität und nicht zu lösenden Integrationsproblemen führte schließlich dazu, dass die Freiheitlichen als klar zuwanderungskritische Partei zunehmende Sympathien innerhalb der Bevölkerung gewinnen konnten. Daher war es nicht verwunderlich, dass die FPÖ in den Jahren 2016 und 2017 über weite Strecken in den Meinungsumfragen an erster Stelle in der österreichischen Wählergunst stand.

Eine Ära mit Jörg Haider am Dirigentenpult

Die erste schwarz–blaue Koalition

VON WALTER TRIBUTSCH

Mag. Walter Tributsch ist Mitherausgeber der ZurZeit
und Leiter des Wirtschaftsressorts.



Bild: G. Schneeweiß-Arnoldstein

Er hat die einst staatstragende Großpartei SPÖ zur Mittelpartei gemacht. Es war Franz Vranitzky, einst gefeierter Bundeskanzler nach dem ehemaligen glücklosen Vorgänger Fred Sinowatz, der von Kreiskys Gnaden mit Norbert Steger eine rot–blaue Regierungskoalition gebildet hatte. Vranitzky übernahm die SPÖ, nachdem die Freiheitlichen in einer demokratischen Abstimmung Jörg Haider aus Kärnten zum Bundesparteiobmann gemacht hatte. Vranitzky war Haider nicht gewachsen und suchte sein Heil in einer Ausgrenzung. Haider und die FPÖ wurden zu Nazis abgestempelt, mit denen ein „anständiger“ Sozialist nicht gemeinsame Sache machen konnte.

Kuriosität am Rande: Nachdem die FPÖ als „Nazipartei“ abqualifiziert wurde, ergab die Koalition mit den Sozialisten ja schließlich „nationalsozialistische Koalition“. Nicht nur, dass das schon gar nicht ging, musste die Partei Viktor Adlers, Bauers, Renners, Schärfs oder Kreiskys schleunigst umbenannt werden. Mit Sozialdemokratischer Partei glaubte Vranitzky einen Weg einzuschlagen, der die Roten wieder zur gewohnten Größe führen sollte. Das hätte eine Koalition mit den Freiheitlichen nicht wirklich aus dem semantischen Schlamassel gebracht. Mit der „nationalsozialdemokratischen Koalition“ wäre man im Gegenteil noch ein Stück näher an die nun schon jahrzehntelang verteufelten NSDAP herangekommen.

Das allerdings mit dem „Schönheitsfehler“, dass das „D“ in NSDAP „Deutsch“ hieß und nicht „demokratisch“ wie in dem fiktiven Koalitionsüberlegungen angeführt.

Nichtsdestoweniger, die FPÖ wurde ausgegrenzt. Welche Ratgeber hinter dieser Position Vranitzkys standen, ist nicht bekannt, es könnten auch „Schlaumeier“ gewesen sein, die damals schon daran dachten, dass die Blauen zu einer ständig stärker werdenden Rechtsfraktion gehören könnten, die sich mit ihrem Heimatbewusstsein, den traditionellen Werten und vor allem mit ihrem Verständnis von der EU als einer Organisation, der ein „Vaterland der Nationen“ ein gefährlicher Gegenpart werden konnte. Das stand diametral der fatalen „Über den Kamm scheren“-Absicht der von Lobbyisten und auch ferngesteuerten Truppe in Brüssel und Straßburg gegenüber. Vranitzky, der in zahlreichen Organisationen, auch internationalen, eingebunden war, die ihre eigene Absicht mit der EU verfolgten, sorgte mit der FPÖ-Ausgrenzung nicht nur für das Kappen einer wichtigen Koalitions- und Verhandlungsmöglichkeit, sondern auch für Unverständnis in weiten Teilen der Partei. Einst streng überzeugte Sozialisten wandten sich immer stärker dem „Gott sei bei uns“ Jörg Haider und seiner FPÖ zu. Auf Antrieb schaffte es der neue FPÖ-Parteichef bei seiner ersten Bundeswahl, unmittelbar nach der Ablöse Stegers 1986, der ersten unter dem Bundeskanzler Vranitzky, die Stimmen für die Blauen auf über neun Prozent verdoppeln. Nahezu im gleichen Ausmaß verloren die Sozialisten unter Franz Vranitzky, die damals noch knapp 48 Prozent gehabt hatten.

Der Ablehnung als Koalitionspartner machte dann Wolfgang Schüssel ein Ende. Österreich war 1999 bereits in der EU und die Brüssel-hörige ÖVP fand scheinbar nichts dabei, mit der Haider-Partei gemeinsame Sache zu machen. Der Regierungsdrang von Wolfgang Schüssel, der mit knapp 27 Prozent wenige Stimmen hinter der FPÖ nur Dritter wurde, war stärker als europäische Überlegungen. Das Hemd war dem Schwarzen offenbar näher als der Rock. Die

Sozialisten hatten, nebenbei bemerkt, bereits um 15 Prozent auf nunmehr auf 33 abgebaut.

Geschickte Verhandlungen und der unbändige Wunsch, an die Spitze des Staates zu gelangen, ermöglichten Schlüssel schließlich dreierlei. Er schaltete Haider weitgehend aus, indem er ihn dazu brachte, nicht persönlich an der Regierung teilzuhaben, sondern seine Vizeobfrau Susanne Riess-Passer an seiner Stelle dort im Parlament und im Ministerium für Öffentliche Leistung und Sportwerken zu lassen. Zweitens gelang ihm dies von der Position des Dritten aus. Im Wahlkampf hatte er noch dezidiert erklärt, in so einem Fall nicht mehr zur Verfügung zu stehen. Der dritte Erfolg Schüssels bestand darin, die Verfassung gegenüber dem Bundespräsidenten auszunutzen. Er zeigte Thomas Klestil, der immerhin aus seiner ÖVP kam, die Grenzen auf. Die Beauftragung des Stimmenstärksten, Viktor Klimas, mit der Regierungsbildung wurde obsolet, als sich herausstellte, dass er keine Mehrheit im Parlament finden würde.

Als der Dritte, Wolfgang Schüssel, mit der Zweiten, Susanne Riess-Passer, eine Koalition bildete, musste der Bundespräsident diese, wenn auch mit saurer Mine, angeloben, obwohl seine mehrfach gewünschten Absichten ganz andere waren. Diese damalige Vorgangsweise entsprach wohl auch jener der klugen Köpfe, die 1920 die heutige noch gültige Verfassung geschaffen und 1929 mit der wesentlichen zweiten Novelle erneuert hatten. Keiner wollte zu diesem Zeitpunkt einen allzu mächtigen Bundespräsidenten. Dies schon gar nicht nach der eben erst überwundenen Monarchie mit dem Kaiser als alleinigen Herrscher im Lande.

War diese „Schüssel-Haider-Symphonie“, die Abkehr von Ver-teufelung und Ausgrenzung, nun österreichische Realpolitik in Auslebung demokratischer Spielregeln? Ein deutscher Historiker sagte in einer Diskussionsrunde bei Servus-TV: „Mit der Demokra-tie ist es wie mit einer Schwangerschaft. Es gibt keine Halbheiten. Ist man Demokrat, so hat man jeden anzuerkennen, der den demo-

kratischen Spielregeln folgt. Eine Ausgrenzung, wie zum Beispiel jene der AfD in der Bundesrepublik Deutschland, ist daher ein nicht zulässiger Akt undemokratischen Verhaltens.“

So einleuchtend die Argumentation auch ist, viele in der BRD und auch in Österreich haben sie nicht verstanden. Damals gehörten Vranitzky, Klima, der gleich danach die Politik verließ und zu Volkswagen nach Argentinien ging, und Thomas Klestil zu dieser Truppe. Heute sind es in erster Linie Babler, die Grünen oder die Türkisen, wenn es um Herbert Kickl geht. Sie sind leicht zu erkennen, denn sie alle haben von den Grünen den Begriff „Brandmauer“ übernommen, wenn es um die Beziehung zu den vermeintlich rechten Kräften von Identitären, FPÖ, AfD oder Herbert Kickl geht. Wie bei fast aller Wortwahl zu Kampfzwecken ist auch in diesem Fall der Begriff Brandmauer gut gewählt. Schließlich kennen wir ihn aus der täglichen Benutzung des Computers. Die Brandmauer dort schützt uns vor Viren und unliebsamen Eingriffen in unsere Arbeit.

Im Jahr der blau-schwarzen Regierungsübernahme 2000 stand die Republik Österreich unter Beobachtung. Was folgte, war nicht bloß eine schwarz-blaue Koalition – es war eine neue Ära politischer Inszenierung, in der Wolfgang Schüssel den Dirigentenstab schwang und Jörg Haider die Töne aus dem Kärntner Abseits, manchmal durchaus auch in einer schrägen Färbung, beisteuerte.

Schwarz-Blau, das war die Zeit, in der der „Nationalsozialismus“ im Sprachgebrauch gegen die Blauen unter einer schwarzen Decke verschwand. Schließlich hätte die Nazibeschimpfung der Freiheitlichen auch die ÖVP indirekt getroffen. Mit einem listigen Lächeln brachte Haider, der damit auch seinen Rückzug erklärbar machte, die FPÖ von der Ecke der politischen Nebensächlichkeit in das Hauptfeld der Regierungspolitik. Eine Leistung, der selbst der legendäre Machiavelli applaudiert hätte.

Doch was war das eigentliche Versprechen? „Mehr Freiheit“, „Weniger Bürokratie“, „Mehr Sicherheit“ hätte es nach den jahrzehnte-

langen Standpunkten der Freiheitlichen werden müssen. In Wirklichkeit aber kam es zu einer grotesken Melange aus neoliberaler Sparpolitik und industrienahen Tönen, mit einer Vernachlässigung der Arbeitnehmerseite. Es spülte den Finanzminister und Jungstar aus Haiders Truppe Karl-Heinz Grasser an die Spitze. Er hatte der Republik, erstmals seit langen Jahren des Schuldenmachens, ein ausgeglichenes Budget präsentiert.

Schüssels Virtuosität bestand darin, diese Allianz mit technokratischer Präzision zu legitimieren. „Österreich zuerst“, hieß es aus den Reihen der Blauen, während man in Brüssel das Land mit Sanktionen belegte. Sanktionen, mit denen auch Bundespräsident Klestil späte Rache nehmen wollte. Seine Telefongespräche, die er mit den Sanktionierern geführt hatte, hatte der österreichische Bundesnachrichtendienst abgehört. Sie gelangten an die Öffentlichkeit und zeigten die Verwerflichkeit des Vorgehens auf, das nichts anders zum Ziel hatte, als auf diese Weise die unerwünschten Blauen loszuwerden.

Aber Schüssel, der Maestro dieser österreichischen Polit-Oper, schien das zu genießen – ein bisschen internationale Isolierung für das heimische Publikum, um den eigenen Aufschwung zu stärken. Die „Achse Paris-Berlin-Rom“, wie die Sanktionitis so eloquent genannt wurde, geriet schnell zum Phantom. Es ist nicht zu leugnen, dass international ein beachtlicher Schaden angerichtet war. National dagegen konnte Schüssel punkten, weil nun einmal die Österreicher es nicht wollen, von außen kritisiert und sanktioniert zu werden.

Europas Empörung half aber auch Haiders Rhetorik. Der Politiker, der sich stets gegen „die da oben“ zur Wehr gesetzt hatte, hatte sich zu einem Evergreen seines Narratives entwickelt. Ein Narrativ, das auch den Wählergruppen, die Haider ansprechen konnte, gefiel. Auch diese fühlten sich sehr oft übergangen, beiseitegestellt und von den Machthabern übervorteilt. Doch war es wirklich das reformerische Glanzstück, als das es der Öffentlichkeit verkauft wurde?

Oder war es eher ein geschicktes Ablenkungsmanöver, während Schüssel mit Karl-Heinz Grassner die Pensionsreformen verschärfte und andere Leistungen des Staates einschränkte?

In Wahrheit hatte diese Koalition ein Spiel auf Zeit mit Schüssel als Strippenzieher zum Ziel. Ein Kanzler, der scheinbar auf die Einflüsterungen des Nicht-Regierungsmitglieds Haider einging. Wichtig für die Schwarzen war, dass sie nach Kreisky, Sinowatz, Vranitzky und Klima endlich wieder an der Spitze der Macht in Österreich standen und den Parteifreunden endlich das liefern konnten, was sie am liebsten hatten. Fette Posten, deren Einträglichkeit letzten Endes auch der Partei zugutekommen konnten.

Schüssel war ein Stratege, der die FPÖ als notwendiges Übel sah, um seine machtgeprägte Agenda durchzusetzen. Was ihn am meisten in der Konstellation mit Riess-Passer störte, war in der Tatsache zu suchen, dass er eigentlich, wenn auch nur wegen ein paar lächerlicher Wählerstimmen, nur Dritter war. Auch wenn heute vielfach die Rede davon ist, dass Haider und die Scheuch-Brüder in Knittelfeld die Koalition gesprengt hätten, muss man jetzt im Nachhinein auch eine andere Überlegung mit einbeziehen.

Schüssel arbeitete darauf hin, die FPÖ nicht nur kaltzustellen, sondern er wollte auch an der Machtkonstellation einiges zu seinen Gunsten verändern. Er wusste, dass die Österreicher die erzielten Reformen in erster Linie ihm zuschreiben würden. Das brachte Wählerstimmen. Viel wichtiger aber war, dass der Bruch mit der FPÖ dieser zuzuschreiben war. Damit konnte er die ÖVP als den stabilen Faktor der Regierung in die Wahlen führen. Bei der Konstellation mit Jörg Haider, der als geistig weit Überlegener nicht die erste Geige spielen durfte, und einer eher unscheinbaren Riess-Passer war die Herbeiführung einer Sprengung des Koalitionspartners nicht einmal eine schwierige Aufgabe.

Es kam, wie es kommen musste, Westenthaler als Regierungskoordinator nahm mit den Anderen den sprichwörtlichen Hut, die gewünschten Neuwahlen standen vor der Tür. Neuwahlen, die

einen großen Sieger brachten: Wolfgang Schüssel mit über 42 Prozent der Stimmen. Die FPÖ wurde auf zehn Prozent reduziert und konnten nach mehrmonatigen Sondierungsgesprächen nur mehr als Steigbügelhalter mit stark geschrumpfter Ministerriege in die Regierung Schüssel II zurückkehren. Herbert Haupt war der neue Vizekanzler bis es zur Abspaltung des BZÖ kam, das dann die Regierung mit Schüssel fortführte. Aber der Glanz verflog schnell. Mit Haiders Tod 2008 war es dann auch mit der Partei des BZÖ vorbei.

Dieses Schwarz–Blau lehrte uns auch, dass es in der Politik oft weniger um Ideale als um Machtkalkül geht. Auch unter Haider und Schüssel blickte Österreich schließlich in den Abgrund einer politischen Selbstdemontage. Die Bühne war bereitet, das Drama entfaltet – und am Ende blieb ein bitterer Nachgeschmack von verpassten Chancen, geschürtem Misstrauen und einer Gesellschaft, die wieder einmal gespalten war.

Es ist diese Art von politischer Oper, die zeigt, dass Demokratie nicht nur ein Stimmzettel ist, sondern ein ständiger Kampf gegen die Kräfte der Manipulation und des Opportunismus. Bei Schüssel und Haider war es nicht wesentlich anders.

Kärntner Erfahrungen

FPÖ/ÖVP-Koalitionen im südlichsten Bundesland

VON ANDREAS SKORIANZ

Mag Andreas Skorianz, Jahrgang 1961, war von 1989 bis 2009 Klubdirektor im Freiheitlichen Landtagsklub Kärnten. Politisch ist er noch immer für die Freiheitlichen tätig und seit 2016 Klubobmann im Freiheitlichen Gemeinderatsklub Klagenfurt.



Bild: Privat

Die Kärntner Gemeinderatswahlen 1973 haben in der Landeshauptstadt Klagenfurt zu weitreichenden Änderungen in der politischen Landschaft geführt. Die SPÖ hatte ihre absolute Mehrheit verloren. ÖVP (16 Mandate) und FPÖ (8) waren die Gewinner und es bestand eine klare Mehrheit gegenüber SPÖ (20) und KPÖ (1). Der Weg war damit frei für eine ÖVP/FPÖ-Koalition. Der langjährige SPÖ-Bürgermeister Hans Ausserwinkler wurde durch den ÖVP-Spitzenkandidaten Leopold Guggenberger abgelöst. Die FPÖ konnte mit Gerd Vallon auch erstmals in Klagenfurt einen Vizebürgermeister stellen. Grundlage für den politischen Erfolg der Freiheitlichen bei dieser Gemeinderatswahl waren aber nicht kommunalpolitische Erfolge, sondern der im Jahr 1972 stattgefundenen Ortstafelkonflikt in Kärnten. Die SPÖ verlor damit in weiten Teilen der Bevölkerung an Rückhalt.

Die bürgerliche Koalition in Klagenfurt sollte bis zum Jahr 2001, also 28 Jahre, ununterbrochen Bestand haben. Für die Freiheitlichen ging es in der Zeit auf und ab. Die einzige Konstante in dieser Koalition war der Bürgermeister, welcher erst 1997 auf eine erneute Kandidatur verzichtete. Mit seiner 25-jährigen Amtszeit war Leopold Guggenberger das am längsten regierende Stadtobhaupt der Landeshauptstadt. Der populäre Bürgermeister war den Klagenfurter Bürgern unter dem Spitznamen „Guggi“ bekannt.

Aus der Gemeinderatsperiode von 1973 bis 1979 konnte die FPÖ keinen Gewinn ziehen. Die Blauen wurden nur als Beiwagerl des allgegenwärtigen Bürgermeisters wahrgenommen. Auch in ihren zwei Stadtratsreferaten konnten sie nicht reüssieren. Die uneingeschränkte Loyalität gegenüber dem Koalitionspartner wurde im Jahr 1979 vom Wähler nicht belohnt. Es wurden 8,2 Prozent der Stimmen verloren. Von den bisher acht gingen fünf Mandate direkt an die ÖVP verloren. Einen Sitz im Stadtrat konnte man aus eigener Kraft nicht mehr erreichen. Guggenberger ließ sich aber im Gemeinderat wieder von der FPÖ zum Bürgermeister wählen und überließ den Freiheitlichen als Gegenleistung einen Sitz im Stadtsenat.

Aus der Gemeinderatsperiode von 1979 bis 1985 konnte die FPÖ wiederum keinen Nutzen aus der Koalition ziehen. Die Packelei um den Stadtratsposten wurde ihr übel genommen, und wirkliche Erfolge in der politischen Arbeit konnten nicht vorgewiesen werden. Zudem überstrahlte die Beliebtheit des Bürgermeisters alles andere. Der Kuschelkurs ohne eigene Akzente führte nicht zum Erfolg. Dies, obwohl sich die FPÖ zu diesem Zeitpunkt in Kärnten eigentlich im Aufwind befand, da Jörg Haider seit dem Jahr 1983 Landesparteiobmann war. Bei der Wahl gab es große Verluste der SPÖ und Gewinne der ÖVP aber auch der FPÖ. Mit 9,9 Prozent war die FPÖ aber noch weit vom Gemeinderatswahlergebnis 1973 entfernt, doch man konnte wieder aus eigener Kraft einen Stadtrat stellen. Für die neuerliche Wahl von Guggenberger zum Bürgermeister gab es als Belohnung den ersten Vizebürgermeister für die Freiheitlichen, welcher von Walter Candussi besetzt wurde.

Die folgenden Koalitionsjahre sollten anders verlaufen als die vergangenen Perioden. Walter Candussi verstand es auch, inhaltliche Akzente zu setzen. Dazu kam, dass Jörg Haider, der Bundesparteiobmann der FPÖ wurde, auch seinen Wohnsitz in Klagenfurt hatte. Haider entwickelte ein besonderes freundschaftliches Verhältnis zu Bürgermeister Guggenberger. Die FPÖ in Klagenfurt

konnte in dieser Konstellation auch nicht mehr von dem allgegenwärtigen Bürgermeister zu Tode umarmt werden.

Die Landtagswahl 1989 in Kärnten gilt als Zäsur in der österreichischen Parteienlandschaft. Hohe Verluste der bis dahin mit absoluter Mehrheit regierenden SPÖ und ebenso hohe Verluste der ÖVP katapultierten die FPÖ unter Jörg Haider mit 29 Prozent der Stimmen an die zweite Position. Nach der Wahl war Verhandlungsgeschick gefragt, zumal die SPÖ nur knapp an der absoluten Mehrheit scheiterte. Die Sozialisten stellten daher auch den Anspruch auf den Landeshauptmann. Der große Wahlsieger Jörg Haider verhandelte aber geschickt mit der gedemütigten ÖVP. Schlussendlich fand man sich in einem Regierungsübereinkommen zwischen der FPÖ und der ÖVP, welches die Wahl von Jörg Haider zum Landeshauptmann beinhaltete.

Für die Einigung war sicher auch die Tatsache ausschlaggebend, dass es in der Landeshauptstadt Klagenfurt eine bereits jahrzehntelange Partnerschaft zwischen der FPÖ und der ÖVP gab. Bürgermeister Leopold Guggenberger spielte deshalb auch bei der Einigung eine wichtige Rolle. Am 30. Mai 1989 wurde schließlich erstmals ein FPÖ-Landeshauptmann in Österreich angelobt.

Die Grundlage der Zusammenarbeit zwischen der ÖVP und der FPÖ war nicht ein starrer Koalitionspakt, sondern ein Schwerpunktprogramm für Kärnten, das jedem der beiden Partner ausreichend parlamentarischen und politischen Freiraum für die Gestaltung seiner eigenen Interessen und Schwerpunkte überließ. Diese neue Form der Zusammenarbeit, welche von Jörg Haider angestrebt wurde, war bereits ein sichtbares Zeichen einer neuen Politik. Freilich musste die FPÖ ihren Partnern auch selbst Zugeständnisse machen. So wurde der von der FPÖ errungene zweite Regierungssitz der ÖVP überlassen. Landeshauptmann Haider führte somit die siebenköpfige Regierung ohne einen weiteren Parteikollegen. Für die Arbeit erschwerend war noch, dass die ins Abseits gedrängte SPÖ aufgrund der Wahlarithmetik über eine absolute Mehrheit in der

Landesregierung verfügte. Nach der Angelobung von Landeshauptmann Haider gab es vier SPÖ Regierungsmitglieder gegenüber zwei ÖVP-Regierungsmitglieder und einem Freiheitlichen, dem Landeshauptmann.

Unter diesen erschwerten Umständen verwundert es aus heutiger Sicht, dass der Landeshauptmann bereits in seinem ersten Jahr zahlreiche Reformen im Land um- und durchsetzen konnte. Medienwirksam wurden zunächst die Hofräte abgeschafft. Diese vielbeachtete Aktion ging ohne Murren über die Bühne. Die ehemaligen Hofräte wurden aber, für die Öffentlichkeit unbemerkt, finanziell bessergestellt. Ein Schachzug von Haider. Die bis dahin vorherrschende Parteibuchwirtschaft wurde durch ein Objektivierungsgesetz abgelöst.

Ein weiteres zentrales Anliegen von Haiders Politik als Landeshauptmann in Kärnten war die in diesem Bundesland wichtige Volksgruppenfrage. Es ist ihm als erstem Landeshauptmann gelungen, eine ernsthafte Aussöhnung zwischen der slowenischen Minderheit und der deutschen Mehrheitsbevölkerung in Kärnten zu erreichen. Große Erfolge hatte die FPÖ bei Angelegenheiten der direkten Demokratie. So wurde erstmals in Österreich die Bürgermeisterdirektwahl eingeführt.

Für Haider war die Koalition im Kärntner Landtag als Modell für eine spätere Koalition auf Bundesebene wichtig. Der Partner wurde daher von Haider auch immer gut behandelt. Erfolge wurden auch der ÖVP zugestanden. Mit Christoph Zernatto gab es ein Gegenüber mit Handschlagqualität. Schwieriger war das mit dem Klubobmann der ÖVP, Georg Wurmitzer, welcher es nicht verwinden konnte, dass das Landwirtschaftsreferat bei Haider und nicht bei der ÖVP war. Aus diesem bäuerlichen Umfeld kamen auch gerne Querschüsse. Sie parierte Haider aber immer bravourös. In einer Debatte im Kärntner Landtag am 13. Juni 1991 hat sich Haider über die Beschäftigungspolitik im Dritten Reich geäußert. Haider wurde darauf von ÖVP und SPÖ abgewählt, die Koalition war nach zwei Jahren beendet.

Bereits drei Monate vorher gab es Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen in Klagenfurt. Erstmals wurde der Bürgermeister nun direkt gewählt. Guggenberger konnte auch die Direktwahl gewinnen. Die ÖVP verlor aber 15,5 Prozent, die FPÖ legte 11,2 Prozent auf 21,1 Prozent zu. Der Juniorpartner war wohl auch wegen der Politik auf Landesebene erwachsen geworden. Die Koalition in der Landeshauptstadt wurde mit dem FPÖ-Vizebürgermeister Reinhart Gaugg fortgesetzt. Auch der Bruch der Koalition auf Landesebene konnte dieser Zusammenarbeit nichts anhaben.

Bei der Gemeinderats- und Bürgermeisterwahl 1997 trat Guggenberger nicht mehr an. Die FPÖ konnte neuerlich stark gewinnen und die ÖVP sogar überholen. SPÖ 30,3 Prozent, FPÖ 29,3 Prozent ÖVP 28,7 Prozent: Der von der Bevölkerung gewählte Bürgermeister Harald Scheucher (ÖVP) führte die seit 1973 bestehende Koalition mit der FPÖ fort. Diese Zusammenarbeit erwies sich aber nicht mehr so konfliktfrei wie unter Guggi. Die ÖVP war gedemütigt und suchte auch immer wieder die Zusammenarbeit mit der SPÖ. Die Koalition wurde im Juni 2001 von der FPÖ aufgelöst, nachdem ihr von ÖVP und SPÖ das Finanzreferat entzogen worden war.

Jörg Haider war von 1999 bis zu seinem Ableben 2008 wieder Landeshauptmann. Zwischen 2004 und 2006 gab es eine Koalition mit der SPÖ, bekannt auch als „Chianti-Koalition“. Für die übrige Zeit vertraute man auf wechselnde Mehrheiten ohne starren Pakt. Erst nach der Landtagswahl 2009 kam es wieder zu einer Koalition zwischen BZÖ und ÖVP unter Landeshauptmann Gerhard Dörfler (BZÖ). Im Dezember 2009 spalteten sich die Freiheitlichen in Kärnten vom BZÖ ab und fungierten seither als selbstständige Partei (FPK), die die Koalition mit der ÖVP fortsetzte. Diese wurde aber von der ÖVP aufgelöst und es gab im Jahr 2013 vorzeitige Neuwahlen, welche für die Freiheitlichen in einem Desaster endeten.

Die Erfahrungen der Freiheitlichen in der Zusammenarbeit mit der ÖVP sind gespalten. Jörg Haider hatte sich immer wieder über die mangelnde Handschlagqualität mancher Schwarzer beklagt.

Eine solche sei laut Haider bei manchem roten Gewerkschafter wesentlich zuverlässiger. In der Tat konnte Haider mit dem SP- Betriebsratsobmann in den Landeskrankenanstalten Gebhard Arbeiter im Landtag eine gute Vertrauensbasis aufbauen. Es gab aber auch bei der ÖVP Personen, bei welchen die FPÖ eine gute Basis für die Zusammenarbeit fand. An der Spitze derer stand Leopold Guggenberger. Wenn es Guggi sicher auch nicht so wollte, so wurde die Stadt-FPÖ in dieser Zeit doch von dem übermächtigen Koalitionspartner inhaliert. Die friktionsfreie Zusammenarbeit hatte eben ihren Preis und diesen musste der Juniorpartner begleichen.

Alle anderen Zusammenarbeiten mit der ÖVP gingen in Kärnten immer in Brüche. Die Schuld dabei lag wohl auf beiden Seiten, es zeigte sich aber, dass Vertreter im bäuerlichen Bereich miteinander nicht so gut konnten. Die Ergebnisse der bürgerlichen Koalitionen in Kärnten sind aber dennoch herausragend. Klagenfurt konnte sich nachhaltig zu einer herzeigbaren bürgerlichen Großstadt entwickeln. Man sieht es einer Stadt an, wenn sie jahrzehntelang bürgerlich regiert wurde. Stadtplanung und Baukultur haben die Stadt in dieser Zeit positiv verändert. Ohne die Zusammenarbeit mit der ÖVP hätte Jörg Haider 1989 auch nicht Landeshauptmann werden können. Wer weiß, ob es die FPÖ ohne diesen Schritt zu ihrer heutigen Größe geschafft hätte. Insgesamt waren die Koalitionen mit der ÖVP nachhaltiger und erfolgreicher als die mit der SPÖ. Tatsache ist, dass eine absolute Mehrheit sich derzeit für keine Partei ausgeht. Koalitionen sind daher notwendig. Eine Bündelung der konservativen Kräfte bringt dabei den besten Nutzen.

Normalität der Ersten Republik

Der „Bürgerblock“ 1922–1932
(Auszug aus dem Buch „Das Kickl-Hofer-Projekt 2019)

VON LOTHAR HÖBELT

Univ.-Prof. Dr. Lothar Höbelt war Professor
für Neuere Geschichte an der Universität Wien.



Bild: ZZ-Archiv

Die bürgerliche Koalition war der Normalfall der Ersten Republik, der Ausnahmefall in der Zweiten. Die Republik Deutschösterreich war 1918 von einer Konzentrationsregierung ins Leben gerufen worden. Die Deutschnationalen schieden im März 1919 aus – aus Protest, weil ihre Hochburgen im Sudetenland von den Tschechen besetzt waren und die Sozialdemokraten die zugesagte Ernennung von Ersatzmännern blockierten. Übrig blieb die später so betrauerte „rot-schwarze“ Große Koalition, die nie als dauerhafter Zustand gedacht war, sondern als Notbehelf, solange bis der Friedensvertrag und die Verfassung unter Dach und Fach gebracht waren. Danach wurde neugewählt: Die Sozialdemokraten fielen im Oktober 1920 auf Platz 2 zurück und entschlossen sich, aus der Opposition heraus einen neuen Anlauf zur Erringung der Mehrheit zu machen. Die Regierung übernahm somit zwangsläufig der „Bürgerblock“ – aber bei weitem nicht sofort: Die beiden bürgerlichen Parteien, Christlichsoziale und Großdeutsche Volkspartei, bildeten nämlich nach dem Vorbild der Monarchie zunächst nur eine lockere Arbeitsmehrheit – jede Partei entsandte bloß einen „Aufpasser“ in ein Beamten-Kabinet, geführt unter anderem vom Wiener Polizeipräsidenten (und Sängerschaffer) Johannes Schober.

Erst als der Handlungsbedarf zunahm, wegen der galoppierenden Inflation, die tiefgreifende Reformen erforderte, konnte Ignaz

Seipel als „Mastermind“ der Ersten Republik die Großdeutschen im Mai 1922 zu einer fixen Koalition überreden – einer „Sanierungspartnerschaft“, um die Währung und die ins Wanken geratene bürgerliche Eigentumsordnung zu stabilisieren. Sein kongenialer Partner dabei war der ehemalige Linzer Bürgermeister Franz Dinghofer, als Klubobmann der eigentliche führende Kopf der Großdeutschen Volkspartei. 1927 wurde dann auch der Landbund in die Regierung aufgenommen, die national-freiheitliche Bauernpartei, die sich von den städtischen Großdeutschen abgespalten hatte, mit Hochburgen in Kärnten und der Steiermark. Der Landbund stellte mit Karl Hartleb, dem ehemaligen Kärntner Landeshauptmann Vinzenz Schumy (nach 1945 dann Generalanwalt der Raiffeisenkassen) und Franz Winkler bis 1933 auch den Vizekanzler.

Der „Bürgerblock“ wird gerne mit dem Scheitern der Ersten Republik assoziiert. Das Gegenteil ist wahr: Solange der Bürgerblock hielt, war der Parlamentarismus nicht in Gefahr. Doch um die Jahreswende 1931/32 schieden die Großdeutschen aus der Regierung aus, weil ihrer bildungsbürgerlichen Klientel im öffentlichen Dienst die Kürzungen der Beamtengehälter nicht zuzumuten war, die im Gefolge der Weltwirtschaftskrise unumgänglich geworden waren. Zurück blieb eine Minderheitsregierung unter Buresch, dann Dollfuß, die autoritären Lösungen viel aufgeschlossener gegenüberstand, weil sie befürchten musste, bei nächstbestener Gelegenheit abgewählt zu werden. Noch bis kurz vor dem berühmt-berühmten 4. März 1933, der „Selbstausschaltung des Parlaments“, versuchte Dollfuß die Großdeutschen zum Wiedereintritt in die Regierung zu bewegen. Lösung auf Dauer wäre auch das freilich keine gewesen, denn die Landtags- und Gemeinderatswahlen 1932 bewiesen deutlich, dass all die kleineren nationalen oder konservativen Parteien, ob es sich jetzt um Großdeutsche, Landbund oder Heimatblock handelte, von der NSDAP hinweggefegt wurden (bis auf Vorarlberg, wo Großdeutsche und Landbund noch im November 1932 den Wiedereinzug in den Landtag schafften).

Ein bewusstes Gegenmodell

Das Regierung-Opposition-System und eine Gegenkonstruktion

VON WILHELM BRAUNEDER

Univ.-Prof. Wilhelm Brauner ist Rechtshistoriker



Bild: ZZ-Archiv

Dass einer Regierung eine Opposition gegenübersteht, ist den Massenmedien so selbstverständlich, dass sie politische Situationen fast nur durch diese Brille zu betrachten pflegen. Als beispielsweise nach der letzten Landtagswahl in Niederösterreich berichtet wurde, es werde eine ÖVP-FPÖ-Koalition geben, vermerkten manche von ihnen verschämt, dass auch die SPÖ an der Landesregierung Anteil habe – als ob es sich dabei um eine Art Webfehler im politischen Gewand handle. Anderswo ist dem ja tatsächlich nicht so. Im Burgenland ist die Landesregierung monokolor rot: Die Landtagsmehrheit der SPÖ wählte eben nur eine SPÖ-Landesregierung, die Landtagsminderheit bleibt Minderheit, auch bei der Wahl der Landesregierung. In den Ortsgemeinden hingegen stellt sich die Situation wie auf der Landesebene unter anderem in Niederösterreich wie auch in Oberösterreich dar. Trotz der „Koalition ÖVP-Grüne“ etwa in der Stadtgemeinde Baden haben auch andere Parteien Sitz und Stimme im „Stadtrat“ benannten Gemeindeausschuss.

Verfassungsrechtlich handelt es sich hier nämlich um ein bewusstes Gegenmodell zu dem Regierung-Oppositions-Schema. Es geht auf die Gründungszeit der Republik im Jahre 1918 zurück, als es galt, die Staatsspitze neu zu konstruieren. Die bisherige Situation hatte wie auch in anderen Staaten ihren baulichen Niederschlag in

den Sitzungssälen der Parlamente gefunden. Die vom Monarchen eingesetzte und meist nur ihm verantwortliche Regierung saß auf der Regierungsbank als die eine politische Kraft der anderen im Halbrund der Abgeordneten frontal gegenüber. Ein österreichischer Ministerpräsident konnte daher pointiert sagen: „Wir sind die Regierung des Kaisers und gedenken auch eine solche zu bleiben“.

Das aber wollte die junge Republik ändern. Im Sinne des nun vorherrschenden demokratischen Prinzips sollte der Volkswille nicht nur wie bisher im Abgeordnetenrund zum Tragen kommen, sondern auch auf der Regierungsbank. Anders formuliert: nicht nur in der Legislative, der Gesetzgebung, sondern auch in der Spitze der Exekutive, der Verwaltung, also in der Regierung. Und dies sollte eine neue Konstruktion bewirken: die proportionale Zusammensetzung der Regierungsspitze in Staat, Land und Gemeinde. Im Staat ging man aber besonders mit der Bundesverfassung 1920 von dieser Gestaltung ab, wozu politisch auch die schroffen Gegensätze zwischen den bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie beitrugen.

In den Ländern dauerte das Proportionalsystem in Gemeindeausschuss und Landesregierung fast analog zu Gemeinderat und Landtag weiter an. Eine besondere Akzentuierung erfährt es in den Städten mit eigenem Statut, das hier die allgemeine Gemeindeordnung der Einheitsgemeinde ersetzt. Der Hauptunterschied etwa auch zu jenen Gemeinden, die nur den Titel „Stadt“ tragen wie etwa das zuvor erwähnte Baden oder wie Leoben, aber als Einheitsgemeinden organisiert sind, besteht darin, dass die einzelnen Ressorts der Stadtregierung, die Stadträte, ein eigenes Budget besitzen und insofern dem Bürgermeister nahezu gleichgestellt sind, während dieser in den übrigen Gemeinden die Budgethoheit besitzt und hier die gleichfalls „Stadträte“ genannten Mitglieder des Stadtrats keineswegs mitregieren: Hier herrscht das Bürgermeistermonopol.

Aber immerhin kommt in den Einheitsgemeinden auch den kleineren Parteien zufolge des Proportionalitätsprinzips ein verfas-

sungsrechtlich garantiertes gewisses Mitspracherecht und damit ein Informationsrecht zu, das sie bei einem auch hier etablierten Mehrheitsprinzip nicht hätten. Ihre Vertreter nehmen beispielsweise an Gemeinderatsausschüssen teil, bei entsprechender Stärke auch am Stadtrat und ihr Mitglied in diesem kann allen Ausschusssitzungen beiwohnen. Diese Möglichkeiten und ihr Informationswert sind durchaus hoch einzuschätzen. Das schließt nun keineswegs eine politische Oppositionsrolle gegenüber dem Bürgermeister und seiner Partei bei deren absoluter Mehrheit oder bei einer entsprechenden Parteienkoalition aus. Aber die Verwaltung steht bei diesem Proportionalssystem in den Gemeinden und manchen Ländern politisch jedenfalls auf einer breiten, nämlich demokratischen Basis im Gegensatz zum Mehrheitssystem, wie dies etwa die allein „rote“ Landesregierung des Burgenlandes zeigt. Im Falle des Proportionalssystem erstreckt sich die repräsentative Demokratie also auch bis in die Spitze der Exekutive, während das Mehrheitssystem vor dieser Halt macht. Das haben die Gründungsväter der Republik nicht nur erkannt, sondern mit ersterem verhindert.

Aus dem Mehrheitssystem bei der Regierungsbildung im Bund und in manchen Ländern folgt eine Mediatisierung des Willens der Wähler. Sie haben auf die Regierungsbildung keinerlei Einfluss. Dafür wird die Wahl zu einem Freibrief herabgedrückt. Es entscheiden nunmehr allein die politischen Parteien. Und dies über entsprechende Koalitionen. Das Ergebnis muss dem im Wahlergebnis manifesten Wählerwillen keineswegs entsprechen. Denn es muss die als stärkste aus der Wahl hervorgegangene Partei keineswegs stärkste Kraft in der Regierung werden. Diese „Umreihung“ trifft ebenso auf die zweit-, drittstärkste Partei zu. Das verdeutlicht etwa folgendes Beispiel. Eine Wahl ergab folgende Parteistärken: A 40%, B 30%, C 20%, D 10%. Bei einer Koalition von A mit C = 60% ist die zweitstärkste Partei B ebenso wie schwächste Partei D nicht in der Regierung vertreten. Bei einer Koalition von B, C und D – insgesamt 60% - ist sogar die stärkste Partei, nämlich A, von der Re-

gierung ausgeschlossen. Was sicherlich nicht dem Wählerwillen entspricht. Zwar folgt in allen diesen Fällen das Parlament – Nationalrat und Landtage – der Idee der repräsentativen Demokratie, aber nicht mehr die handelnde Staatsgewalt, die Regierung. Vor ihr endet also die Demokratie – im Gegensatz zu manchen Ländern wie etwa Niederösterreich und Oberösterreich und im Gegensatz zu allen Ortsgemeinden und insbesondere den Statutarstädten. Und das lag schon gar nicht in der Absicht der Gründerväter der Republik.

Dieser entwicklungsgeschichtliche Rückschritt auf Bundesebene und in manchen Ländern zeitigt in seiner Verflechtung mit der Rolle der politischen Parteien wohl jene Wirkungen, die wesentlich ursächlich sind – nicht für eine Politikverdrossenheit, sondern in erster Linie für eine Politikerverdrossenheit. Nun ist die Rolle der politischen Parteien im Staat nichts Neues. Dass sie Unheil mit sich bringen, führte zu verschiedenen Maßnahmen, seit es Repräsentativkörperschaften gibt. In den frühen Parlamenten des 19. Jahrhunderts versuchte man, die Fraktionsbildungen zu unterlaufen: von alphabetischer Sitzordnung der Abgeordneten bis zur Organisation der Parlamente als Vertretung bestimmter Gruppeninteressen wie etwa in Österreich kraft Wahlordnungen gegliedert in Vertreter der Stadtgemeinden, der Landgemeinden, der Handels- und Gewerbekammern und des Großgrundbesitzes. Vergebens: Die Vertreter der politischen Parteien organisierten sich über diese Kuriengrenzen hinweg. Ihre Rechtsgrundlage bildete das Vereinsgesetz 1867 (RGBl. 134) mit seinem Abschnitt „Politische Vereine“. In der parlamentarischen Praxis entstand zunehmend ein Parteien-Gewohnheitsrecht, allerdings nur für diese.

Hans Kelsen zog daher 1925 allgemein den Schluss „Wird die politische Partei zu einem entscheidenden Faktor im Prozesse der staatlichen Willensbildung, dann liegt es nahe, die Organisation der Partei unter diesem Gesichtspunkte gesetzlich zu regeln, insbesondere dafür Sorge zu tragen, dass innerhalb der Partei der Grundsatz demokratischer Kontrolle gewahrt bleibe, und die – gerade beim

System der Proportionalität so oft beklagte – Diktatur der Parteiführer möglichst ausgeschaltet werde“ (Allgemeinen Staatslehre, Berlin 1925, S. 351). Dazu kam es freilich nicht. Der Kelsen sicherlich ebenbürtige Staatsrechtslehrer Adolf Merkl fällt zehn Jahre später angesichts der Entwicklung in Österreich ein vernichtendes Urteil: „Die Demokratie wurde als Parteiherrschaft in Frage gestellt und entwurzelt. Diese Absicht [beweise das Wahlsystem, das] auf eine Diktatur der Parteien hinauslief“ und meinte, der „überflüssig über-spitzte Parlamentarismus habe dem österreichischen Parlamente das Leben gekostet“ (Die ständisch-autoritäre Verfassung Österreichs, Wien 1935, S. 5).

Vor allem das „Bonner“ Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland regelte erst spät die „Parteien“ im Verfassungsrang (Artikel 21): Sie „wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit“, müssen „demokratischen Grundsätzen entsprechen“ und „über ihr Vermögen öffentlich Rechenschaft geben“. Näheres regelte 1967 ein „Parteiengesetz“ mit detaillierten Bestimmungen über die innere Organisation der Parteien samt ihren Untergliederungen sowie ihre Finanzierung und über „Rechte der Mitglieder“. Erst 1975 folgte Österreich mit seinem „Parteiengesetz“ und wesentlich geringerer Regelungsdichte, „Rechte der Mitglieder“ kennt es nicht. Als Verfassungsbestimmung legt sein § 1 fest: „Die Existenz und Vielfalt politischer Parteien sind wesentliche Bestandteile der demokratischen Ordnung der Republik Österreich (Artikel 1 B-VG)“. Dieser bestimmt: „Österreich ist eine demokratische Republik“.

Die Verweisung auf das Bundes-Verfassungsgesetz (B-VG) macht Österreich zur Parteiendemokratie. Sie ist vor allem den Medien und den ihnen oft notgedrungen Hörigen selbstverständlich geworden. Freie Richterstellen im Verfassungsgerichtshof ordnen sie primär den politischen Parteien zu und nicht den bestellenden Organen Bundesregierung, Nationalrat und Bundesrat. Nahezu einen Kult der Parteiführer pflegen die Fernsehsender mit ihren Interviews allein der Parteichefs, als wären sie allwissend und nicht abhängig

von Parteigremien und Sachberatern. Insgesamt lässt sich festhalten, dass die Eingrenzung und Zähmung der Staatsgewalt den Parteienstaat nicht erfasst hat. Es bedarf struktureller Maßnahmen, damit auch die demokratische Idee in die wichtige Staatsfunktion Regierung im Bund und in manchen Ländern zurückkehrt.

Literatur u. a.: W. Brauner, Der unregelte Parteienstaat, in: P. Hilpold – W. Steinmair – A. Raffener (Hg.), Österreich und die EU im Umbruch, Wien 2022, S. 211 ff.; ders., Republik contra Parteienstaat, in: M. Matzka – P. Hilpold – W. Hammerle (Hg.), 100 Jahre Verfassung, Wien (2020), S. 139 ff.; Historisches: ders., Österreichische Verfassungsgeschichte, 11. Aufl., Wien 2009.

Bürgerliche Koalitionen im europäischen Vergleich

Problembär CDU

Die europäischen Parteien und die bürgerliche Solidarität

VON **LOTHAR HÖBELT**

Univ.-Prof. Dr. Lothar Höbelt war Professor
für Neuere Geschichte an der Universität Wien.



Bild: ZZ-Archiv

Ursula von der Leyen ist sich selbst treu geblieben: Sie ist – allen gegenteiligen Andeutungen zum Trotz – nach der EU-Wahl, die mit großen Gewinnen der Rechtsfraktionen endete, prompt wiederum nach links umgefallen (oder liegengeblieben?). Derlei Erfahrungen erwecken in heimischen Ländern oft den Eindruck, die Rechte sei isoliert und stünde einer Welt von Feinden gegenüber. Doch eben dieser Eindruck täuscht. Europa ist viel vernünftiger als Deutschland.

Beginnen wir mit Italien: Dort hat sich die Schwesterpartei der CDU, die Democrazia Cristiana (der „weiße Wal“ genannt, denn „schwarz“ war dort reserviert für das MSI) in den neunziger Jahren in diverse Kleinstparteien aufgelöst, die früher oder später links oder rechts Zuflucht gesucht haben. In der EVP ist Italien weiterhin mit der von Berlusconi gegründeten Forza Italia vertreten, die sich bei knapp unter zehn Prozent der Wähler stabilisiert hat. Gleich geblieben ist seit Berlusconi, dass es zwischen den drei Rechtsparteien (FI, Lega und Fratelli d'Italia) zwar hin und wieder Differenzen gibt, sie aber bei den Wahlen – und meist auch bei der Regierungsbildung – gemeinsam marschieren. Fazit: Intrigen ja, aber von bürgerlicher Feigheit kann da nirgendwo die Rede sein.

In Spanien hingegen ist die Partido Popular weiterhin stärkste Kraft, aber jederzeit bereit, mit der 2013 von ihr abgespaltenen rech-

ten VOX gemeinsam eine Regierung zu bilden – schade, dass es sich beim letzten Mal um ein paar Promille nicht ausgegangen ist. Notabene: Die Partido Popular war ursprünglich keine christdemokratische Partei, sondern eine dezidiert konservative, eine Gründung von Manuel Fraga Iribarne, Francos Informationsminister, die im Laufe der achtziger Jahre die christdemokratische Konkurrenz in der Mitte überholt und inhaliert hat. Ihre Regionalpräsidentin von Madrid, Isabel Ayuso, sieht nicht bloß blendend aus, sondern wäre auch inhaltlich eine ideale Kandidatin für beide Rechtsparteien.

Komplexer ist die Situation in Frankreich: Dort haben die Gaullisten, die seit dem Tod des Gründers immer wieder ihren Namen wechselten und zum Schluss nur mehr als eine Art „Präsidentenwahlverein“ firmierten, seit dem Verlust der Macht 2012 einen Prozess durchgemacht, der gewisse Parallelen zum Zerfall der DC in Italien aufweist. Ein Teil hat sich von Macron ködern lassen und ist daraufhin ausgeschlossen worden. Heuer wurde dafür auch Eric Ciotti, der als Mann des rechten Flügels 2022 die Partei übernahm, ausgeschlossen, weil er allzu offen für ein Bündnis mit Le Pen eintrat. Da ist zweifelsohne etwas schief gegangen. Was dabei für Intrigen im Hintergrund abliefen, ist für Außenstehende nur schemenhaft wahrzunehmen.

Wesentlich ist jedoch, schon bei den Wahlen 2022 haben Gaullisten und Le Pen bei den Stichwahlen gut kooperiert. Ciotti wollte diese Zusammenarbeit diesmal nur von Anfang an sicherstellen – schon einmal, um zu garantieren, daß überhaupt genügend Gaullisten in die Stichwahl kommen, was bei einem Wähleranteil von unter 10 % ja keineswegs selbstverständlich ist. Er ist damit offenbar zu weit vorgeprescht: Außerdem korrigieren die französischen Wähler im zweiten Wahlgang gern das Ergebnis des 1. Wahlganges. 2022 hat die Rechte davon profitiert; diesmal die Linke. Für die Zukunft ist alles offen. Im Europaparlament haben die Gaullisten übrigens auch nicht für Von der Leyen gestimmt. Ihr dortiger Fraktionsführer Francois-Xavier Bellamy hat eindeutig zu verstehen

gegeben: Die Gaullisten wollen ihre Unabhängigkeit und ihre Identität wahren, würden im Zweifelsfall aber natürlich lieber Le Pen wählen als den Linksaußen Melenchon.

Eine indirekte Zusammenarbeit hat sich inzwischen auch in Paris ergeben: Der neue Premierminister Michel Barnier kommt von den Gaullisten, sein Innenminister Bruno Retailleau sogar von der Gruppierung des Marquis de Villiers, der in den neunziger Jahren eine Fraktion zwischen Gaullisten und Le Pen ins Leben rief. Die Regierung Barnier ist in der Nationalversammlung auf die Stimmen – oder doch zumindest auf eine wohlwollende Enthaltung von Le Pens Rassemblement angewiesen. Da lauern selbstverständlich Chancen und Gefahren: Le Pen hat sich gleich anfangs gegen Steuererhöhungen quergelegt. Aber eine Öffnung nach rechts ist im Programm Barniers auf alle Fälle angelegt.

Stehen der Zusammenarbeit der Parteien rechts von der Mitte im romanischen Süden Europas keine gravierenden Hindernisse entgegen, so gilt das gleiche für das über Jahrzehnte sozialdemokratisch geprägten Skandinavien. Hier hat sich die Zusammenarbeit zwischen dem zersplitterten Spektrum der traditionellen bürgerlichen Parteien und ihrer populistischen Konkurrenz weitgehend klag- und geräuschlos vollzogen. Norwegen war der Vorreiter; in den letzten Jahren hat dann auch Schweden nachgezogen. In Dänemark und Schweden handelte es sich dabei um eine von der Rechten tolerierte Minderheitsregierung; in Norwegen und Finnland um formelle Koalitionen. Mitteparteien, die als Zünglein an der Waage fungieren, versuchen, aus dieser Position das meiste herauszuholen – aber von Brandmauern und ähnlichem martialischen Getöse kann keine Rede sein. In den Niederlanden sind die Christdemokraten – ursprünglich eine Gründung der katholischen Minderheit – in der Wählergunst weit zurückgefallen. Bürgerliche Standardpartei ist die rechtsliberale VVD, die gerade unter ihrer neuen türkischen Obfrau Dilan Yesilgöz keinen Anstoß nahm, gemeinsam mit dem Wahlsieger Wilders eine Regierung aus der Tau-

fe zu heben. (Schwierigkeit machte dabei nur eine andere Protestpartei unter Pieter Omtzigt.)

In Mitteleuropa – gerne wieder als Osten bezeichnet, seit die Reformländer nicht mehr nach der Brüsseler Pfeife tanzen – liegen die Dinge freilich anders: Rechtsparteien wie die ungarische Fidesz oder die polnische PiS sind mehrheitsfähig und bildeten jahrelang Alleinregierungen (rechts von ihnen gibt es dann auch noch Kleinparteien wie Mi Hazank oder Konfederacja). Die EVP-Mitgliedsparteien wie Donald Tusks PO oder Peter Magyars neue TISZA-Partei repräsentieren ein Wählerspektrum links von der Mitte (in Polen spielen außerdem die unterschiedlichen Traditionen zwischen dem preußischen und dem russischen bzw. österreichischen Teilungsgebiet eine große Rolle!) Tusk und Magyar sind zweifelsohne vernünftiger als das, was sich im westeuropäischen Mitte-Links-Spektrum tummelt, aber sie folgen der Logik des alten Spruchs: „All politics is local.“ Ihr Hauptgegner ist die Rechte. Es ist daher nicht zu verwundern, dass die beiden Gruppierungen ihre Rivalität offen ausleben.

In Tschechien und der Slowakei wird man sich sehr schwertun, die Wahlwerber in das klassische Links-Rechts-Schema einzuordnen: In Tschechien ist derzeit eine absolute Mehrheit der EU-Abgeordneten Mitglied in einer der beiden großen Rechts-Fraktionen. Allenfalls könnte man im Rahmen der ODS (der ehemaligen Partei von Vaclav Klaus, die seither ins Trudeln gekommen ist) ein gewisses Tauziehen ausmachen zwischen Kräften, die mit Babis gehen wollen, der sich den Patrioten für Europa angeschlossen hat – und der gegenwärtigen Führung, die offenbar eine Koalition mit Mitte-Links-Parteien vorzieht, inklusive der linksliberalen „Piraten“, die nach den Kreiswahlen im September allerdings bereits das Handtuch geworfen haben.

In der Slowakei gibt es nur ein einziges Mitglied einer der Rechts-Fraktionen, aber es gibt prononcierte Rechtsliberale unter Sulik und konservative Katholiken in der Tradition von Cernogursky.

Ministerpräsident Fico kommt aus einem sozialdemokratischen Milieu, weist aber manche Parallelen mit Babis auf. In Österreich schließlich hat Kurz alles gesagt, was es dazu zu sagen gibt: Die Beendigung der Koalition mit der FPÖ war ein Fehler. Die Wahlen vom 29. September würden einer Korrektur dieses Fehlers nichts in den Weg legen. Es liegt an den Beteiligten, ob sie sich den Vorwurf gefallen lassen wollen, ihre persönlichen Befindlichkeiten über ihre inhaltlichen Anliegen zu stellen.

Wohin man blickt, mit ganz wenigen Ausnahmen gilt das Gerede von der Brandmauer als eine deutsche Marotte. Allenfalls die portugiesischen „Sozialdemokraten“ (ebenfalls Mitglied der EVP) haben den Fehler kopiert, eine Koalition mit der rechten Chega auszuschließen, die freilich noch ein ziemlich neues Phänomen darstellt. Die Sympathien mit der AfD mögen hie und da auf Grund diverser Ressentiments begrenzt sein, aber das Resultat der Ausgrenzungsstrategie, von der Green-Deal-Politik von der Leyens bis zur deutschen Sympathie für kriminelle Schlepper a la Frau Rackete, stößt fast allen Europäern ungut auf. Kuczynski hat dieser Stimmung unverblümt Ausdruck verliehen, wenn er vor dem deutsch-französischen Imperialismus in Europa warnte.

Deutschland ist nicht bloß die stärkste Volkswirtschaft; die CDU spielt im Europaparlament unglücklicherweise auch die Rolle des Züngleins an der Waage: Seit der letzten Wahl gibt es 190 – in drei Fraktionen geteilte - Rechte und 188 EVP-ler – das wäre bei 720 Abgeordneten eine klare Mehrheit (zu der man auch noch den einen oder anderen Liberalen rechnen müsste, z.B. die Niederländer oder wohl auch die Freien Wähler in der BRD). Doch allein schon die Gruppe der 30 CDU-Abgeordneten (und ihre Mitte-Links-Bundesgenossen in Polen) macht hier einen Strich durch die Rechnung. Selbst wenn sich die CDU als Partei der Mitte sieht, so wäre gerade aus dieser Einstufung eine Politik abzuleiten, die Äquidistanz zur Linken und zur Rechten wahrt, nicht eine einseitige Präferenz für die Linke. Aber Logik ist nicht die starke Seite der Brandmauer-Pre-

diger, die sich von ihrer eigenen Propaganda in Geiselhaft nehmen lassen.

Die BRD tut sich viel zugute auf ihre Zahlungen an die EU. Es würde beiden Seiten nur guttun, wenn diese Zahlungen zurückgefahren würden, damit aber auch der erhobene Zeigefinger verschwindet. Europa wird am deutschen Wesen nicht genesen, sondern es krankt daran. Die CDU ist der Problembär des bürgerlichen Europas. Früher oder später wird sich auch dort ein Wandel vollziehen: Das deutsche politische System hat den Schock der Merkel-Jahre immer noch nicht verdaut. Der sächsische Ministerpräsident Kretschmer sagte am Wahlabend des 1. September, das Ergebnis wäre ein geeigneter Anlass, nicht mehr über Brandmauern zu reden. Von derlei semantischen Lockerungsübungen ist es wohl immer noch ein weiter Weg, bis sich die politische Vernunft auch da Bahn bricht. Vor der Erlösung kommt das Purgatorium, das Fegefeuer: Denn wenn sie mit der AfD nicht reden will, muss sich die CDU inzwischen die Zumutungen der Linken aller möglichen Schattierungen gefallen lassen – und die deutsche Wirtschaft die Verrücktheiten der Grünen.

Freilich: Bürgerliche Solidarität einzufordern, ist keine Einbahnstraße. Die Rechte gefällt sich zuweilen in einer weinerlichen Stimmung: „Wozu sollen wir uns bemühen, es sind ohnehin alle gegen uns“, die dem permanenten Opferkult der Linken um nichts nachsteht. Die Häme, mit der man vielfach Melonis Versuche begleitet hat, das bisherige Kartell der EU-Machthaber aufzuweichen, war in dieser Beziehung leider signifikant – und peinlich. Wer zwischen einem Viertel und einem Drittel der Wähler hinter sich hat, darf sich nicht auf ein „Alles oder Nichts“ einlassen. Das „Establishment“ ist ein Popanz. Man soll nicht auf derlei „68er“-Slogans hereinfallen. Es gilt, die gegnerische Front aufzulockern und Bereichskoalitionen vorzubereiten. Wer hier auf Justament-Standpunkten beharrt, mag sich als Guru profilieren; als Politiker ist er fehl am Platz und betreibt als nützlicher Idiot bloß das Spiel der Linken.

PS: Schon gar nicht ist es angebracht, einen Zankapfel in die Reihen der Rechten zu werfen, weil man glaubt, Weltpolitik aus der Maulwurfsperspektive betreiben zu müssen. Die Mehrheit der europäischen Rechten ist für die NATO. Das schließt nicht aus, dass dort Fehler gemacht werden. Aber Kleinstaaten fehlt sowohl der Wissensstand als auch die Möglichkeit, daran etwas zu ändern. Da sollte man das Gemeinsame betonen, nicht das Trennende.

Vom langen Marsch deutscher Rechtsparteien

„Intoleranz gegen Konservative
und der politischen Rechten!“ (Marcuse)

VON BERND KALLINA

Bernd Kallina war Redakteur beim Deutschlandfunk.



Bild: ZZ-Archiv

Deutschland im Herbst 2024: Die Parole „Verbietet die AfD!“ wird wieder laut. Der ewige Kampf gegen „Rechts“ hat – erneut und verstärkt – in deutschen Landen Hochkonjunktur. Und das, zeitgeschichtlich genau betrachtet, schon seit Jahrzehnten. Angesichts der aufgeregten Verbotsforderungen könnte bei unbedarften Beobachtern der Eindruck entstehen, dass in Deutschland ein neues 1933 vor der Tür stünde. Eine furchterregende Machtübernahme von neuen Nationalsozialisten! Per Initiative des CDU-Bundestagsabgeordneten Marco Wanderwitz, begleitet von weiteren Abgeordneten der Union, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der kommunistischen Linkspartei, drängen die Politiker darauf, zukünftig die erfolgreichste Rechtspartei in der Geschichte der BRD auszuschalten: die „Alternative für Deutschland“ (AfD). Zuletzt erreichte sie bei den Landtagswahlen in Thüringen einen Stimmenanteil von 32,8 Prozent und wurde damit stärkste Partei des Landes.

Ausgangslage: Die Jahre 1945 bis 1949: All das lässt aufhorchen und sowohl an das Kriegsende von 1945 denken als auch an die folgenden Jahre bis zur Gründung der Bundesrepublik. Rückblick auf einen Tagesbefehl des britischen Oberkommandierenden Feldmarschall Montgomery vom 25. März 1945: „Bloße Kapitula-

tion bedeutet noch nicht Frieden. Der Einfluss der Nazis hat alles durchdrungen, selbst die Kirche und die Schulen. Die Besetzung Deutschlands ist ein Kriegsakt, dessen oberstes Ziel die Vernichtung des Nazisystems ist.“ Weiter im Tagesbefehl: „Das vorige Mal gewannen wir den Krieg, aber wir ließen uns den Frieden aus den Händen gleiten. Diesmal dürfen wir nicht nachlassen. Wir müssen den Krieg und den Frieden gewinnen.“ (Archiv der Gegenwart, 25.03.1945)

Diese Leitgedanken Montgomerys mit ihren politisch-operativen Konsequenzen im Nachkriegs-Deutschland hatten bestimmten Einfluss auf den Fortgang der Ereignisse. Sie betrafen neben der Wiederzulassung von meinungsbildenden Massenmedien durch alliierte Besatzungsbehörden, Stichwort Presselizenzen, auch die Kontrollverfahren zur Gründung bzw. Wiederzulassung von Parteien. Die erfolgreichen Startparteien hießen CDU/CSU, SPD und FDP. Die rechte „Deutsche Partei“, von den Briten lizenziert, nahm eine Ausnahmerolle als norddeutsche Regionalpartei ein. Sie stellte sogar in Niedersachsen einen Ministerpräsidenten und war in den 1950er Jahren über Direktmandate im Bundestag vertreten sowie Koalitionspartner der Union. Konrad Adenauer brauchte sie als Mehrheitsbeschaffer für sein Kabinett.

An vielen anderen Versuchen, auch im konservativ-rechten Segment des politischen Spektrums Parteien zu etablieren, hat es nicht gefehlt, die meisten erwiesen sich jedoch als erfolglos. Das hatte eine Reihe von naheliegenden Gründen. Adolf von Thadden, die herausragende Persönlichkeit der deutschen Nachkriegsrechten, schrieb dazu in seinem Buch „Die verfeimte Rechte“ (Schütz-Verlag 1984) trefflich: „Angesichts der vorgegebenen Grundstruktur des deutschen Parteienwesens auf antifaschistischer Grundlage war logischerweise für eine rechte, im herkömmlichen sowie üblichen Sinne des Wortes, kein Platz. Dies galt nicht nur für die sowjetischen Besatzungszone, sondern für die westlichen Besatzungszonen gleichermaßen.“

Partei Gründungen von rechts: Als erste dieser Rechtsparteien entstand 1946 die „Deutsche Reichspartei“, DRP (Bestes Wahlergebnis = 8,1 % bei der Bundestagswahl BTW 1949 in Niedersachsen). Ihr Schwerpunkt lag in Norddeutschland und sie war mit fünf Abgeordneten im ersten Deutschen Bundestag vertreten. Eine Abspaltung in Form der „Sozialistischen Reichspartei“, SRP (Bestes Wahlergebnis = 11 % bei der Landtagswahl LTW 1951 in Niedersachsen) wurde wegen Nähe zum Nationalsozialismus vom Bundesverfassungsgericht 1952 verboten. Pikant: Der SRP-Vorsitzende, Fritz Dorl, war als V-Mann des Verfassungsschutzes für diese Behörde aktiv, gleichfalls der Anwalt im Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht, Rudolf Aschenauer.

Aber auch wer sich als konservativ-rechte Partei programmatisch zum demokratischen Rechtsstaat bekannte, wie die 1964 gegründete Nationaldemokratische Partei Deutschlands, NPD (Bestes Wahlergebnis = 9,8 % bei der LTW 1968 in Baden-Württemberg), die Deutsche Volksunion, DVU, gegründet 1971 (Bestes Wahlergebnis = 12,9 % bei der LTW 1998 in Sachsen-Anhalt), die Republikaner, gegründet 1983 (Bestes Wahlergebnis = 10,9 % bei der LTW 1992 in Baden-Württemberg) oder die Alternative für Deutschland, AfD, gegründet 2013 (Bestes Wahlergebnis = 32,8 % bei der LTW 2024 in Thüringen) hatte einen – im Vergleich zu den etablierten Parteien – schweren Stand: Sie alle waren und sind Beobachtungs- und Bearbeitungsobjekte in- und ausländischer Nachrichtendienste mit ausgrenzender Wirkungsdynamik. Hinzu kamen häufige interne Personalquerelen, wobei in vielen Fällen der Eindruck entstand, dass sie – zumindest teilweise – von außen geschürt wurden.

Rechte Parteien standen und stehen generell unter andauerndem Verfolgungsdruck in Form von negativer Berichterstattung der Leitmedien, Verbotsdrohungen und entsprechender Verfahren (bei der NPD 2001 und 2013) sowie dem immerwährenden Nazi-Vorwurf.

Skandale, Großaktionen, „Kampf gegen Rechts“ – DRP – Die Kölner Synagogen-Schmierereien: Ein national und international

aufsehenerregendes Ereignis waren die Kölner Synagogen-Schmierereien: Zwei fragwürdige Mitglieder der DRP, die sich häufig in der DDR aufhielten, beschmierten am 24. Dezember 1959 die neue Kölner Synagoge mit zwei Hakenkreuzen und der Parole: „Deutsche fordern: Juden raus!“. Das war der Supergau im demokratisierten Nachkriegs-Deutschland mit entsprechenden wochenlangen Medienresonanzen, die es durch die Kölner Hassparolen als erwiesen sahen, dass der Ungeist des antisemitischen Nazi-Geistes in der Bundesrepublik munter fortlebte. Eine Fülle von Indizien, die auf eine Regieführung östlicher Geheimdienste hinwiesen, wurden beiseitegeschoben, obwohl die Vorgehensweise haargenau in das nachrichtendienstliche Interventionsmuster von Stasi und KGB passte, das bei vielen anderen Aktionen nachweisbar war. Michael Wolffsohn hat das in seinem Buch „Die Deutschland-Akte“ umfangreich belegen können. Für die DRP hatte der Skandal jedenfalls eine deutliche Bremsung der Aufstiegsentwicklung zur Folge.

NPD – Die Schüsse von Kassel: Neben Krawall-Inszenierungen von links bei Wahlkampfveranstaltungen, die bürgerkriegsähnliche und weit verbreitete Schreckensbilder lieferten, spielten im Bundestagswahlkampf 1969 die „Schüsse von Kassel“ eine entscheidende Rolle beim knapp verfehlten Einzug der NPD in den Bundestag. Die Nationaldemokraten scheiterten mit 4,3 Prozent an der 5-Prozent-Klausel. Zum Ablauf: Als am 16. September, nur wenige Tage vor der Bundestagswahl, ein Personenschützer der NPD seinem Parteivorsitzenden Adolf von Thadden durch einen Schuss in die Luft den Sprung aus einer pogromartigen Demonstrationsmenge in eine (lebens-)rettende Haustür ermöglichte, folgten – ähnlich wie beim Kölner Vorfall – wochenlange Schlagzeilen contra NPD. Motto: Diese Partei ist nicht nur rechtsextrem, sondern sie schießt auch.

Der „Kampf gegen Rechts“ seit 1998: Insbesondere seit Bildung der rot-grünen Regierung unter Bundeskanzler Gerhard Schröder verstärkte sich ein sogenannter „Kampf gegen Rechts“, der sich nicht nur gegen rechte Parteien richtete, sondern auch die zuneh-

mende Skepsis weiter Bevölkerungsteile zur multikulturellen Umgestaltung der deutschen Gesellschaft als rassistisch denunzierte. Einige gewalttätige Übergriffe auf Ausländer lieferten dann den Aufhänger für den Auftakt. Die vielfältig mit Steuermillionen geförderte Großkampagne, die von den Merkel-Regierungen aufgegriffen und verstärkt fortgeführt wurde, dauert bis heute an. Als deren Hauptmerkmale waren und sind erkennbar:

- ▶ Die symbolpolitischen Erscheinungsformen mit Slogans wie: „Gesicht zeigen gegen Rechts!“, „Aufstand der Anständigen“, „Nie wieder Deutschland!“, „Kein Bier für Nazis!“, „Vielfalt statt Einfall!“, jüngst sogar „Omas gegen Rechts!“;
- ▶ Ein durchgängiger semantischer Betrug durch Gleichsetzung von „rechts“ mit „rechtsextrem“, „rechtsradikal“, „faschistisch“, „nationalsozialistisch“, „nazistisch“ oder „rassistisch“.
- ▶ Ein Ablenkungsmanöver, denn die Kampagne richtet sich nur vordergründig gegen rechtsextreme und fremdenfeindliche Gewalt. Tatsächlich lenkt sie ab vom
- ▶ Politisch-strategischen Versagen einer völlig verfehlten Einwanderungspolitik deutscher Eliten in Politik und Leitmedien. In Wirklichkeit geht es den Akteuren um eine
- ▶ Dominanz der politisch-kulturellen Hegemonie eines breiten Linksbündnisses durch
- ▶ Isolierung und Ausgrenzung der demokratischen Rechten, z.B. national-liberaler oder national-konservativer Strömungen und/oder Parteien (z.Zt. die AfD). Ziel war und ist
- ▶ Die Abkehr vom antitotalitären Konsens der alten Bundesrepublik (contra NS + kommunistischer Ideologeme) und hin zum
- ▶ „Antifaschistischen Konsens“ der Berliner multikulturellen Republik unter Einschluss der kommunistischen Linkspartei und deutschfeindlicher Kräfte aus dem In- und Ausland.

Das erste Verbotsverfahren gegen die NPD: Es wurde durch eine Initiative des bayerischen Innenministers Günther Beckstein (CSU) 2001 eingeleitet und aus Verfahrensgründen 2003 eingestellt. Es

stellte sich nämlich heraus, dass bis in die NPD-Führungsebene der Partei aus Steuergeldern finanzierte V-Leute des Inlandgeheimdienstes ihr Unwesen trieben. Das Gericht konnte nicht mehr unterscheiden, ob das „Belastungsmaterial“ gegen die Partei von der NPD selbst oder von Geheimdienst-Mitarbeitern stammte. Skandalöses Beispiel: Ein den Holocaust plump leugnendes NPD-Plakat flog Anfang 2002 dadurch auf, dass just dieses Wahlplakat unter der presserechtlichen Verantwortung des jahrelang im Solde des VS tätigen V-Manns Udo H. in Umlauf gebracht wurde.

Das zweite Verbotsverfahren gegen die NPD: Ein erneuter Verbotsantrag, diesmal von den deutschen Ländern (ohne Beteiligung der Bundesregierung wie im 1. Verfahren) gestellt, erfolgte 2013 und wurde 2017 vom Karlsruher Verfassungsgericht abgelehnt. Zwar sei es erwiesen, dass die NPD eine „verfassungsfeindliche Gesinnung“ habe, ihr fehle aber das „Potential“, die Demokratie in Deutschland zu beseitigen.

Infiltrationsversuche durch ausländische Geheimdienste: Der ehemalige amerikanische UNO-Beamte, Professor Alfred de Zayas, offenbarte in einem Interview, dass er zweimal von der CIA in den 1980er Jahren ersucht worden war, die seinerzeit maßgebliche Rechtspartei „Die Republikaner“ im Sinne seiner Auftraggeber auszuspionieren. Zayas lehnte höflich ab (Quelle: „Die Deutschen als Zielgruppe: Einflussnahme, Steuerung oder was? Das Einwirken westlicher Nachrichtendienste auf die Bundesrepublik.“ in: Josef Schüsselburner/Hans-Helmut Knütter (Hrg.): „Was der Verfassungsschutz verschweigt“, Institut für Staatspolitik, Schnellroda 2007).

Die „Potsdamer Geheimkonferenz“: Sie war der bisher größte desinformatorische Versuch einer regierungsnahen Propaganda-Organisation namens CORRECTIV, die zurzeit erfolgreichste rechte Oppositionspartei, die AfD, im Wahljahr 2024 zu bekämpfen. Dabei spähten im November 2023 AgitProp-Akteure mit geheimdienstähnlichen Methoden zunächst ein privates Treffen politisch interessierter Patrioten in einer Potsdamer Villa aus. Wenige Wo-

chen später, Anfang Januar 2024, schlug man dann mit einer wohl-orchestrierten Desinformations-Kampagne unter dem Label „Geheimplan gegen Deutschland“ los und verbreitete – national und international - u.a. diese Behauptungen + NS-Assoziationen:

- ▶ Dass es sich dabei um ein „Geheimtreffen“ von Rechtsextremisten gehandelt habe.
- ▶ Dass dort ein grundgesetzwidriger Masterplan zur Ausweisung von deutschen Staatsbürgern ausgearbeitet worden sei.
- ▶ Dass damit ein Angriff auf die Existenz von Menschen entworfen wurde.
- ▶ Zusätzlich wurden von CORRECTIV NS-Assoziationen einer „Wannsee-Konferenz Nr. 2.0“ plakativ hervorgerufen, um Parallelen zur Judenvernichtung im 3. Reich incl. geplanter Massendeportationen zu suggerieren.

Alle Teilnehmer der vermeintlichen „Geheimkonferenz“ bestreiten diese CORRECTIV-Unterstellungen und es wurden bereits mehrere Prozesse gegen deren Berichterstattung gewonnen. Allerdings hängen die desinformatorischen Inhalte per Endlos-Schleife weiter in den Leitmedien. Motto: „Es bleibt immer etwas hängen!“ Korrekturen und Berichtigungen stehen fast überall aus und niemand weiß, ob und wann sie kommen.

Das war das hohe „C“

Ein Abgesang auf die einst bürgerliche CDU

VON ALBRECHT ROTHACHER

Mag. Dr. Albrecht Rothacher ist
Gesandter-Botschaftsrat a. D. und Autor zahlreicher
Bücher, zuletzt: „Österreichs Kanzler
in der 2. Republik. Von der Proporzdemokratie
zur neuen Beliebigkeit“ (3 Bände, Hess-Verlag)



Bild: Z-Archiv

Im Gegensatz zur ÖVP, die mit Figl und Julius Raab mit ihren Bänden 1945 da weitermachten, wo sie im Ständestaat aufgehört hatten, war die CDU 1949 eine echte Neugründung, die über das katholische Zentrum hinausreichen sollte und die Protestanten Süd- und Norddeutschlands nicht der damals nationalliberalen FDP überlassen wollte. Natürlich gab es weiter Traditionsmilieus (sie sind längst ausgestorben) wie die Kolpingfamilie für die katholische Arbeitnehmerschaft. Im Wesentlichen aber waren CDU und CSU Honoratiorenparteien, in denen im Berufsleben gestandene Männer (und ein paar Alibi-Frauen), die oft aus katholischen Laienorganisationen stammten, Führungsrollen übernahmen. Die CDU verstand sich im Kern als örtlich verwurzelter Kanzlerwahlverein. Ideologische Debatten, wie sie die programmverliebte SPD und die intellektuellere FDP pflegten, blieben ihr herzlich fremd. Eine soziale Marktwirtschaft, das Leistungsprinzip, ein konservatives Familienbild und der Vorrang der Westintegration vor einer neutralistischen Wiedervereinigung verstanden sich von selbst. Konrad Adenauer konnte mit Parolen wie „Alle Wege des Marxismus führen nach Moskau“ (1951) 45,2 Prozent und „Keine Experimente“ (1957) 50,2 Prozent der Stimmen gewinnen.

Im Zuge der allgemeinen Politisierung und Kontroversen um die gesellschaftspolitischen Reformen und Ostverträge der sozialliberalen

Koalition Willy Brandts (1969–74) erreichten die Mitgliederzahlen der damaligen Volksparteien SPD (eine Million) und CDU (790.000) historische Höchststände. Heute liegen beide bei knapp 360.000 mit einem Durchschnittsalter von 61. Jene der CSU als bayrische Dauer-Regierungspartei mit ihrer Amigo- und Subventionswirtschaft (der NÖVP nicht unähnlich) blieben mit derzeit 130.000 etwas stabiler.

Der Niedergang der CDU begann nicht erst seit Merkel, sondern mit der Kanzlerschaft von Helmut Kohl (1982–98), dessen gelehrtige Schülerin sie wurde. Kohl hatte bei Amtsantritt eine „geistig-moralische Wende“ angekündigt, aber nie durchgeführt. Als Machtmensch hatte er alle Entscheidungen bei sich zentralisiert und regierte in Endlos-Monologen bei Tafelrunden und Wein im Kanzlerbungalow als Zentrum der Macht und Kontrolle über die Bundestagsfraktion. Nach einem vergeblichen Putsch-Versuch der Verschwörer Heiner Geißler, Rita Süßmuth, Norbert Blüm und der Landesfürsten Ernst Albrecht (Niedersachsen) und Lothar Späth (Baden-Württemberg) anno 1989, stellte er alle potenziellen Rivalen kalt, umgab sich nur noch von Ja-Sagern und platzierte seine getreuen Anhänger strategisch in der Partei, der Fraktion und den Ministerien. Parteitage wurde zu Krönungsmessen. Kreative Ansätze wurden erstickt. Die Erklärung der unpopulären Euro-Einführung überließ er einer PR-Agentur, bis er schließlich über den Spendenkandal mit über einer Million in schwarzen Kassen stolperte und mit einem Schubs von Merkel gegangen wurde.

Am Ende der Ära Kohl landeten die CDU und CSU bei nur noch 35,2 Prozent (1998). Das Wahlpublikum hatte sich an ihm buchstäblich satt gesehen. Gerhard Schröder stellte sich ihm gegenüber als dynamischer Managertyp dar. Die damaligen CDU-Nachwuchshoffnungen waren nur noch weichgespülte, blasse Opportunisten als führende Funktionsträger. In der Schüler-Union sozialisiert, hatten die meisten als JU (Junge Union)- und RCDS (Ring Christlich-Demokratischer Studenten)-Funktionäre an einer einzigen Inlands-Uni mit einem Adenauer-Stipendium Juristerei bis zum

ersten Staatsexamen studiert und wechselten dann sofort als Pressesprecher in ein Ministerium, in einen Industrieverband oder als Assistent zu einem Abgeordneten.

Ole von Beust (Hamburg), Christian Wulff (Niedersachsen), Günther Öttinger (Baden-Württemberg), Peter Altmeier (Saar), Norbert Röttgen (NRW) und Christoph Böhr (Rheinland-Pfalz) gehörten als „Junge Wilde“ zu jener „Pizza Connection“, deren Wildheit darin bestand, beim Italiener in Bonn mit angeblich bürgerlich gewordenen grünen Realos über schwarz-grüne Optionen zu plaudern und die eigenen Grundsätze über den Haufen zu werfen. Schließlich war schon 1983 das „Ende des sozialdemokratischen Zeitalters“ (Ralf Dahrendorf) ausgerufen worden. Obwohl sich die meisten wie Wulff („Der Islam gehört zu Deutschland“) und Böhr als politische Rohrkrepierer erweisen sollten, hatten sie einen „Anden-Pakt“ zur gegenseitigen Karriereförderung geschlossen. Als sich das Ende des Intermezzos von Wolfgang Schäuble, dem Kohl nach seinem Rücktritt das Leben sehr schwer gemacht hatte, abzeichnete, konnten sie sich auf einen Nachfolger nicht einigen und akzeptierten, wie sie glaubten, als kurzzeitige Übergangslösung eine gewisse Angela Merkel, „Kohls Mädchen“ als Parteichefin.

In der DDR hatte es nach 40 Jahren SED-Diktatur wie auch sonst im befreiten Osteuropa keine kirchlichen und bürgerlichen Rest-Milieus von Selbständigen und Honoratioren mehr gegeben. Gradlinige Bürgerrechtler wie Vera Lengsfeld, Steffen Heitmann (1944–2024) und Arnold Vaatz wurden in der CDU bald kaltgestellt. Stattdessen rekrutierte man Blockflöten der Ost-CDU aus dem zweiten Glied oder einen Wendehals wie die vormalige FDJ-Sekretärin für Agitation und Propaganda („IM Erika“?) Angela M. aus einem kommunistischen Pfarrhaus mit der Erlaubnis zum Studium und Westreisen, die eigentlich eher zufällig über den Stasi-gesteuerten Demokratischen Aufbruch in der CDU gelandet war.

Merkel war als Parteichefin 2000 in ein Macht-Vakuum als Einzelkämpferin gestoßen, begann aber sofort, mit einem unbändigen

Willen zur Macht Widerstände wie schon zuvor in ihren Ministerien in der Fraktion zu säubern. Ihr einstiger Förderer Lothar de Maizière wurde als „IM Czerny“ enttarnt und ausgeschaltet. Wie Kohl regierte Merkel durch Abwarten und Aussitzen auf Sicht. Wer sich in der Partei oder im Kanzleramt („wer singt, der fliegt“) widerständig zeigte, wurde gnadenlos gesäubert. Aus Kohl-Jüngern wurden weichgespülte, entmannte Merkelianer. Als der altgediente schwäbische Regionalpolitiker Eugen Abler („Verrat am C“ veröffentlicht im Gerhard Hess Verlag) bei CDU Parteitagern sich stets nach der Vorsitzenden zu Wort meldete und die Partei vor einem weiteren Linksruck und der politischen Heimatlosigkeit der Konservativen warnte und als Christ den Lebensschutz von Ungeborenen einforderte, wurde er ausgelacht, ausgebuht und nach den üblichen Intrigen als Delegierter ausgebootet.

In jener sozialdemokratisierten und zunehmend zeitgeistig grün angestrichenen Partei gelang es Merkel, so die Euro-„Rettung“, das Ende der Wehrpflicht, und den Atomausstieg ohne Not (2011), die illegale Grenzöffnung von 2015, die Frauenquote und die Homo-Ehe „für alle“ 2017 ohne nennenswerte Widerstände trickreich durchzusetzen. Am Ende der Ära Merkel erhielt die beliebig gewordene CDU unter dem Merkelisten Armin Laschet dann als Quittung 24,1 Prozent (2021). Zwischenzeitlich war die „Werte-Union“ innerparteilich kaltgestellt worden und führende Konservative wie Alexander Gauland und Erika Steinbach in die AfD, deren Programm mit der Ablehnung der illegalen Einwanderung und des Brüsseler Zentralismus eigentlich der CDU/CSU der Vor-Kohl Ära entspricht, abgedrängt worden.

Inzwischen waren die Qualifikationen des Führungsnachwuchses noch dünner und lebensfremder und der Zyklus: Kreissaal-Hörsaal-Plenarsaal noch enger geworden. Nach Dünnbrettstudien wurde Hendrik Wüst (NRW) sofort Lobbyist und Verbandsfunktionär, Armin Laschet (NRW) Redenschreiber und Kirchenzeitungsredakteur, Annegret Kramp-Karrenbauer Parteiangestellte der CDU Saar,

Daniel Günther (Schleswig Holstein) CDU-Kreisgeschäftsführer, Kai Wegener (Berlin) ohne Abitur Projektleiter für Öffentlichkeitsarbeit, und Paul Zimiak (NRW) nach zwei abgebrochenen Studien JU-Funktionär. Bildungsministerin Anette Schawan und Verteidigungsminister Karl-Theodor von Guttenberg stolperten über absichtsvoll plagiierte Dissertationen. Berufspolitiker ohne eine Anwaltskanzlei, einen Lehrstuhl, eine Praxis, einen Betrieb oder eine Beamtenstelle als Rückhalt fallen nach dem drohenden Machtverlust ins Nichts – vor dem sie eine höllische Angst haben. Deshalb ihre bedingungslose Hörigkeit gegenüber ihrer politischen Führung, um den alles entscheidenden Listenplatz oder im Falle des Wahlverlustes wenigstens noch einen staatsnahen Versorgungsposten zu ergattern, zumal sie mangels Qualifikationen auf dem Arbeitsmarkt außer als Lobbyisten nicht vermittelbar sind.

Dies fällt umso leichter, desto geringer die eigenen Überzeugungen sind. So wurden vor einigen Jahren drei junge CDU-Abgeordnete bei einem Symposium der Adenauer-Stiftung in Brüssel gefragt, welche politische Visionen sie für Deutschland hätten. Oh, antworteten sie mit entwaffnender Ehrlichkeit, wir nehmen einfach die letzten Umfragen, schauen uns die vier, fünf wichtigsten Themen an, wie Sicherheit, Renten, Migration, Klima und Arbeitsplätze, und die besetzen wir dann in unseren Reden und den sozialen Medien im Rahmen der politischen Korrektheit positiv. Ganz einfach, das politische Geschäft. Facharbeiter, Handwerker, Bauern und Unternehmer gibt es nicht mehr in den Mainstream-Fraktionen. Berufspraxis ist nicht länger gefragt und damit das kritische Korrektiv, wie die beschlossenen Gesetze in der Praxis wirken. Mit dieser politischen Klasse ist also buchstäblich kein Staat mehr zu machen. Wir werden so tatsächlich von Idioten regiert (Alice Weidel), die in ihrer selbstreferentiellen Blase abgehoben agieren und deren einziges Fachwissen in der Bekämpfung des politischen Gegners besteht.

Mit dem Verfall der Traditionsmilieus, des organisierten Katholizismus (der, wo noch vorhanden, ebenso wie die Evangelischen zu

den Grünen abgedruffet ist), der Bauern und des Mittelstandes, sind Christdemokraten in Westeuropa eine aussterbende Spezies. Im Osten haben sie nach 1990 ohnehin fast nirgendwo Fuß gefasst. In Frankreich ging die christdemokratische MRP der Vierten Republik schon 1967 in verschiedenen Mitteparteien auf. In Italien versank die Democrazia Cristiana in den 1990ern im Korruptionssumpf. Auch in den Niederlanden und Skandinavien sind sie bedeutungslos geworden. In Belgien nennt sich jene Kleinpartei nur noch Humanistisch-Demokratisches Zentrum.

Bleiben Deutschland und Österreich als Restposten. Durch die hysterische „Brandmauer“, jenen antifaschistischen Schutzwall gegen die AfD, die im Wesentlichen aus verstoßenen bürgerlichen Konservativen und Nationalliberalen aus den eigenen Reihen besteht, begeben sich CDU und CSU in eine babylonische Gefangenschaft mit den gescheiterten Ampelparteien und der extremen Linken einschließlich der Nationalkommunisten des BSW. Dem schlaunen Friedrich Merz sollte allerdings klar sein, dass er damit langfristig sein eigenes politisches Todesurteil unterschreibt.

Warum die AfD nicht unterzukriegen ist

Eine patriotische Partei trotz Widerständen

VON MARKUS BUCHHEIT

Mag. Markus Buchheit (AfD) ist
Mitglied des europäischen Parlaments



Bild: Buchheit

Mehrere hundert Millionen Euro Steuergelder steckt der korrupte Linksstaat in den Kampf gegen die Opposition, die öffentlich-rechtlichen Propagandisten sowie die großen Medienhäuser sind weitgehend gleichgeschaltet und selbst Behörden wie der Verfassungsschutz werden in Stellung gegen die AfD gebracht. Doch wie kann sich die noch junge Partei dennoch behaupten? Das hat verschiedene Gründe.

Die Eurorettungspolitik schadet den Deutschen? Revanchist! Die Masseneinwanderung ist eine Gefahr für unser Gemeinwesen? Nazi! Die Energie- und Verkehrswende sind eine Katastrophe für Deutschland? Klimaleugner! Die Corona-Maßnahmen waren überzogen? Covidiot! Wer den Raum des Sagbaren definiert, kontrolliert letztendlich das Denken. Hinter Kampfbegriffen wie den oben erwähnten, der verkümmerten Debattenkultur in Deutschland und Phänomenen wie der Cancel Culture steckt also ein perfides Herrschaftssystem, das sich direkt gegen den Kern der Demokratie richtet: den freien Diskurs. Während Jean Jacques Rousseau und seine geistigen Nachfahren von einem objektiven Gemeinwohl ausgehen (das erstaunlicherweise aber nicht messbar ist und nur von einer kleinen Kaste Ideologen erkannt werden kann), gehen Demokraten davon aus, dass es kein objektives, von vornherein feststehendes Gemeinwohl gibt. Es kann nur

durch Diskurs eingegrenzt und ausgehandelt werden. Entscheidend ist hierbei die Bereitschaft aller zu Kompromissen, um die Interessen möglichst vieler einzubeziehen.

Bei der Ausgrenzungspolitik gegen Rechts und gegen Positionen, die linke Dogmen in Frage stellen, geht es um das genaue Gegenteil. Hinter den konkreten Ausformungen stecken soziologische Denkmodelle, wie die Theorie der Schweigespirale von Elisabeth Noelle-Neumann. Wer vom „Mainstream“, der das gar nicht unbedingt sein muss, abweicht, soll das Gefühl bekommen, eine falsche Wirklichkeitswahrnehmung zu haben, und vereinzeln. Das sorgt dafür, dass im öffentlichen Diskurs ein Teil des Ideenspektrums nicht mehr vorkommt. Dass bei einer halbseitig verkümmerten Debattenkultur auch das entsprechende Spektrum an konkreten Lösungsmöglichkeiten für gesellschaftliche Herausforderungen fehlt, liegt auf der Hand und untergräbt die Problemlösungskompetenz des Staates und damit dessen Stabilität. Das könnten Linke als Kollateralschaden oder auch als Teil ihres Weges zur vollständigen Dekonstruktion der Gesellschaft sehen.

Doch dem entgegen steht die Wirklichkeitswahrnehmung des Otto-Normalbürgers, die sich in mehreren Wellen Bahn gebrochen hat. Als der damalige SPD-Spitzenmann Thilo Sarrazin mit „Deutschland schafft sich ab“ einen fundamental kritischen Text vorlegte, sahen sich weite Teile der Bevölkerung bestätigt und mussten gleichzeitig erkennen, dass eine offene Debatte vom linken Mainstream nicht gewünscht ist, anders ist das „Nicht hilfreich“-Diktum der damaligen Kanzlerin Angela Merkel nicht zu deuten. Als dann in Dresden tausende Bürger im Rahmen von Pegida demonstrierten, machte sie die Presse verächtlich. Offenbar war die kritische Masse der Bürger, die das restriktive Meinungsregime am eigenen Leibe erlebt hatten oder es beobachten konnten, groß genug, um daraus langfristigen Zweifel an der Redlichkeit des polit-medialen Komplexes zu erzeugen. Nur logisch ist es, dass die AfD damals vom Gründungsmythos getragen wurde, offen und ohne Meinungsmaulkörbe zu diskutieren – Mut zur Wahrheit eben.

Mit der 2013 gegründeten AfD fanden plötzlich alle, die im vorhandenen Parteienspektrum keine Vertretung mehr in Fragen von Migrationskritik, Kritik an der Eurorettungspolitik, der Energie- und Verkehrswende, dem Klimawahn, dem Genderkult etc. eine wahrnehmbare Stimme und haben diese bis heute. Wie wichtig es war, diese Repräsentationslücke zu schließen, zeigen die raschen und nachhaltigen Erfolge der AfD. Bereits bei der Bundestagswahl 2013 verpasste sie nur knapp den Einzug, schon bei der darauffolgenden Wahl zum Europäischen Parlament 2014 gelang der Einzug in ein überregionales Parlament. Es folgten diverse Landtage, in denen die AfD mittlerweile teils stärkste bzw. zweitstärkste Kraft werden konnte.

All das ist begünstigt durch verschiedene Faktoren. An oberster Stelle dürfte stehen, dass die Folgen der katastrophalen Politik für immer mehr Menschen konkret spür- und erlebbar werden. Angefangen von überfremdeten Innenstädten bis hin zu Wohlstandsverlust. Die AfD ist hier die einzige Partei, die keine Schönfärberei betreibt und Probleme ebenso klar benennt wie sinnvolle Lösungsoptionen aufzeigt. Dass dies vom Wähler goutiert wird, zeigen Umfragen aus Thüringen und Sachsen, wo die AfD Anfang September stärkste beziehungsweise zweitstärkste Kraft in den neugewählten Landtagen wurde. Dort trauten die Wähler der AfD in wichtigen Themenbereichen wie Asyl- und Migrationspolitik, soziale Gerechtigkeit, der Begrenzung von Kriminalität die höchste Problemlösungskompetenz zu. Die Partei hat sich damit klar von der angeblichen Position der Protestpartei wegentwickelt und wird von vielen Menschen als echte Alternative wahrgenommen. Gerade unter den jungen Wählern im Alter von 18 bis 24 Jahren konnte die AfD in beiden Bundesländern stark zulegen. Das liegt sicher nicht nur an der durchaus erfolgreichen Social-Media-Arbeit der Partei und vieler ihrer Akteure, sondern daran, dass gerade junge Menschen die Folgen der falschen und teils illegalen Masseneinwanderung in unser Land am deutlichsten zu spüren bekommen. Während die Diskussion über deren Folgen vielfach gar nicht zugelassen wird, spricht die AfD diese Probleme wahrnehmbar an.

Ganz wesentlich für den Erfolg der AfD ist aber auch die kommunale Verankerung. Vor Ort sind die vielen Funktionäre und Aktivisten der AfD in ständigem Kontakt mit der Bevölkerung und zeigen damit, dass sie für die Bürger da sind. Überall dort, wo das gelingt, zahlt sich das in Mandaten aus. Bei der Kommunalwahl in Thüringen Ende Mai dieses Jahres beispielsweise konnte die AfD nicht nur starke Stimmengewinne verzeichnen, in den 22 Kreistagen und Stadträten ist sie nun stärkste Kraft, in weiteren zehn zweitstärkste. Vor allem im ländlichen Raum und in den Kleinstädten ist die Partei besonders erfolgreich, also dort, wo der Kontakt zum Bürger unverstellt gelingt.

Diese These bestätigen zwei weitere Umstände. Mit Hannes Loth wurde im Juli 2023 erstmalig ein AfD-Mann zu einem hauptamtlichen Bürgermeister gewählt. Im gleichen Jahr wurde mit Robert Sesselmann erstmalig ein AfD-Vertreter Landrat.

Bei den drei jüngsten Landtagswahlen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg gab es insgesamt 148 Direktmandate zu vergeben. 82 davon, also mehr als die Hälfte, errang die AfD. Auch das zeigt, dass die Nähe zu den Menschen einer der wesentlichen Erfolgsgaranten für die noch junge Partei ist.

Möglicherweise lässt sich die undemokratische Brandmauerpolitik gegen die AfD im fernen Brüssel oder auch in Berlin auf kurze Sicht aufrechterhalten. Auf Landes- und kommunaler Ebene funktioniert das schon heute nicht mehr. So wurde erst vor wenigen Tagen in Bautzen Frank Peschel zum stellvertretenden Landrat gewählt – mit 20 Stimmen mehr, als die AfD-Fraktion selbst zählt.

Ein weiterer wichtiger Faktor für den Erfolg der AfD ist das Ende des Meinungsmonopols durch die öffentlich-rechtlichen Propagandisten und die großen Medienhäuser. Bis vor wenigen Jahrzehnten kontrollierten sogenannte Journalisten als „Gatekeeper“ die öffentliche Meinung und missbrauchten ihre Kanäle vielfach – und bis heute – zur Stimmungsmache. Durch die Sozialen Medien und zahlreiche unabhängige Medienprojekte konnte dieses Meinungsmonopol zumindest teilweise durchbrochen werden. Neben den konservativen

Platzhirschen wie Junge Freiheit und ZurZeit haben sich vor allem junge Projekte wie beispielsweise der Online-TV-Sender Auf1 etabliert, der auch in Deutschland große Reichweite erlangt. Dass Herbert Kickl nach der Nationalratswahl in Österreich für das erste Interview nicht zum ORF, sondern zu Auf1 ging, zeigt die große Bedeutung von alternativen Medien, die diese mittlerweile erreichen konnten. Natürlich ist es darüber hinaus auch ein wichtiges Zeichen, das Kickl für echte Pressefreiheit und -vielfalt zeigte. Dem politischen Gegner ist die Bedeutung der freien Medien in der Auseinandersetzung gegen das linke Meinungsmonopol durchaus bewusst. Nicht umsonst kommt es auch hier immer wieder zu schmutzigen Tricks. Auf1 – und vielen anderen alternativen Medien – wurden mittlerweile mehrfach die Konten gekündigt. Der Sender lebt ausschließlich von Spenden und ist daher von solchen Maßnahmen besonders betroffen. In Deutschland hat die Bundesinnenministerin Nancy Faeser mit Compact mit fragwürdigen Methoden gleich eine unliebsame Zeitschrift verboten. In einem Eilverfahren darf Compact nun weiterpublizieren, aber es zeigt trotzdem, wie es um das Demokratieverständnis der Ampel-Regierung bestellt ist.

Insgesamt zeigt sich, dass der Druck gegen die AfD als einzige echte Opposition größer geworden ist. Wer hätte sich vor wenigen Jahren Aktionen vorstellen können, bei denen der Staat und eine NGO fragwürdig verstrickt Dirty-Campaigning gegen die Opposition starten, wie es Anfang des Jahres von Correctiv nach dem sogenannten Potsdam-Treffen losgetreten wurde? Gleichzeitig wächst mit den fatalen Folgen der linksgrünen Politik die Bereitschaft der Wähler, nach einer echten Alternative zu suchen. Grundlage für den anhaltenden Erfolg der AfD trotz massiver Angriffe auf allen Ebenen sind hierbei die gute kommunale Arbeit sowie ein immer vielfältiger werdendes Netz an alternativen Medien. Beides darf jedoch nicht als gegeben hingenommen werden, sondern muss weiter ausgebaut werden. So wird es gelingen, die Bürger abseits der Mainstream-Propaganda über das politische Geschehen zu informieren und die Positionen der AfD

sachlich zu vermitteln. Ein weiterer Pluspunkt: Der Bürger, der hier die AfD und ihre Positionen sieht, nimmt gleichzeitig die anhaltenden Angriffe der Kartellparteien gegen Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und bürgerliche Freiheit als einen Kampf David gegen Goliath wahr. Diesen Kampf für den Bürger zu führen, ist ein Auftrag.

Ausgegrenzte und Integrierte

Marine Le Pen, Geert Wilders und Giorgia Meloni

VON BERNHARD TOMASCHUTZ

Dr. Bernhard Tomaschitz ist Co-Chefredakteur
und Leiter des Ressorts Außenpolitik der ZurZeit.



Bild: GSWA

Seit 5. September 2024 ist Michel Barnier Premierminister Frankreichs. Doch in der Nationalversammlung hat die Regierung keine Mehrheit, weshalb der Gaullist auf Unterstützung der Opposition angewiesen ist. Und hier kommt die größte Oppositionspartei, der Rassemblement National (RN), ins Spiel. Denn die Partei von Marine Le Pen hat es in der Hand, die Regierung Barniers zu stürzen, wenn andere Parteien einen Misstrauensantrag unterstützen. Derzeit ist aber nicht davon auszugehen, dass dies bald der Fall sein wird, vielmehr ist sich Le Pen der neuen Macht bewusst und plant, bei Kernthemen des RN Druck auf Barnier ausüben: „Eine unserer drei roten Linien wäre, dass der nötige Ruck in Sachen Einwanderung, Sicherheit und Justiz ausbleibt. Wir verlangen, dass Sie im Jahr 2025 ein neues restriktives Immigrationsgesetz auflegen.“ Das linke „Jacobin“-Magazin titelte sogar: „Barnier ist im Amt, Le Pen am Steuer.“

Nun, am Steuer sitzt Le Pen zwar nicht, aber sie und der RN haben einen Einfluss auf die französische Innenpolitik wie nie zuvor. Und damit ist letzten Endes auch die Ausgrenzungspolitik des politisch-medialen Komplexes gescheitert. Bekanntlich hatten sich vor der zweiten Runde der Parlamentswahl am 7. Juli Parteien unterschiedlicher Couleurs zusammengetan, um einen Durchmarsch der Patrioten. Politiker der sogenannten fanden nichts dabei, ihre

Unterstützung für Kandidaten der – teilweise extremen – Linken kundzutun.

Die Folge war, dass das Linksbündnis „Neue Volksfront“ 178 der insgesamt 577 Sitze in der Nationalversammlung gewann, während der Rassemblement auf nur 125 Mandate kam, obwohl er mit rund zehn Millionen Stimmen deutlich mehr Wähler erreichte als die Volksfront, die auf etwa sieben Millionen Stimmen kam. Grund dafür ist das undemokratische und den Wählerwillen verzerrende Mehrheitswahlrecht, das in den 1980er Jahren der sozialistische Präsident Francois Mitterrand einführte, um die von Jean-Marie Le Pen geführte RN-Vorgängerpartei Front National aus der Nationalversammlung zu verdrängen.

Dass der RN bei der Parlamentswahl 2024 rund ein Drittel der Stimmen erreichte, zeigt einmal mehr, dass in Europa Ausgrenzung und Dämonisierung seitens des Establishments zunehmend ihre Wirkung verlieren. Die ungezügelter Masseneinwanderung und der damit verbundene Bevölkerungsaustausch oder die Sorge um die vom Globalismus bedrohte nationalstaatliche Souveränität lassen in breiten Teilen der Bevölkerung die aufgrund medialer Verteufelung entstandenen Hemmungen fallen, einer patriotischen Partei seine Stimme zu geben. Und auch Parteichefin Le Pen setzte auf eine Strategie der Entdiabolisierung. Die Sprache wurde in den vergangenen Jahren weniger radikal, und aus sichtbares Zeichen nach außen wurde der Parteiname von Front National (Nationale Front) in Rassemblement National (Nationale Sammelbewegung) geändert.

Das gemäßigtere Auftreten sowie das allgemeine Erstarken der europäischen Rechtsparteien als Widerstand selberdenkender Bürger gegen den Globalismus und die damit einhergehende Verteidigung nationalstaatlicher Souveränität – zu der auch der Schutz der Grenzen und die Entscheidung zählt, wer ins Land gelassen wird – bringt Le Pen in eine immer bessere Ausgangslage für die nächsten Präsidentenwahl im Jahr 2027. Der Einzug in den Elysée-Palast ist das große Ziel Le Pens, zumal das Präsidentenamt aufgrund der

französischen Verfassung mit weitreichenden Befugnissen ausgestattet ist.

Gewissermaßen sich selbst treu geblieben ist der Niederländer Geert Wilders, dessen Partei für die Freiheit (PVV) die Parlamentswahl 2023 mit einem Anteil von knapp einem Viertel der Stimmen klar gewann. Doch Ministerpräsident oder zumindest Mitglied der aus PVV, liberal-konservativer VVD, Nieuw Sociaal Contract-Partei und Bauer-Bürger-Bewegung bestehenden, seit Juli amtierenden Regierung wurde Wilders nicht. Die anderen Parteien lehnten den seit Jahren von Politik und Medien dämonisierten Islamkritiker als Regierungschef ab, weshalb Dick Schoof, ein ehemaliger Direktor des niederländischen Geheimdienstes, Ministerpräsident wurde. Wilders blieb Abgeordneter der Zweiten Kammer der Generalstaaten, wie das niederländische Unterhaus heißt, eine Lösung, die in gewisser Weise an die erste schwarz-blaue Koalition in Österreich Anfang der 2000er-Jahre erinnert, als der damalige FPÖ-Chef Jörg Haider nicht Vizekanzler wurde, sondern als Landeshauptmann in Kärnten blieb.

Auch wenn die Ablehnung Wilders' als Regierungschef durch die anderen Koalitionsparteien fragwürdig erscheinen mag, so zeigen die traditionell als offen und liberal geltenden Niederlande mit der PVV in der Regierung ein normales Verhältnis zur Demokratie. Zu erwähnen ist, dass die PVV zwischen 2010 und 2012 eine aus VVD und Christdemokraten (CDA) bestehende Minderheitsregierung parlamentarisch tolerierte.

Während die neue Regierung in Den Haag dem Willen des niederländischen Souveräns entspricht, heult Brüssel auf. Denn Wilders PVV ist der Garant dafür, dass innerhalb der EU das von Ungarns Ministerpräsidenten Viktor Orbán angeführte souveränistische Lager verstärkt wird. Als besonders symbolträchtig kann gelten, dass es sich bei den Niederlanden um ein Gründungsmitglied der EU-Vorgängerorganisation EWG handelt. Jedenfalls ist die EU angesichts der neuen niederländischen Regierung alles an-

dere als erfreut, weil sie befürchtet, dass das Mitte-Rechts-Kabinett in Den Haag gegen ihre globalistischen Pläne Widerstand leisten wird. Im Mai schrieb die Europaausgabe des US-Magazins „Politico“: „Dam unmittelbarsten dürften die neuen niederländischen Migrationspläne dem EU-Establishment Kopfschmerzen bereiten. Die Koalition will mit einem befristeten Krisengesetz die ‚strenge Asylpolitik aller Zeiten‘ betreiben. Sie will aus bestimmten EU-Migrationsregeln aussteigen, wodurch den Haag auf Kollisionskurs mit Brüssel gerät, das gerade einen neuen Pakt über Migration und Asyl vereinbart hat.“

In Sachen Asyl und Migration löste die PVV Wahlkampfversprechen ein und kündigte im September den Ausstieg aus den EU-Asylregeln an. Die zuständige Ministerin Marjolein Faber von der PVV teilte über den Kurznachrichtendienst X mit: „Wir müssen unsere Asylpolitik wieder selbst in die Hand nehmen.“ Dabei gehe es insbesondere um die „drastische Reduzierung“ der Einreise von Asylforderern und illegalen Einwanderern. Dies sei notwendig, „um unsere verfassungsrechtlichen Aufgaben zu erfüllen wie die Bereitstellung von Wohnungen, Gesundheitsversorgung und Bildung“. „Niederlande zuerst“, lautet also die Devise der niederländischen Mitte-Rechts-Regierung.

Am 1. Oktober stellte sich die niederländische Regierung gegen die von der EU geplante Kontrolle von Messenger-Diensten. Brüssel begründet die Chatkontrolle mit der Notwendigkeit der Bekämpfung von Missbrauchsdarstellungen von Kindern im Internet, während Kritiker vor einer Massenüberwachung seitens der EU warnen. Wer die EU näher kennt weiß, dass Brüssel längst die Weichen Richtung Überwachungsstaat und Totalitarismus gestellt hat.

Obwohl Parteichefin der „postfaschistischen“ Partei Fratelli d’Italia (Brüder Italiens – FdI), ist Giorgia Meloni seit 22. Oktober 2022 Ministerpräsidentin Italiens. Dass sie bei ihrem Weg an die Regierungsspitze mit keinen größeren Hindernissen konfrontiert war, hängt damit zusammen, dass sie in bestimmten Politikberei-

chen mit dem Establishment konform geht. Dies betrifft insbesondere ihre Haltung zu USA und NATO. So ist Meloni eine glühende Transatlantikerin und damit voll des Lobes für die USA. Außerdem steht die italienische Ministerpräsidentin voll und ganz hinter dem zwischen von USA und NATO auf dem Boden der Ukraine geführten Stellvertreterkrieg gegen Russland.

Doch Meloni als Marionette der Globalisten zu bezeichnen, wäre völlig verfehlt. Die rechte Politikerin ist auch Patriotin, und im September sagte sie bei einer Rede vor der US-Denkfabrik Atlantic Council: „Letzten Endes ist Patriotismus die beste Antwort auf den Niedergang. Die Verteidigung unserer tiefen Wurzeln ist die Voraussetzung für die Ernte reifer Früchte. Aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen, ist die Voraussetzung, um in der Zukunft besser zu sein.“ Meloni sieht also – ähnlich wie Viktor Orbán – in der Rückbesinnung auf eigenen Wurzeln den Schlüssel für eine blühende Zukunft. Und in der Familienpolitik nimmt es ihre Regierung mit Maßnahmen wie dass in Geburtsurkunden nur biologische Eltern aufgenommen werden mit der LGBTIQ-Lobby auf. Und Meloni betonte: „Sie wollen, dass wir Elternteil 1 und Elternteil 2 sagen, statt Vater und Mutter. Das Geschlecht soll LGBT sein. Der Bürger X. Aber wir sind keine Codes. Wir sind Menschen und wir werden unsere Identität verteidigen.“

Schwieriger gestaltet sich der Kampf gegen die wohl größte Bedrohung Europas, die illegale Masseneinwanderung aus kulturfremden Ländern. Zwar ging in den ersten sieben Monaten 2024 die Zahl der Ankünfte mit knapp 34.000 gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres (rund 89.400) deutlich zurück, aber ob dieser Rückgang auf Maßnahmen der rechten Regierung in Rom oder auf jährliche Schwankungen zurückzuführen ist, wird erst ein längerfristiger Vergleich zeigen. Beispielsweise wurden in den ersten sieben Monaten 2022 knapp über 42.000 illegale Ankünfte verzeichnet. Die italienische Regierung jedenfalls sieht den Rückgang illegaler Einwanderer als Erfolg ihrer Politik. Melonis Kabinett setzt

im Kampf gegen die illegale Masseneinwanderung auf bilaterale Abkommen mit Nachbarstaaten, und Italien und Albanien unterzeichneten ein Abkommen zur Unterbringung von Asylwerbern in Asylzentren auf albanischem Staatsgebiet.

Ambivalent ist Melonis Verhältnis zur EU. Einmal sah es aus, als würde die Italienerin auf Kuschelkurs mit Brüssel gehen. Sah es lange so aus, als sie würde der Wiederwahl von Ursula von der Leyen als EU-Kommissionspräsidentin zustimmen, stimmte sie letzten Endes dagegen. Als Gründe für ihre Entscheidung nannte Meloni die Pläne von der Leyens für eine weitere Amtszeit. Insbesondere lehnt die Italienerin den Green Deal der Deutschen ab und bezeichnet beispielsweise das von Brüssel verordnete Aus von Verbrennungsmotoren bis 2025 als „selbsterstörerischen Ansatz“. Auf der anderen Seite will Meloni das Brüsseler Establishment aber auch nicht allzu sehr verärgern. So sind im Europaparlament ihre Fratelli d'Italia Teil der Fraktion Europäische Konservative und Reformer (EKR), also jener Rechtsfraktion, die über vergleichsweise gute Beziehungen zum Establishment verfügt.

Melonis ist also einerseits bereit, Kompromisse einzugehen, vermeidet es aber andererseits, sich vom Establishment vereinnahmen zu lassen. Als warnendes Beispiel dürfte ihr dabei das Schicksal des Koalitionspartners Lega dienen. Über Jahre war die von Matteo Salvini geführte Partei die führende Kraft im rechten Lager Italiens. Doch im Februar 2021 beging die Lega den schweren strategischen Fehler, in eine Regierung der „nationalen Einheit“ einzutreten, in der unter Ministerpräsident Mario Draghi, einer führenden Figur der Globalisten, auch die linkspopulistische Fünf-Sterne-Bewegung und die linke Demokratische Partei vertreten waren. Bei der Parlamentswahl am 25. September 2022 präsentierten die Italiener der Lega für diese Anbiederung an das Establishment die Rechnung. Die 15,4 Prozent, die die Lega erzielte, bedeuteten gegenüber der Parlamentswahl 2018 mehr als eine Halbierung des Stimmenanteils.

Orbán Ungarn – Vorbild für Österreich

Politik im Interesse der Landsleute und nicht der EU

VON ERICH KÖRNER-LAKATOS

MMag. Erich Körner-Lakatos ist Publizist.



Bild: ZZ-Archiv

Allerorten ertönt der Warnruf woker Trompeter, Österreich dürfe auf keinen Fall der Orbánisierung anheimfallen. Orbánisierung, das bedeute Abschaffung der Demokratie (die abgehaltenen Wahlen seien bloß eine Inszenierung von Viktor Orbán und dessen korrupter Marionetten), Gängelung der Medien sowie der Gerichtsbarkeit; die Weigerung, Flüchtlinge aufzunehmen, weiters die Aufhebung der Gewaltenteilung, Unterdrückung der NGO, übersteigerter Nationalismus, Antisemitismus samt Knebelung der Regenbogen-Bewegungen; außenpolitisch Putin-Hörigkeit sowie Feindschaft gegenüber der EU. Mit einem Wort: Diktatur.

All diese Märchen sind das Ergebnis von Berichten der in Budapest stationierten Auslandskorrespondenten der Systempresse. Medienmitarbeiter, die kaum des magyarischen Idioms mächtig und dadurch auf die Ohrenbläsereien Budapester Oppositioneller angewiesen sind, die ihnen ihre Sicht der Lage schildern, fernab der Wirklichkeit.

Denn Realität ist: Ungarn ist eine lupenreine Demokratie mit regelmäßig und korrekt abgeführten Wahlgängen, Gerichte sind unabhängig; die Mehrheit der Medien, vor allem im Onlinebereich, befindet sich in regierungskritischer Hand. Dazu kommt eine enge Freundschaft zwischen Viktor Orbán und Benjamin Netanjahu.

Im Konflikt zwischen der Ukraine und Russland schaut man auf die eigenen Interessen, und die sind: Sicherung der russischen Energielieferungen sowie Schutz der ungarischen Volksgruppe im äußersten Westen der Ukraine, sohin in der Karpaten-Ukraine. Letzteres ist immens wichtig, weil die Kiewer Führung bevorzugt junge Männer aus ethnischen Minderheiten zum Dienst in der Armee heranzieht. Böse Zungen reden von Kanonenfutter.

Die Meinungsunterschiede mit Brüssel ergeben sich dadurch, dass Budapest energisch die ungarischen Interessen vertritt. Vor allem in der Asylfrage. Hier hat das Land zwei Milliarden Euro in den Schutz der EU-Außengrenze gegen Serbien investiert, ohne dafür von der EU auch nur zu einem kleinen Teil entschädigt zu werden. Im Gegenteil, es gibt seit Jahr und Tag wüste Schelte aus der belgischen Hauptstadt, wo sich Zehntausende ein behagliches Bürokratenleben gönnen, gemästet mit Steuergeld, das als Nettoszahungen an die EU-Kasse überwiesen wird. Die im EU-Apparat sitzenden Menschen sind meist die Kinder der Reichen und Mächtigen in den Mitgliedstaaten und oft von minderer Begabung. Mit einem Wort – eine gigantische Umverteilung von unten nach oben.

Wegen der ungarischen Weigerung, Asylanten ins Land zu lassen, hat der EuGH über Betreiben Brüssels Ungarn zu einer Strafe von 200 Millionen Euro verurteilt; samt einer Bußstrafe von täglich einer Million Euro. Bis Viktor Orbán die Asylanten über die Grenze lässt. Doch die Reaktion der Magyaren schreckt die Schreibtischtäter der EU auf.

Denn da gibt es eine vorbildliche Idee: Orbán erwägt, die wenigen Asylsuchenden und Flüchtlinge, die es noch nach Ungarn schaffen, mit Bussen in die belgische Hauptstadt Brüssel zu bringen und sie dort bei EU-Institutionen abzuladen. Die EU-Kommission ist natürlich dagegen, das sei ein Verstoß gegen alle Regeln der Gemeinschaft. Dabei wäre es doch so einfach – jeder der überhups 50.000 gutbezahlten EU-Bürokraten könnte doch wenigstens einen Schutzsuchenden in seiner Wohnung aufnehmen und ihn standes-

gemäß versorgen ... Die Crux dabei ist, dass die Brüsseler Herrschaften zwar immerzu von einer fairen Verteilung reden, aber bei sich selbst will man keinen Flüchtling haben. Theorie und Praxis klaffen da weit auseinander.

Sehen wir uns einmal genauer die Flüchtlingspolitik unserer Nachbarländer an. Das deutsche Bundesamt für Statistik (Destatis) veröffentlicht im Internet eine Aufstellung von Eurostat, der Statistikbehörde der EU, über die Zahl der Asylanträge im Jahr 2023. Danach sind in Österreich 55.605 Anträge auf Asyl gestellt worden. In Tschechien 1.103, in der Slowakei 370 und in Ungarn 30 (in Worten: dreißig), von denen fünf positiv beschieden worden sind. Wobei in Tschechien eine starke Rückläufigkeit festzustellen ist, denn von Jänner bis Juni 2024 gab es rund einhundert Asylanträge. Desgleichen in der Slowakei, hier sind im ersten Halbjahr 2024 ganze zehn Flüchtlinge vorstellig geworden; wer dort Asyl beantragt, erhält ein Dokument, mit dem er in ein Internierungslager kommt.

Da Tschechien, die Slowakei und Ungarn einwohnermäßig mit Österreich vergleichbar sind (die Slowakei nicht ganz), stellt sich die naheliegende Frage, weswegen es nur etwas mehr als eintausend Menschen nach Tschechien zieht, um dort einen Asylantrag zu stellen. Und bloß 370 in die Slowakei. Was Ungarn angeht, so sind es gar nur zweieinhalb Dutzend, die dort vorstellig werden.

Die genannten Nachbarstaaten halten sich genau an die völkerrechtlichen Gebote (EMRK, Genfer Flüchtlingskonvention, Rechtsprechung des in Straßburg ansässigen Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, EU-Gerichtshof in Luxemburg) und trotzdem gehen ihnen die sogenannten Schutzsuchenden weitgehend aus dem Weg. Selbst das sozialdemokratisch regierte Dänemark geht den Asylanträgen nicht so recht unter die Nase, es finden sich dort im gesamten Jahr 2023 durchaus überschaubare 2.300 Personen ein. Ist da gar was faul im Staate Dänemark? Und was wird denn bei Österreichs Nachbarn da gespielt?

Hierzulande spielt man den big spender. Jeder, der an der Grenze „Asyl“ sagt, der wird sofort versorgt, auch mit Bargeld. Alles auf gutbürgerlichem Niveau. Anders ausgedrückt: In einem Ausmaß, das ungefähr dem Standard eines Dreistern-Hotels entspricht. Wien sorgt auf einem noch höheren Niveau, hier werden sogar Penthouse-Wohnungen mit Klimaanlage offeriert. Noblesse oblige. Kein Wunder, dass sofort ein Antrag auf Nachzug der Großfamilie gestellt wird – Austria is so nice, now we are rich, come quickly!

In anderen Staaten, nehmen wir Tschechien, wird den ankommenden Gästen aus dem Morgenland einmal aus Sicherheitsgründen das Smartphone abgenommen, auch Bargeld und Schmuck sind für die Dauer des Asylverfahrens zu hinterlegen. Aufenthaltsort ist nicht wie in Österreich eine blitzsaubere, zentralgeheizte Herberge mit erstklassiger Verpflegung – selbstredend mit Wahlmenü samt Einhaltung der religionspezifischen Speisevorschriften und täglicher Reinigung des Einzelzimmers (mit Dusche und Toilette), außerdem Wäschereinigung und ein breites Freizeitangebot –, sondern oft eine Unterbringung in einer Notunterkunft mit Selbstversorgung. Befristet für drei Monate. Seit September 2024 gibt es danach keine kostenlose Unterkunft mehr, dafür aber eine monatliche Beihilfe von 1.600 Tschechenkronen, was überschlagsmäßig rund 63 Euro entspricht.

„Asyl in Not“ jammert beispielsweise schon vor Jahren: In Tschechien werden aufgegriffene Flüchtlinge hinter dreifachem Stacheldraht verwahrt ... Da die männlichen Flüchtlinge keine Mobiltelefone mehr haben (dürfen), können sie gar nicht in Kontakt mit ihren Frauen und Kindern treten. Sie können auch nicht ihre Familien in der Heimat kontaktieren ... Anfang Juli brachten Demonstranten der Aktion „Gegen den Islam, gegen Immigranten“ ins Zentrum Prags Galgen mit, auf denen sie abwechselnd Flüchtlinge und die Regierung wegen Hochverrats aufhängen wollten. Die Polizei griff nicht ein. Nach einer Statistik des Eurobarometers ist

die Ablehnung von Flüchtlingen in Tschechien am höchsten in der ganzen EU.

Was die Slowakei angeht, so hat der volkstümliche Ministerpräsident Robert Fico, ein Sozialdemokrat, unmissverständlich klargestellt: Sein Land sei nicht geneigt, mohammedanische Flüchtlinge aufzunehmen. Ein erfrischend vernünftiger Standpunkt, der sich von dem bei uns üblichem Blabla positiv abhebt.

Zusammengefasst: 2023 hat Österreich über 55.000 Asylanträge, Ungarn nur dreißig. Tja, da fragt man sich halt, wer da gescheiter vorgeht. Die Antwort dürfte leicht sein ... Mit einem Wort: Viktor Orbáns Ungarn ist da ein leuchtendes Vorbild für unsere Heimat.

Auch auf einem anderen Gebiet könnte sich Österreich an Ungarn orientieren, im politischen System. Und da sind wir am 29. September 2024 einen großen Schritt vorangekommen, weil im Nationalrat eine patriotische Koalition zwischen der Freiheitlichen Partei und den Christdemokraten möglich geworden ist. Voraussetzung ist naheliegenderweise die Säuberung der Volkspartei von allen Elementen, welche die bereits weidwund am Boden liegenden Marxisten um Andreas Babler noch schnell an die Futterkrippe zerren wollen, mit dem Ziel, die Roten gleich wie Lazarus wieder von den Toten auferstehen zu lassen. Zum Schaden unserer Heimat.

Nein! Was Österreich benötigt, ist das ungarische Modell einer vertrauensvollen Kooperation zwischen einer patriotischen, allen fleißigen Landsleuten gleichermaßen verantwortlichen Bewegung einerseits und einer christdemokratischen, unserer auf dem Christentum fußenden Kultur verpflichteten Partei. In Budapest hat eine derartige Koalition seit 2010 erfolgreich das Ruder in der Hand. Das Bündnis aus Viktor Orbáns Fidesz (Abkürzung für „Gesellschaft der jungen Demokraten“; ung. Fiala Demokraták Szövegsége) und der Christdemokratischen Volkspartei KDNP (ung. Keresztény Demokrata Néppárt). Nicht umsonst haben die magyarischen Stimmbürger seit 2010 in vier Parlamentswahlen diesem Zweigespann

großes Vertrauen geschenkt. Nach dem Motto *Tovább az orbáni úton!*, auf gut Deutsch: Weiter auf dem Wege Orbáns!

Dieser Befund gilt auch für die Gegenwart. Zwischen dem 9. und 11. September führte das Meinungsforschungsinstitut *Nézöpont* eine Umfrage durch. Danach würde *Fidesz-KDNP* bei derzeitigen Parlamentswahlen einen klaren Sieg erringen, da der Analyse zufolge die Regierungsparteien nicht nur die beliebtesten seien, sondern auch über die größten Reserven verfügten. Wie das Regierungsbündnis mobilisiere, könnte für den Ausgang der Parlamentswahlen 2026 entscheidend sein. Wenn es gelingt, die derzeit inaktiven Sympathisanten zu mobilisieren, könnte man sogar an die Zahl der Stimmen herankommen, die bei der Wahl 2022 gewonnen worden sind (knapp 2,8 Millionen Stimmen).

Das Erstarken der neuen Partei *TISZA* (*Tisztelet és Szabadság*, dt. Respekt und Freiheit) des Péter Magyar hat zur Schwächung anderer Oppositionsparteien (Kommunisten, Gruppe um den landesweit als Lügenpremier gehandelten Ex-Regierungschef Ferenc Gyurcsány, diverse Kleinparteien) geführt, was angesichts der ungebrochenen Popularität von *Fidesz-KDNP* nicht verwunderlich ist.

Mit einem Wort: Die Linke, die weniger dem Gemeinwohl dienen, sondern den Staat mit ihren Parteigängern unterwandern will, die die Republik als fette Beute betrachtet, diese Linke in Ungarn liegt am Boden. Solches ist auch Österreich zu wünschen!

Inhalte bürgerlicher Koalitionen

Brandmauern und anderer Unsinn

Wie sich die einst bürgerlich-konservative
ÖVP ins Abseits stellt

VON NORBERT VAN HANDEL

Dr. Norbert van Handel ist
Unternehmer, Autor und Politik-Berater



Wenn Deutschland mit sogenannten Brandmauern gegen mehr als 30 Prozent seiner Bevölkerung politisch agieren will, so ist dies ein Skandal. Politische Brandmauern sind Brandmauern gegen die Demokratie, die gerade von jenen, die sie errichten, heiliggesprochen wird. Leider sickern diese seltsamen Ideen auch von Deutschland nach Österreich ein.

So hat etwa der derzeitige Vizekanzler und Chef der Grünen eine Brandmauer gegen die FPÖ vorgeschlagen. Nun, dieser Herr wird uns hoffentlich in den nächsten Jahren und Jahrzehnten nicht mehr belästigen, weshalb wir vergessen dürfen, ihn zu erwähnen.

Unabhängig davon möchten wir, korrekt wie stets und aus der Sicht heimatverbundener Politik, einige Überlegungen zur Diskussion stellen. Die ÖVP, einst staatstragende christlich-soziale Partei, hat unter ihrem Chef Bundeskanzler Karl Nehammer vielfach geäußert, die FPÖ, vor allem unter ihrem erfolgreichen Bundesparteiohmann Kickl, nicht in einer künftigen Regierung haben zu wollen.

Da gerade in Wirtschafts- und Immigrationsfragen Parallelen beider Parteien bestehen, ist dies unverständlich. Die noch amtierende Regierung hinterlässt das Land in einem absoluten Chaos:

► Die total verfehlte Corona-Politik hat unendliche Schulden angehäuft.

- ▶ Die Überbürokratisierung und Überregulierung erstickt die Wirtschaft.
- ▶ Die Migrationsfrage wird zwar täglich mit großen Sprüchen kommentiert, in

Wirklichkeit geschieht jedoch nichts. Österreich ist in den letzten fünf Jahren von einem der sichersten Länder der Welt zu einem Land geworden, wo sich messerstechende Fremdvölker herumtreiben, wo Abschiebungen fast unmöglich sind und wo die Kosten für Immigranten das weit über alle Grenzen verschuldete Budget belasten.

Nehammer verspricht zwar für die Zukunft alles das, was er in der Vergangenheit nicht getan hat, aber größte Zweifel sind angebracht. Deshalb ist die ÖVP für Menschen, die Österreich lieben, bei der nächsten Wahl sicherlich nicht wählbar.

Die Sozialdemokraten haben einen neuen Chef, einen ausgewiesenen Marxisten, der nicht, so wie einst der legendäre Bundeskanzler Kreisky, das Wohl des Staates im Auge hat, sondern mehr der Tatsache huldigt, dass das Geld, das andere verdient haben, von ihm und seiner Partei wie mit einer Gießkanne verteilt bzw. verschwendet werden soll. Dass nur die Wirtschaft die Mittel bringt, um soziale Verbesserungen zu erzielen, verstehen die Sozialisten nicht – Kreisky hat es verstanden. Die SPÖ zu wählen, wäre eine Attacke gegenüber dem Staat und seinen fleißigen Bürger.

Dann gibt es noch kleinere Parteien, wie etwa die Neos, die wirtschaftlich ganz vernünftige Ansichten haben. Allerdings haben sie leider dort, wo einer ihrer Funktionäre als Landeshauptmann-Stellvertreter in Wien für Bildung, Jugend, Integration und Transparenz (!!) tätig war, ein trauriges Bild geboten. Gerade die sozialistische Domäne Wien ist jene Stadt, die durch übertriebene Mittel für Immigranten genau diese anfüttert.

Die Bildungssituation in Wien ist eine Katastrophe. Gerade dafür wäre der Neos-Politiker zuständig gewesen, aber er war unfähig zu liefern. Unabhängig davon wollen die Neos Österreich zu einem Teil eines Zentraleuropa machen und demnach sämtliche büro-

kratische, wirtschaftsfeindliche, sinnlose, die einzelnen Länder belastende Vorstellungen der EU übernehmen und Österreich als eigene Nation eliminieren. Die Neos zu wählen, hieße, ein Stück Österreichs zu vernichten.

Die FPÖ hat in einem sehr ausgewogenen Wahlprogramm

- ▶ einerseits die Freiheit des Einzelnen,
- ▶ andererseits die Notwendigkeit einer freien Wirtschaft in den Vordergrund gerückt.
- ▶ In der Außenpolitik ist die FPÖ glasklar, da sie die Neutralität Österreichs als absolut unverrückbar und unantastbar sieht, diese jedoch in der vergangenen Regierung erheblich beschädigt wurde. Die FPÖ akzeptiert nicht, dass Milliarden für Waffenlieferungen zur Verlängerung des Krieges zwischen Russland und der Ukraine ausgegeben werden. Natürlich bedauert die Partei den Krieg, aber sie versteht, warum Putin diesen Krieg entfachte. Er wollte nicht mehr als das, was Kennedy 1962 wollte, nämlich eine neutrale Zone zwischen Russland und den potentiellen Gegnern, der NATO, des Westens bzw. der USA, ziehen.
- ▶ Weiters erkennt die FPÖ sehr klar, dass die EU nicht mehr jene Wirtschaftsinstitution ist, die zum Wohle aller Mitglieder tätig ist. Vielmehr ist die EU der verlängerte Arm der USA und statt alles zu tun, damit zwischen der Ukraine und Russland Frieden möglich ist, unterstützt sie mit Waffenlieferungen in Milliardenhöhe den globalen Machtanspruch der USA. Als vernünftiges neutrales Land wollen wir das nicht.

Österreich ist jedoch sehr gerne Vermittler, wie es dies seit Jahren und Jahrzehnten war. Auf der anderen Seite bedingt dies aber, dass die zukünftige Regierung sich klar abhebt von dem, was die EU und demnach Amerika will. Deshalb glauben wir, nach objektiver Analyse, dass man nur die FPÖ wählen kann, wenn man will, dass Österreich wieder ein internationaler Player, vor allem für Friedensvermittlungen und produktive internationale Politik und nicht ein völlig unbedeutendes Anhängsel einer EU und eine Kolonie der USA wird.

ÖVP als linker Mehrheitsbeschaffer

Die Feigheit der Bürgerlichen,
die ÖVP als linke Blockpartei

VON WERNER REICHEL

Mag. Werner Reichel ist
Journalist und Verleger.



Bild: Reichel

Der politische Aufstieg brachte ÖVP-Ministerin Sophie Karmasin ins Gefängnis. Sie saß im Zusammenhang mit der ÖVP-Inseratenaffäre 24 Tage lang in U-Haft. Eine völlig überzogene und unverhältnismäßige Maßnahme, wie selbst linke Justizexperten eingestehen mussten. Karmasin wurde das Opfer einer linken Politjustiz. Ihr größtes Verbrechen war, eine nicht-linke Politikerin gewesen zu sein.

Nicht, dass Karmasin, die mittlerweile zu zehn Monaten bedingter Haft verurteilt worden ist, ein Unschuldslamm wäre, aber sie wurde für etwas bestraft, das bei SPÖ und Grünen zum politischen Tagesgeschäft zählt. Das grüne Infrastrukturministerium oder die rote Wiener Stadtregierung inserieren um viele Millionen Euro jährlich in Medien, die stets wohlwollend über ihre edlen Steuergeldspender berichten, was aus Sicht der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) reiner Zufall ist. Es wird in diesem Land bei linken und konservativen Parteien und Politikern mit zweierlei Maß gemessen. Auch oder gerade von Teilen der Justiz.

Karmasin ist kein Einzelfall, sondern die Regel. Die Liste der FPÖ- und ÖVP-Politiker, deren Karriere bzw. Existenz von der WKStA zerstört worden ist, ist lang. Peter Westenthaler, Ernst Strasser, Heinz-Christian Strache, Sebastian Kurz etc. Konservative und rechte Politiker, die zu erfolgreich, zu populär und so zu einer Gefahr für

die Linke werden, geraten schnell ins Fadenkreuz der WKStA und anderer Akteure des tiefen Staates. Nicht, dass die hier genannten eine blütenreine Weste haben, aber wie gegen sie von Justiz und Medien vorgegangen wurde, steht in keinerlei Verhältnis zu dem, was man ihnen vorgeworfen hat.

Die WKStA ist neben dem ORF eine der mächtigsten Waffen des tiefen Staates, mit dem die Linke die Politik in Österreich abseits demokratischer Entscheidungsprozesse und weitgehend unabhängig von Wahlergebnissen steuern kann. Diese recht offen agierenden linken Netzwerke der Macht haben keinerlei Skrupel, auf Grundlage von Unterstellungen, kriminellen Aktionen (Stichwort Ibiza) und selbst dünnsten Suppen die Existenzen von unschuldigen Menschen zu zerstören. Kein konservativer oder rechter Politiker ist vor dem tiefen Staat sicher. Christoph Kletzer, Professor für Recht und Rechtsphilosophie am King's College London, in einem Gastkommentar in der „Presse“: „Heinz Christian Strache hat alle seine Strafverfahren gewonnen. Er ist daher ruiniert. (...) Denn in Österreich hat die Staatsanwaltschaft die Macht, Strafe durch Verfahren zu verhängen. Die finanziellen, sozialen und psychischen Schäden einer Anklage durch die Staatsanwaltschaft gehen oft weit über die im Verfahren angedrohte Strafe hinaus. Das ist ein absurdes Resultat. Willkommen im Mittelalter: Wer unschuldig ist, ertrinkt.“

Um solche existenzgefährdende Ermittlungsverfahren einleiten zu können, reichen substanzlose anonyme Anzeigen aus, die in der Regel von linksextremen Aktivisten, Denunzianten oder NGOs eingebracht werden. Damit der tiefe Staat die soziale Existenz einer Zielperson nachhaltig zerstören kann, bedarf es zudem einer inoffiziellen Zusammenarbeit zwischen linken Justizkreisen und den Medien. Denn Ermittlungsverfahren sind laut Strafprozessordnung nicht öffentlich, da zu diesem Zeitpunkt nichts Konkretes vorliegt, erst geprüft werden muss, ob es überhaupt zu einer Anklage kommt. Die Öffentlichkeit soll nach dem Willen des Gesetzgebers von Ermittlungsverfahren also möglichst wenig erfahren.

In Österreich ist aber Usus, dieses Gesetz zu ignorieren. Linke Medien wie der „Falter“ veröffentlichen bei Beschuldigten aus dem konservativen und rechten Milieu alles, was ihnen linke Justizkreise an Informationen und Akten zuspielen, selbst wenn sie für den Fall gar nicht relevant sind.

Deshalb ist es gar nicht notwendig, dass es zu einer Anklage oder gar einem Schuldspruch kommen muss, um die Existenz eines politischen Konkurrenten zu vernichten. Es reichen die böse Absicht, ein Ermittlungsverfahren, das man bei Bedarf beliebig in die Länge ziehen kann, und eine entsprechend negative mediale Berichterstattung. Selbst wer von allen Vorwürfen freigesprochen wird, ist danach finanziell ruiniert. Der tiefe linke Staat hat den Rechtsstaat ausgehöhlt und ein System errichtet, mit dem er politische Konkurrenten beinahe nach Belieben ausschalten kann.

Das sind die Bedingungen, unter denen FPÖ und ÖVP agieren müssen. Wer tatsächlich konservative und rechte Politik betreibt, sich den Globalisten bei ihrem Umbau von Staat und Gesellschaft in den Weg stellt, begibt sich, vor allem wenn er dabei erfolgreich ist, auf dünnes Eis, der wird von den Linken in Medien, Kultur, Wissenschaft, Kirchen, NGOs etc. unablässig attackiert und diffamiert. Herbert Kickl und andere FPÖ-Politiker können ein Lied davon singen. Das muss man aushalten können. Darin unterscheiden sich FPÖ und ÖVP. Inhaltlich und ideologisch gibt es seit einigen Jahren nur noch wenig Unterschiede zwischen diesen beiden Parteien, die aktuellen Wahlprogramme ähneln einander, sind teilweise sogar fast deckungsgleich.

Große Differenzen gibt es aber in der politischen Praxis und der Umsetzung dessen, was in den Partei- und Wahlprogrammen steht. Vor dem Hintergrund der Macht, der Möglichkeiten und Skrupellosigkeit linker Netzwerke, braucht ein konservativer Politiker Standfestigkeit, Mut und Risikobereitschaft, um zu seinen Überzeugungen zu stehen und sich für das Land und die Bevölkerung einzusetzen. Diese Eigenschaften sind bei den meisten ÖVP-Politikern

nur sehr schwach ausgeprägt. Auch sie wollen die Massenzuwanderung aus Afrika und dem Orient eindämmen, auch sie lehnen den LGBT-Kult und den Genderismus ab, sind aber nicht bereit, sich dafür dem heftigen Gegenwind der Linken auszusetzen. Das ist menschlich verständlich, aber politisch eine Bankrotterklärung. So hat kurz vor der Nationalratswahl die ÖVP im Nationalrat im Rahmen einer Dienstrechtsnovellierung für die Abschaffung der biologischen Geschlechter, also von Mann und Frau gestimmt. Man wäre gerne konservativ, ist aber zu feige dafür. Konservative Positionen vertritt die ÖVP nur noch hinter vorgehaltener Hand, im Licht der Öffentlichkeit und bei laufenden ORF-Kameras gibt sie den woken Musterschüler.

Die Scheinbürgerlichen wollen bei jenen, die die veröffentlichte Meinung steuern bzw. prägen, den Staatskünstlern, Experten, Promis, TV-Gesichtern, Intellektuellen, Aktivisten etc. nicht anecken, möchte von ihnen vielmehr geliebt und akzeptiert werden. Sie lechzen nach Anerkennung von linken Meinungsstars wie Armin Wolf, Florian Klenk oder Robert Menasse.

Die ÖVP biedert sich dem linken Zeitgeist nicht aus Überzeugung, sondern aus Opportunismus, Gefallsucht und Feigheit an. Ihr Fundament an Werten und Überzeugungen hat sie längst entsorgt, sie springt nach kurzem Zögern durch jeden Reifen, den ihr die Linke hinhält. Auch Heinz-Christian Strache hat diese fatale Strategie, die nie zum Erfolg, sondern immer ins Verderben führt, verfolgt.

Das könnte die ÖVP auch von der Katholischen Kirche, die nur noch ein Schatten ihrer selbst ist, lernen. Seit Jahren hechelt diese dem linken Zeitgeist hinterher und hat dabei all das verraten, was sie ausmacht. Die Kirche ist zu einem linken Sozialverein herabgesunken. Sie hat dem Druck der Linken stets nachgegeben und dabei ihre Wurzeln und damit sich selbst verloren. Die ÖVP ist an besten Weg dorthin.

Eines hat die Volkspartei aber gelernt: Wer vom vorgegebenen linken, globalistischen Pfad abkommt, der setzt seine Reputati-

on, seine Karriere und Existenz aufs Spiel. Das hat die Volkspartei tief verinnerlicht und deshalb jene Rolle übernommen, die ihr die Linken zugedacht haben: Ihre Aufgabe ist es, die Stimmen der mehrheitlich bürgerlichen und konservativen Österreicher einzusammeln, um sie in eine Regierungskoalition mit einer linken Partei, die danach die politische Richtung vorgibt, einzubringen. Das hat auch Sebastian Kurz, nachdem ihn die Linke mit ihrem Ibiza-Staatsstreich auf Kurs gebracht hat, getan, und eine Koalition mit den linksextremen Grünen gebildet. Es hat ihm aber nichts mehr geholfen. Nach der Eliminierung von Kurz mit Hilfe der WKStA hat Karl Nehammer bereitwillig die Rolle des Schoßhündchens der Linken übernommen.

Obwohl die ÖVP fast drei Mal so viele Wähler als die Grünen vertreten hat, war die marxistische Öko-Truppe die bestimmende Kraft der türkis-grünen Koalition. Sie hat Österreich auf einen strammen linken Kurs geführt und die ÖVP unter dem Applaus des linken Publikums fünf Jahre lang am Nasenring durch die politische Arena gezogen. Krönender Abschluss dieser jahrelangen Demütigungen, die die Grünen sichtlich genossen haben, war das für die heimischen Bauern katastrophale Ja von Klimaministerin Leonore Gewessler in Brüssel zum Renaturierungsgesetz.

Immerhin, Nehammer hat noch kein Verfahren am Hals, der „Falter“ noch keine Sudelgeschichte über ihn veröffentlicht, die Staatskünstler haben ihn noch nicht als Nazi beschimpft und die ÖVP durfte mit dem Segen der Grünen während der Corona-Pandemie hunderte Millionen Euro an Steuergeldern an ihr Umfeld verteilen. Das war der Deal, das ist für Menschen wie Nehammer offenbar ausreichend, um dauerhaft gegen seine Überzeugungen zu handeln, selbst in dem Wissen, damit dem Land und seiner Bevölkerung schweren Schaden zuzufügen.

Dieses Arrangement mit den Linken prägt mit kurzen Unterbrechungen während der Ära Schüssel und der Kurz-Episode die ÖVP-Politik der letzten Jahrzehnte. Die ÖVP ist nur noch auf dem Papier

eine bürgerliche Partei, in der Praxis ist sie zur linken Blockpartei verkommen.

Was immer linke Ideologen ausbrüten, was immer linke Parteien umsetzen wollen, nach entsprechendem politischen und medialen Druck springt die ÖVP auf jeden linken Zug Richtung Abgrund auf. Sie wirkt seit Jahrzehnten an der linken Transformation der Gesellschaft aktiv mit, sie ist nicht der politische Gegner der Linken, sondern ihr Erfüllungsgehilfe. Wer ÖVP wählt, bekommt in der Regel eine linke Regierung. Ohne die Hilfe der Volkspartei könnte die Linke die meisten ihrer Ideen und Pläne, die in der Regel gegen die Interessen der Bevölkerung gerichtet sind und deshalb auf breiten Widerstand stoßen, nicht umsetzen. Die ÖVP ist für SPÖ und Grüne also äußerst nützlich, solange sie sich an die linken Spielregeln hält. Wenn sie gegen sie verstößt, hetzt man die linke Kettenhunde, Kriminelle wie Hessenthaler, die WKStA, den ORF oder den „Falter“, auf sie.

Die ÖVP ist seit 1987 ohne Unterbrechungen – sieht man von der Beamtenregierung unter Brigitte Bierlein ab – in Regierungsverantwortung. Das Ergebnis ist katastrophal. Nach knapp 40 Jahren ÖVP-Regierungsbeteiligung ist Österreich ein hochverschuldeter, islamisch geprägter Vielvölkerstaat mit schrumpfender Wirtschaft, hoher Kriminalität, einem kollabierenden Gesundheitssystem, dramatischem Bildungsverfall und düsteren Zukunftsaussichten. Das ist die Bilanz der „Volks“-Partei. Sie macht seit vielen Jahren den Steigbügelhalter für SPÖ und Grüne, die ohne die ÖVP als Mehrheitsbeschaffer nicht regieren könnten. Es deutet alles darauf hin, das Karl Nehammer diesen Kurs fortsetzt.

Er strebt auch nach der Wahl vom 29. September gegen den Mehrheitswillen der Bevölkerung eine Koalition mit einer oder sogar zwei linken Parteien an. Dabei ist das Wahlergebnis eindeutig: Die Österreicher wünschen sich angesichts der aktuellen Krisen eine dezidiert rechte, bürgerliche Politik, die nur von einer FPÖ-ÖVP-Regierung umgesetzt werden kann.

Doch Nehammer wird den linken Crashkurs fortsetzen. Dabei hätte es die ÖVP in der Hand, gemeinsam mit den Freiheitlichen Österreich aus dem Würgegriff der sich immer weiter radikalisierenden Linken zu befreien. Das würde selbstredend massive Gegenreaktionen auslösen, die Linke würde auch vor kriminellen Machenschaften, Gewalt und Ausschreitungen nicht zurückschrecken. Bereits am Wahlsonntag marschierte die Antifa in Wien auf und attackierte FPÖ-Politiker. Aber nur eine rechts-konservative Koalition, die von einer stabilen Mehrheit der Bürger getragen wird, kann diese für Österreich dringend notwendige politische Kehrtwende vollziehen. All das weiß die ÖVP und wird sich anders entscheiden, anstatt sich einen mutigen und deshalb höchst erfolgreichen christlichsozialen Politiker zum Vorbild zu nehmen. Ungarns Premier Viktor Orban hat das umgesetzt, wovor die ÖVP sich so sehr fürchtet. Er hat sich mit dem tiefen linken Staats angelegt und seine Macht weitgehend zurückgedrängt. Orban kann seither mit breiter Unterstützung aus der Bevölkerung zum Wohle des Landes regieren. In der ÖVP wird Orban dafür nicht gefeiert, sondern kritisiert, viele „Bürgerliche“ warnen sogar im Chor mit den Linken vor einer Orbanisierung Österreichs durch die FPÖ. Dabei sollte die ÖVP als konservative Partei eine Orbanisierung Österreichs anstreben. Stattdessen wird sie gemeinsam mit dem ewiggestrigen Marxisten Andreas Babler eine Regierung zum Schaden des Landes bilden, nicht aus Überzeugung, sondern aus bürgerlicher Feigheit

Politik der ökonomischen Vernunft

Friedliches Zusammenleben
dank ökonomisch erfolgreicher Politik

VON ANDREAS TÖGEL

Eine in ökonomischer Hinsicht erfolgreiche Politik hat Konsequenzen, die weit über den Bereich des Wirtschaftens hinausreichen. Sie bildet nämlich die Voraussetzung für ein friedliches Zusammenleben der Bürger – und auch der Staaten. Nichtaggressionsprinzip, Eigentumsschutz, Rechtssicherheit, Vertragsfreiheit und Freihandel liefern die Basis für den sozialen Frieden. Die eindeutige Zuordnung von Eigentumstiteln ist deshalb so wichtig, weil Konflikte – letztlich alle Konflikte – aus unklaren Eigentumsfragen resultieren.

John Locke (1632–1704) liefert in seiner 1689 erschienenen „Zweiten Abhandlung über die Regierung“ die theoretische Grundlage für die Entstehung von Eigentum. Eine rechtmäßige Eigentumsübertragung ist ab dem Zeitpunkt, zu dem eine „ursprüngliche Aneignung“ (die Inbesitznahme eines bis dahin eigentümerlosen Gutes, z. B. einer Insel) nur noch durch vertragliche Übereinkunft in ihrer Entscheidung freier Individuen möglich. Da kein Gut in unbegrenztem Umfang verfügbar ist, die Menschheit somit seit ihrer Vertreibung aus dem Garten Eden im Zustand permanenter Knappheit lebt, liefert die Ökonomie die Mittel zum sparsamen und zweckmäßigen Umgang mit den verfügbaren Ressourcen.

„Die erste Lektion der Ökonomie ist die Knappheit: Es gibt niemals genug von irgendetwas, um alle befriedigen zu können, die es haben wollen.

Die erste Lektion der Politik ist die Nichtbeachtung der ersten Lektion der Ökonomie.“ Thomas Sowell (geb.1930, US-Ökonom)

Der libertäre Ökonom Hans-Hermann Hoppe weist übrigens darauf hin, dass sogar im Garten Eden kein unbegrenzter Überfluss herrschte. Auch dort war es beispielsweise nicht möglich, dass Adam und Eva zum selben Zeitpunkt auf denselben Quadratzentimetern Bodens standen.

Zur Konfliktvermeidung bedarf es daher einwandfrei nachvollziehbarer Regeln für den Zugang und für die Nutzung von Ressourcen.

Wirft man einen Blick auf das Ranking der wirtschaftlich freiesten Staaten, wie das die konservative US-Denkfabrik „Heritage Foundation“ einmal jährlich mit ihrem „Index of Economic Freedom“ tut (<https://www.heritage.org/index/>), liegt Singapur auf dem ersten, die Schweiz auf dem zweiten und Irland auf dem dritten Platz. Beim Vergleich der höchsten Werte des Bruttosozialprodukts pro Kopf liegt Luxemburg auf dem ersten, Irland auf dem zweiten und die Schweiz auf dem dritten Platz. Am Ende des internationalen Wohlstandsvergleichs rangieren Burundi, der Südsudan, Malawi, Mosambik und die Zentralafrikanische Republik. Wirtschaftliche Freiheit korreliert mit Wohlstand und sozialem Frieden. In jenen Ländern, die in beiden Rankings am Ende zu finden sind, kennt man keine wirtschaftliche Freiheit, verharren die Menschen – trotz der in die hunderte Milliarden gehenden Entwicklungshilfezahlungen – im Elend und werden fortwährend von Korruption, inneren Spannungen und Unruhen geplagt.

Der Index der „Heritage Foundation“ und der BIP-Vergleich offenbaren die oben genannten Voraussetzungen für Frieden und Prosperität, die auf einem soliden Rechtssystem mit einem wasserdichten Eigentumsschutz basieren.

Man muss aber gar keine internationalen Vergleiche bemühen, um zu erkennen, worauf es ankommt. Was hat Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg wieder auf den Erfolgspfad geführt? Die

vom liberalen Wirtschaftsminister Ludwig Erhard (1897–1977) gegen starke Widerstände auf den Weg gebrachten Reformen, die das deutsche „Wirtschaftswunder“ ermöglicht haben. Um ein „Wunder“ hat es sich allerdings keineswegs gehandelt – es genügte nämlich, den Griff der harten Hand des Staates zu lockern, Regulative aufzuheben und „Wirtschaft geschehen“ zu lassen, um die Produktion von Wohlstand anzustoßen.

Ein zweites Beispiel bietet die vom deutschen Kanzler Gerhard Schröder auf den Weg gebrachte „Agenda 2010“, die mit einschneidenden Arbeitsmarkt- und Sozialstaatsreformen das in den späten 1990er-Jahren zum „kranken Mann Europas“ abgestiegene Deutschland (so titelte das Wirtschaftsmagazin „The Economist“ anno 1999) wieder auf einen wirtschaftlich erfolgreichen Kurs zurückführte. Auch die „Agenda 2010“ brachte mit einer angebotsseitig orientierten Politik und einer Abkehr von der Überregulierung der Wirtschaft einen anhaltenden Aufschwung.

Dass der „Economist“ jetzt, 25 Jahre später, Deutschland erneut zum „kranken Mann Europas“ erklärt, kann nicht verwundern. Exorbitante Abgabenlasten, Überregulierung (die auch auf das Kontoplanwirtschaftlicher Vorgaben seitens der EU-Nomenklatura gehen) und eine haarsträubende, grünideologisch motivierte Energiepolitik, die auf produzierende Betriebe keinerlei Rücksicht nimmt, machen Deutschland zum Schlusslicht der wirtschaftlichen Entwicklung Europas.

In Österreich verhalten sich die Dinge nicht anders. Nach Jahren der wirtschaftlichen Stagnation und einer gleichzeitigen Explosion der Staatsverschuldung ist – zwei Jahre nach Ende der Covid-„Pandemie“ – kein Aufschwung in Sicht. Wie sollte es auch anders sein, angesichts drückender Abgabenlasten - einen höheren Einkommensspitzensteuersatz als 55 Prozent, der hierzulande ab einer Million Jahreseinkommen fällig ist, und die Gesamtsteuerbelastung liegt nur in Dänemark, Frankreich und Belgien noch höher. Von der beispiellosen Überbürokratisierung des Landes ganz zu

schweigen (die österreichisch-ungarische Monarchie zählte im Jahr 1914 bei rund 53 Millionen Einwohnern weniger Staatsbedienstete als die Republik im Jahr 2024 mit rund neun Millionen).

„Wenn das Eigentum mehr und mehr zum prekären Besitz herabsinkt, der von der Willkür der Verwaltung oder von der Gnade des Stimmzettels abhängig ist, wenn es zu einer Geisel in der Hand der Eigentumslosen oder Minderbesitzenden wird, wenn es aufhört, eines der selbstverständlichen und elementaren Rechte zu sein, das keiner anderen Begründung als der des Rechtes selbst bedarf, dann ist das Ende einer freien Gesellschaft abzusehen.“ Wilhelm Röpke (1899 – 1966, deutscher Ökonom)

Liberaler Wirtschaftswissenschaftler wie Ludwig Mises, Friedrich August Hayek oder der oben zitierte Wilhelm Röpke haben immer wieder die Bedeutung des privaten Eigentums – im Besonderen das an den „Produktionsmitteln“ – betont. Nicht umsonst war die „Expropriation des Kapitals“ stets ein zentrales Anliegen der Kommunisten, die eine Zerstörung der bürgerlichen Gesellschaft und die Errichtung einer Diktatur des Proletariats im Sinn hatten (und haben). Ohne privates Eigentum an Unternehmen ist aber keine betriebliche Kalkulation möglich, weil die Preissignale fehlen. Betriebe in einer sozialistischen Planwirtschaft sind daher zum „Blindflug“ und zur Ressourcenvergeudung verurteilt. Der Vergleich der einstigen wirtschaftlichen Gegebenheiten in der BRD mit der „DDR“, oder die Gegenüberstellung von Nord- mit Südkorea, spricht Bände.

Allerdings können auch die Roten dazulernen und so haben sie die Forderung nach einer Kollektivierung der Produktionsmittel aus ihren Parteiprogrammen verschwinden lassen. Sie belassen jetzt das Eigentum – und vor allem das Unternehmerrisiko – formal in den Händen der Kapitalisten, regulieren dafür aber sämtliche Preise – insbesondere die für die Arbeitskraft (ohne Kollektivvertrag geht gar nichts!) - und die Bedingungen, unter denen eine Produktion überhaupt stattfinden darf.

So hat der deutsche Wirtschaftsminister Robert Habeck zuletzt mit der Forderung aufhören lassen, die Industrie müsste ihre

Tätigkeit aus Gründen der CO₂-Emissionsvermeidung „energieabhängig“ gestalten – das heißt, sie solle nur dann produzieren, wenn Windräder und Solarpaneele gerade genügend Strom liefern. Was das für Stahlproduzenten, Aluminiumhersteller oder energieintensive Unternehmen in der Chemieindustrie bedeutet, die ihre Prozesse nicht nach Belieben ein- und ausschalten können und die außerdem in einem harten internationalen Wettbewerb stehen, kann ein Kinderbuchcoautor wie Robert Habeck natürlich nicht wissen – oder es ist ihm schlicht egal.

Einlassungen wie die genannte, werfen ein bezeichnendes Licht auf die Qualität von Berufspolitikern. Es handelt sich dabei – die wenigen Ausnahmen bestätigen die Regel - offenkundig um eine strikte Negativauslese. In der hohen Politik (nicht auf der Gemeindeebene, wo noch Bürgernähe herrscht!) tummeln sich bevorzugt Menschen, die mehrheitlich nie einen Betrieb von innen gesehen haben und die – sofern sie über eine abgeschlossene Berufsausbildung verfügen - niemals außerhalb staatlich geschützter Werkstätten und unter Wettbewerbsbedingungen ihr Brot verdient haben. In nur wenigen Fällen könnte einer aus ihrem Kreis unter privatwirtschaftlichen Bedingungen ein höheres Einkommen lukrieren als mit seinem politischen Mandat.

Der völlige Mangel an formalen Zugangskriterien für eine Tätigkeit als Berufspolitiker ist offensichtlich ein (möglicherweise unlösbares) Problem. Während etwa das Gewerbe des Elektroinstallateurs nur von geprüften Fachleuten ausgeübt werden darf, kann jeder Schulabbrecher problemlos ein politisches Amt bekleiden.

„Menschen, die sich ihrer Unfähigkeit im Wettbewerb bewußt sind, verachten dieses kranke Konkurrenzsystem. Wer seinen Mitmenschen nicht zu dienen in der Lage ist, will sie beherrschen.“ Ludwig Mises (1881 – 1973)

Von Berufspolitikern, die der Welt außerhalb ihrer Blase verständnislos und ohne jede Empathie gegenüberstehen, sind keine verantwortungsbewussten Entscheidungen im Interesse der dü-

pierten Wähler zu erwarten. Alles, was Berufspolitiker motiviert, ist ihr Wille, ihren Platz am steuerfinanzierten Futtertrog zu behalten. Diesem Ziel wird alles andere untergeordnet. Folgerichtig wird besonders vor Wahlen gelogen, was das Zeug hält. In der Demokratie hat somit jener Politiker Erfolg, der den Wählern die verlockendsten Versprechungen macht und sie am erfolgreichsten hinters Licht zu führen versteht.

Fazit: Da es so gut wie unmöglich scheint, politische Ämter mit dafür charakterlich, geistig und körperlich geeigneten Personen zu besetzen (ein Blick in ein x-beliebiges Parlament liefert die Bestätigung dieser These), bietet nur die weitestgehende Entmachtung der Politikerkaste und der damit notwendigerweise verbundene, radikale Rückbau des Staates, Aussicht auf eine Rückkehr zur ökonomischen Vernunft.

15 Prozent Steuerquote reichen bequem aus, um die Grundaufgaben des Staates – die Aufrechterhaltung der Sicherheit im Innern und nach außen, sowie die Rechtsprechung – zu finanzieren. Alles andere ist den Bürgern zur eigenen Disposition zu überlassen. Der Staat muss – und darf! – nicht alle Lebensbereiche infiltrieren. Die Daseinsvorsorge ist jedem einzelnen Bürger zuzumuten. Private Versicherungen und private Bildungseinrichtungen werden entsprechende Angebote bereitstellen.

Selbstbewusste und verantwortungsvolle Bürger kann es nur dort geben, wo der Staat seine Insassen nicht lebenslänglich wie unmündige Kinder behandelt. Für die wenigen Personen, die tatsächlich nicht für sich selbst sorgen können, reicht die Großzügigkeit begüterter Wohltäter aus, um schlimmes Elend zu verhindern.

Da aber die Macht bekanntlich korrumpiert, wird die politische Klasse natürlich nie von ihr lassen. Ehe sie den Karren nicht gegen die Wand gefahren hat, wird sich also nichts ändern. Dann allerdings kann, wie schon die antiken Philosophen wussten, die Geschichte von Neuem beginnen ...

Freiheitlich-konservative Sozialpolitik

Trotz Jahrzehnte langer ÖVP-Regierung
ist Österreich gesellschaftspolitisch Link

VON FRITZ SIMHANDL

Dr. Fritz Simhandl ist Fachreferent für Arbeit,
Soziales und Konsumentenschutz



Österreich ist seit vielen Jahren, wenn nicht Jahrzehnten durch eine fortgesetzte gesellschaftspolitische Linkswende charakterisiert. Dies mutet für den seriösen Historiker oder Politikwissenschaftler auf den ersten Blick verstörend an, befindet sich doch die Österreichische Volkspartei (ÖVP) seit 1987, d.h. mehr als dreieinhalb Jahrzehnte in Regierungsverantwortung. Genau diese Regierungsbeteiligung der auf dem Papier als christlich-demokratisch und wertekonservativ firmierenden ÖVP stellte sich aber in fortgesetztem Maße und damit im Neusprech als „nachhaltig“ linksgewendet heraus. Die ÖVP und ihre Helfershelfer haben die Funktionalität des ideologischen Trojanischen Pferdes institutionalisiert. Durch Realpolitik hat die ÖVP vor allem seit 2020, seit sie mit der gesellschaftspolitisch ausgewiesenen Linkspartei Die Grünen in koalitionsregierungsverantwortung stehen, dieses Rad noch einmal weiter nach links gedreht. Dadurch hat sie für die FPÖ in der Programm- aber auch Realpolitik so viel Platz gelassen für freiheitlich-konservative Programmatik und Sachpolitik wie bisher noch nie zuvor.

Dies gilt vor allem auch für die Sozialpolitik. Hier ist die FPÖ als die traditionelle Partei des national-liberalen Lagers die einzige politische Kraft im österreichischen Parteienspektrum, die freiheit-

lich-konservative Wertepolitik lebt und auch realpolitisch umsetzt. Unter dem traditionellen und gleichzeitig zeitlosen Begriffspaar Freiheit und Verantwortung geschieht dies seit vielen Jahren praxisorientiert in der Tagespolitik auf Bundes-, Länder- und Gemeindeebene. Aktuell findet sich die freiheitlich-konservative Sozialpolitik unter den vier Hauptkapiteln des FPÖ-Wahlprogramms 2024. Diese vier Hauptkapitel Individualität, Souveränität, Homogenität, Solidarität hausen die FPÖ-Sozialpolitik gleichsam ein und verorten sie in den Lebenswirklichkeiten der Österreicher.

FPÖ-Sozialpolitik ist hier umfassend im Sinne der Daseinsvorsorge und Daseinsversorgung zu nennen. Im Mittelpunkt dieser Daseinsvorsorge und Daseinsversorgung stehen die Bürger, fokussiert auf die österreichischen Staatsbürger und jene, die unsere Daseinsvorsorge und Daseinsversorgung aktiv mit ihren Beiträgen und Leistungen mitfinanziert haben. Zur Daseinsvorsorge und Daseinsversorgung zählen die Familie als Keimzelle des Volkes und Staates, der Arbeitsmarkt, die soziale Absicherung für die Österreicher, die Alters- und Pensionsvorsorge, das Gesundheits- und Pflegewesen und der Verbraucherschutz bzw. Konsumentenschutz. Das aktuelle Wahlprogramm 2024 der FPÖ, aber auch die gelebte realpolitische Praxis bieten Beispiele, wo freiheitlich-konservative Sozialpolitik stattfindet. Zentraler Punkt ist, dass freiheitlich-konservative Sozialpolitik vom Grundprinzip „Österreicher zuerst“ ausgeht. Die soziale Heimatpartei FPÖ verwirklicht hier ihr Programm zum Wohle der eigenen Bevölkerung.

Arbeitsmarktpolitik für Österreich: In der Arbeitsmarktpolitik für Österreich sind die wesentlichen Eckpunkte, dass der zu erarbeitende Wohlstand die individuellen Lebensbedingungen verbessern muss; Leistung sich wieder lohnen muss; dass das Steuerentlastung für Berufseinsteiger und Familiengründer bedeuten muss; die Wirtschaftspolitik für Arbeitnehmer und Arbeitgeber ausgerichtet sein muss; die Facharbeiter und Handwerker endlich zum Rückgrat unserer Wirtschaft gemacht werden müssen; gerechte Gehälter das

Ziel sein müssen und dass das eine Senkung der Lohnnebenkosten bedeutet; sich Leistung wieder lohnen muss; der Faktor Arbeit entlastet werden muss, und dass das in einem mehr Netto vom Brutto münden muss; Lehrlingseinkommen zum Auskommen dienen sollen; die Förderungen für Unternehmer gewidmet sein sollen, die attraktive Arbeitsplätze schaffen; mehr Flexibilität, aber auch Integration kranker und behinderter Menschen am Arbeitsmarkt umgesetzt werden; Erwerbseinkünfte von älteren Arbeitnehmern attraktiv gestaltet werden müssen und eine Steuerbefreiung für ältere Arbeitnehmer und Unternehmer kommen muss, die über das Pensionsalter hinaus arbeiten wollen.

Auf drei Punkte bei der Arbeitsmarktpolitik für Österreich als zentralem Bereich einer freiheitlich-konservativen Sozialpolitik sei hier näher eingegangen. Unser Heimatland Österreich muss als Wirtschaftsstandort für Arbeitnehmer und Arbeitgeber gleichermaßen attraktiv und gleichzeitig wettbewerbsfähig sein. Eine freiheitlich-konservative Sozialpolitik lehnt eine Trennung in Arbeitgeber- und Arbeitnehmerpolitik ab. Dieser „ständestaatliche Ansatz“ einer Trennung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ist „antiquiert“ und ist ausschließlich dem verstaubten „rot-schwarzen Kammerstaat“ geschuldet. Freiheitlich-konservative Sozialpolitik betrachtet Arbeitgeber- und Arbeitnehmerpolitik als untrennbares Gesamtsystem und orientiert sich an einem ganzheitlichen Gemeinwohl für beide Gruppen. Die Förderung von Unternehmen muss auf jene Betriebe ausgerichtet sein, die attraktive Arbeitsplätze bieten. Weg mit der Gießkanne in der Förderpolitik. Im Gegenteil, alle jene Betriebe, die gut bezahlte und sichere Arbeitsplätze schaffen, sollen auch gefördert werden. Heute minimieren Unternehmer mit Leiharbeitskräften und Subunternehmen ihr ökonomisches Risiko. Betriebe, die sichere Arbeitsplätze anbieten, haben im Vergleich dazu höhere Fixkosten und somit ein höheres Risiko, dass Verluste eintreten können. Deshalb sollen sie auch durch den Staat gefördert und unterstützt werden.

Und die heimischen Lehrlinge sollen ein Lehrlingseinkommen erhalten, mit dem sie auch für ihre Lebenshaltungskosten am Beginn ihrer Berufslaufbahn auskommen können. Das wird auch die Lehre wieder attraktiver machen und dem Facharbeitermangel mittel- und langfristig erfolgreich gegensteuern. Mit einem Betrag von aktuell 5.000 Euro staatlicher Leistungsabgeltung an die Lehrabsolventen und weiteren 5.000 Euro für weiterführende Ausbildungen wäre die Meisterprüfung finanzierbar und der Weg in die Selbständigkeit offen. Und zusätzlich soll unabhängig von der Höhe das Einkommen von Lehrlingen generell von der Lohnsteuer befreit werden.

Soziale Absicherung für die Österreicher: Das Grundprinzip „Österreicher zuerst“ ist auch bei der sozialen Absicherung das zentrale Prinzip einer freiheitlich-konservativen Sozialpolitik. Zukünftig darf es keine Zuwanderung und keinen Familienzuzug aus dem Ausland mehr in unser Sozialsystem geben. Bargeldauszahlungen von Sozialleistungen darf es nur an österreichische Staatsbürger geben. Und für illegale Zuwanderer und Asylanten darf es nur mehr Elementarleistungen unseres Gesundheitssystems geben. Als Grundprinzip gilt: Um den österreichischen Sozialstaat leistungsfähig zu erhalten, muss dieser geschützt werden und leistungsfähig bleiben. Eine freiheitlich-konservative Sozialpolitik lehnt daher eine Zuwanderung samt Familiennachzug ins Sozialsystem strikt ab. Zwischen denen, die dieses Land aufgebaut haben, und jenen, die noch nie einen Cent einbezahlt haben, muss eine klare Grenze gezogen werden.

Darüber hinaus bekennt sich eine freiheitlich-konservative Sozialpolitik dazu, dass die Auszahlung von Sozialleistungen an die österreichische Staatsbürgerschaft zu koppeln ist. Im Asylwesen sind Schutzberechtigten ausschließlich Kernleistungen der Sozialhilfe zu gewähren, die das Niveau der Grundversorgung nicht übersteigen. Und es muss auf Sachleistungen statt Geldleistungen umgestellt werden, denn dann sinkt die Attraktivität für Zuwan-

derer, in unser Sozialnetz einzuwandern. Und im österreichischen Gesundheitswesen ist es aus der Sicht einer freiheitlich-konservativen Sozialpolitik notwendig, dass es keine medizinische und pflegerische Versorgung mehr für illegale Migranten und Asylwerber geben soll – ausgenommen in der Elementarversorgung und für Schwangere. Damit soll verhindert werden, dass immer mehr Staatsfremde, Nichtversicherte oder Illegale medizinische Dienstleistungen auf Kosten der österreichischen Steuerzahler in Anspruch nehmen und die österreichischen Gesundheitsversorgungsstrukturen kollabieren.

Gesellschaftliche Anerkennung und faire Pensionen für die ältere Generation: Ein zentrales politisches Anliegen einer freiheitlich-konservativen Sozialpolitik stellt auch die gesellschaftliche Anerkennung und die Wiederherstellung der sozialen Gerechtigkeit für die ältere Generation dar. Das bedeutet faire Pensionserhöhungen, das Abstellen des Pensionsraubs durch eine Aliquotierung bei den jährlichen Pensionsanpassungen, eine attraktivere Gestaltung des Zuverdiensts für Pensionisten und die Förderung der betrieblichen und privaten Pensionsvorsorge. Gesellschaftlich bedeutet es darüber hinaus die Nutzung der Lebenserfahrung der älteren Generation, der Kampf gegen jede Altersdiskriminierung und das Zusammenführen der Generationen. Durch nachhaltige und damit faire Pensionserhöhungen über das gesetzliche Mindestmaß hinaus soll im Sinne einer freiheitlich-konservativen Sozialpolitik die Altersarmut beseitigt werden. Gleichzeitig soll die durch das Aliquotierungssystem eingeführte Kürzung der Pensionsanpassungen ersatzlos und auf Dauer aufgehoben werden, um lebenslange Pensionskürzungen zu vermeiden. Und für all jene Angehörige der älteren Generation, die über das gesetzliche Pensionsantrittsalter hinaus arbeiten oder etwas dazuverdienen möchten, muss sich das endlich auch auszahlen.

Freiheitlich-konservative Sozialpolitik fordert daher einen steuerlichen „Pensionszuverdienst-Bonus“, eine Befreiung von Beiträ-

gen zur Sozialversicherung und eine Reduzierung der Arbeitgeberbeiträge. Darüber hinaus soll eine Erhöhung des Freibetrages für Zukunftssicherungsmaßnahmen des Arbeitgebers für seine Arbeitnehmer, eine Senkung der Versicherungssteuer für Lebensversicherungen und Pensionskassen sowie die Einführung eines gesperrten und steuerfreien Vorsorgedepots für die Altersvorsorge die private und betriebliche Pensionsvorsorge nachhaltig fördern. Gesellschaftspolitisch soll jede Form der Altersdiskriminierung unterbunden werden und im Gegenteil die Lebenserfahrung und der Einsatz der älteren Generation sowie die Zusammenführung mit der jüngeren Generation gefördert werden.

Gesundheit und Pflege in Stadt und Land: Ein weiterer zentraler sachpolitischer Bereich, den die freiheitlich-konservative Sozialpolitik im Fokus hat, sind Gesundheit und Pflege. An oberster Stelle steht hier einmal mehr die Aufarbeitung und Sanierung der Missstände, die das Corona-Regime seit dem Jahre 2020 im Gesundheitswesen und in der Gesellschaft hinterlassen hat. Zentrale Punkte sind dabei eine Entschädigung aller Corona-Schäden sowie die vollständige Amnestie und Rückzahlung von Corona-Strafen an die Bürger in unserem Heimatland. Die Entschädigungszahlungen sollen nach dem Vorbild des Landes Niederösterreich österreichweit auf Antrag eine einmalige Geldleistung im Zusammenhang mit etwa Impfbeeinträchtigungen, „Long-COVID“, psychologischen Behandlungskosten oder Nachhilfestunden für Kinder und Jugendliche garantieren.

Darüber hinaus soll eine unmittelbare und ausnahmslose Amnestie für alle von Verwaltungsstrafen Betroffenen, etwa bei Verstößen gegen die Abstandsregeln oder das Maskentragen, und eine Rücküberweisung aller eingehobenen Strafen umgesetzt werden. Vorhandene Eintragungen im Verwaltungsstrafregister, die immer noch aufscheinen, sind ausnahmslos zu löschen. Darüber hinaus sollen sämtliche Entscheidungsgrundlagen und Protokolle aller Gremien offengelegt werden, die in der Corona-Zeit über

Einschränkungen und Maßnahmen beraten, diese empfohlen und angeordnet haben. Dies soll als Basis für eine parlamentarischen Covid-19-Untersuchungsausschuss dienen, der die politische Verantwortung zu klären hat und gegebenenfalls strafrechtliche Ermittlungen einzuleiten hat. Auch die Covid-19-Impfstoffbeschaffung soll auf EU-Ebene lückenlos aufgeklärt werden. Für die Zukunft soll es ein klares verfassungsrechtlich abgesichertes Nein zu jedem Impfwang und zum WHO-Pandemievertrag umgesetzt werden.

Freiheitlich-konservative Sozialpolitik stellt im Gesundheitswesen den Schutz des Lebens in den Mittelpunkt, bekennt sich zu mehr Lebensqualität durch aktive Gesundheitsvorsorge, will die Lebensfreude fördern und dadurch Suizide verhindern. Gleichzeitig setzt freiheitlich-konservative Sozialpolitik auf „Null Toleranz“ gegenüber Drogen.

In der Pflege bekennt sich freiheitlich-konservative Sozialpolitik zum Prinzip des „Alterns in Würde“. Die Selbstbestimmtheit der Menschen soll so lange wie möglich erhalten werden. Gleichzeitig soll die „Pflege daheim“ vor dem Aufenthalt in einem Pflegeheim ins Zentrum einer zukünftigen Pflege gestellt werden. Die vertraute Umgebung ist gerade für ältere Menschen wichtig und sollte so lange wie möglich erhalten werden. Mobile Dienste, 24-Stunden- oder Tagesbetreuungsmodelle unterstützen beim Leben zuhause und müssen weiter ausgebaut werden.

Verbraucher- und Konsumentenschutz gegen Großkonzerne: Einen wesentlichen Bereich freiheitlich-konservativer Sozialpolitik stellt auch der Verbraucher- und Konsumentenschutz dar. Dies bedeutet, dass man die Inflation durch eine verantwortungsvolle Außen- und Wirtschaftspolitik senken muss. Gleichzeitig muss der Produktionsstandort Österreich für Lebensmittel, Energie, Medikamente und andere zentrale Güter und Dienstleistungen der Daseinsvorsorge und Daseinsversorgung gestärkt werden, um möglichst unabhängig von den Weltmärkten zu sein. Darüber hinaus müssen auch die analogen Strukturen für die Bürgerinnen

und Bürger in Verwaltung und Daseinsversorgung garantiert und geschützt werden. Dazu gehört der unbedingte und rechtlich verbindliche Respekt vor einem Leben ohne Internet. Wesentlicher Eckpunkt des Verbraucher- und Konsumentenschutzes im Rahmen der freiheitlich-konservativen Sozialpolitik ist auch der Schutz der Bargeldnutzung durch die Verfassung sowie die Garantie der finanziellen Freiheit durch die volle Verfügbarkeit von Bargeld und das Recht auf Bankkonto.

Verteidigung der (Rest-)Souveränität

Außenpolitik einer
„bürgerlichen Koalition“ in Österreich

VON JOHANNES HÜBNER

Dr. Johannes Hübner war langjähriger
außenpolitischer Sprecher der FPÖ.



Bild: G. Schneeweiß-Arnoldstein

Die Wahlergebnisse vom 29. September 2024 haben einen schon leicht „angegrauten“ Politbegriff wieder aufleben lassen: Die „bürgerliche Koalition“ zwischen Freiheitlichen und Volkspartei. Dahingestellt bleibt – jedenfalls im Rahmen dieses Artikels – was an der ÖVP, ihren „Granden“ und ihrer globalistisch ausgerichteten, rein opportunistischen Politik noch „bürgerlich“ ist.

Gehen wir – entgegen den meisten Prognosen – einmal davon aus, eine solche Koalition kommt zustande und kann eine „bürgerliche“ Außenpolitik betreiben. Was können wir da erwarten, was ist überhaupt „Außenpolitik“?

Charles Maurice Talleyrand – der legendäre Außenminister Napoleons – meinte, „Außenpolitik sei die Kunst, einem anderen solange auf die Zehen zu steigen, bis er sich dafür entschuldigt.“ 150 Jahre später – bereits in der europäischen Nachkriegsordnung – war für den italienischen Schriftsteller Giovanni Guareschi Außenpolitik nur noch „Tourismus auf Staatskosten“.

Welches dieser beiden Zitate eher der Wirklichkeit entspricht, hängt davon ab, in welchem Ausmaß ein Staat

- ▶ „souverän“ – oder zumindest „restsouverän“ – ist und
- ▶ die handelnden Staatsorgane (bzw. die hinter ihnen stehenden Parteien) einigermaßen selbstständig Entscheidungen treffen

können (oder ob ihre „Entscheidungen“ von hinter den Kulissen agierenden Strukturen bestimmt werden).

Beides ist für EU-europäische Staaten – als Teil der von den USA dominierten „westlichen Wertegesellschaft“ – nur sehr eingeschränkt (und innerhalb diverser „roter Linien“) möglich.

Nehmen wir als Beispiel die Schweiz. Mangels EU-Mitgliedschaft und gestärkt durch eine seit 150 Jahren gelebte, allumfassende, immerwährende Neutralität samt direkter Demokratie wahrscheinlich der „souveränste“ (und sicher reichste) Staat Europas. Als mit Ausbruch des russisch-ukrainischen Krieges im Februar 2022 die USA die – schon seit längerem vorbereitete – totale wirtschaftliche Isolation Russlands anordneten, schwenkten nicht nur die EU-Institutionen sofort auf diesen Kurs ein. Auch die Schweiz musste binnen 48 Stunden ihre Neutralität aufgeben und sich den Sanktionen anschließen. Dies nach 150 Jahren einer Neutralität, die nicht nur diverse europäische Konflikte, sondern auch zwei Weltkriege und den gesamten „Kalten Krieg“ ohne Einschränkungen überstanden hat. Gefragt „warum“, erklärte mir ein Schweizer Politiker, die USA hätten widrigenfalls mit der Vernichtung der Schweizer Finanzindustrie gedroht ...

Anzeichen für diese neue politische Gangart gab es schon über vier Jahre zuvor, als im Dezember 2017 das Schweizer Spezialunternehmen ALLSEAS S. A. dabei war, im Auftrag des Nordstream2-Konsortiums die letzten 25 Kilometer der Unterwassergaspipeline von Russland nach Deutschland zu verlegen. Da traf beim Vorstand von „ALLSEAS“ ein Brief, unterzeichnet vom republikanischen und vom demokratischen Fraktionsführer des US-Parlamentes, ein, in dem der Gesellschaft die wirtschaftliche Vernichtung angedroht wurde, wenn sie die Arbeiten nicht sofort einstellt. ALLSEAS gehorchte unverzüglich, die Arbeiten an der Pipeline kamen zum Stillstand. Sowohl die Schweiz als auch Deutschland konnten nur – unhörbar – mit den Zähnen knirschen. Das war auch die Reaktion der deutschen Bundesregierung, als am 26. September 2022 Nord-

stream 2 an vier Stellen gesprengt wurde. Oder als im Jahr 2016 über „Wikileaks“ bekannt wurde, dass der US-Inlandsgeheimdienst NSA seit Jahren die deutsche Kanzlerin Merkel und ihre Amtsräume und Kommunikationslinien abhört.

Noch ein Beispiel, wie mangelnde Eigenmacht der Staaten und der Staatslenker die Außenpolitik lähmt, ja geradezu unmöglich macht: Der berühmte „Countering American adverseries through sanctions act“ (CAATSA) vom August 2017, mit dem US-Sanktionsbeschlüsse (gegen Staaten, Unternehmen, Organisationen oder Einzelpersonen) zu universal durchsetzbarem „Recht“ erklärt wurden.

Als die Gesetzesvorlage eingebracht wurde, warnte US-Präsident Trump (dessen Republikaner damals in beiden Häusern des US-Parlaments die Mehrheit hatten) eindringlich davor und sprach (unter Andeutung seiner Vetomöglichkeit) von einer drohenden „Auslöschung der internationalen Rechtsordnung“. Christian Kern und Siegmund Gabriel verfassten – in einer seltenen Anwendung deutsch-österreichischer Mutes – im Juni 2017 eine gemeinsame Erklärung, in der sie das Gesetzesvorhaben als „Angriff auf die europäische Energiesicherheit“ bezeichneten, der „eine neue und negative Qualität der US-Beziehungen zu Europa mit sich zu bringen“ drohe. EU-Kommissionspräsident Juncker drohte sogar für den Fall der Verabschiedung des Gesetzes „europäische Gegenmaßnahmen“ an ...

Bei der Abstimmung über die Vorlage wagten trotz alledem nur zwei Mitglieder des Senates und drei Mitglieder des Repräsentantenhauses der Aufforderung ihres Präsidenten zu entsprechen und mit „Nein“ zu stimmen. Das Ergebnis lautete: Senat: 92 „Ja“ und 2 „Nein“. Repräsentantenhaus 419 „Ja“ und 3 „Nein“. Ergebnisse, wie man sie sonst nur von Resolutionen zur Unterstützung Israels kennt.

Wer hier im Hintergrund die Fäden gezogen hat, ist nicht wirklich klar. Das Ergebnis bewirkte, dass Trump über ein mögliches Veto nicht einmal nachdachte und von Kern, Gabriel, Juncker & Co kaum mehr etwas (zum Thema) zu hören war.

Vielleicht hatte der legendäre britische Premier Benjamin Disraeli doch recht als er schrieb: „Nur diejenigen, die nicht hinter den Kulissen stehen, glauben, dass Entscheidungen auf der Bühne fallen“ ...

Was könnte eine „bürgerliche“ (also den Interessen ihrer Bürger mehr als internationalen Mächten und Drahtziehern hinter den Kulissen verpflichtete) Regierung außenpolitisch überhaupt tun?

Einiges! Etwa in einem zähen Ringen und durch geschicktes Suchen von Verbündeten die nationale Restsouveränität gegenüber dem „sanften Monster EU“ (Copyright Hans Magnus Enzenberger) verteidigen und erweitern.

Internationale Abkommen und Vorgaben, die eine vernünftige Außen-, Wirtschafts-, Asyl- und Einwanderungspolitik blockieren, durch restriktive Auslegung, neue innerstaatliche Gesetze und notfalls durch Aufkündigung entschärfen.

Diskret, aber entschlossen und zielstrebig, außerhalb (und so weit möglich auch innerhalb) der „westlichen Wertegemeinschaft“ Bündnispartner für eine selbstständigere an den Bürgerinteressen orientierte Politik finden.

Die (bürgerliche) ungarische Regierung Orbán hat großes Geschick bewiesen und (vermutlich größtmögliche) Erfolge erzielt. Auch die polnischen, slowakischen und tschechischen Regierungen zeigen – je nach Regierungskonstellation – immer wieder Mut. Im Westen Europas sind auch (nominell) „bürgerliche“ Koalitionen (weitgehend) „politisch korrekt“. In Schweden, Dänemark und neuerdings auch den Niederlanden gibt es vorsichtige Bemühungen der Mitte-Rechts-Regierungen, unabhängigere Entscheidungen zu treffen. In Italien hat sich Georgia Melloni (samt Koalitionspartner „Lega“) nach gewonnener Wahl rasch in die bequeme Hängematte „korrekter“ Außenpolitik zurückgezogen.

Letzteres – das zumindest kann man mit Sicherheit sagen – wäre in Österreich bei einer von Herbert Kickl geführten „bürgerlichen“ Regierung nicht der Fall.

Asylpolitik als Nagelprobe

Andere EU-Länder bekämpfen mit Erfolg die Asyl-Einwanderung

VON PETRA STEGER

Petra Steger ist EU-Sprecherin des Freiheitlichen Parlamentsklubs und Mitglied des EU-Parlaments. Dort ist sie Mitglied im Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Inneres und Justiz, der als einen seiner Kernbereiche die Asyl- und Migrationspolitik bearbeitet.



In allen Analysen der Nationalratswahl 2024 wird deutlich, dass Zuwanderung, Asyl sowie die zunehmende Migrantenkriminalität zu den wichtigsten Motiven der Wähler zählten, für FPÖ-Wähler waren sie überhaupt das wichtigste. Aber auch ÖVP-Sympathisanten ist eine restriktive Asyl- und Migrationspolitik ein bedeutendes Anliegen, wie die Zufriedenheit mit der durch die Ibiza-Affäre 2019 zerbrochenen türkis-blauen Regierung zeigte, die stark vom entschlossenen Wirken des freiheitlichen Innenministers Herbert Kickl geprägt wurde.

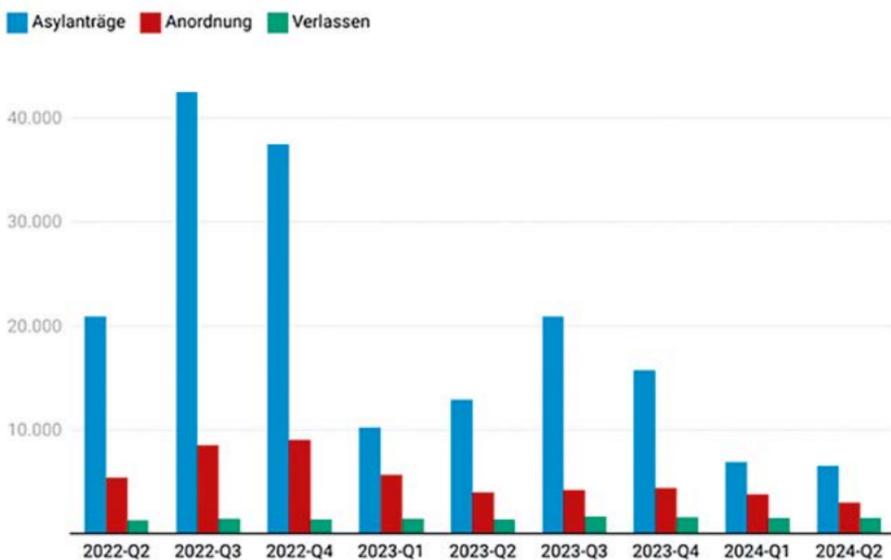
Hier steckt die ÖVP in einem Dilemma. Erstens hat sie an der Seite der Grünen sofort den Retourgang eingelegt und praktisch alle Errungenschaften aus der Ära Kickl wieder rückgängig gemacht – das Ergebnis war das Jahr 2022, das mit mehr als 112.000 Asylanträgen selbst den von Angela Merkel mit ihrem „Wir schaffen das“ ausgelösten Massenansturm 2015 übertragt. Zweitens hat die ÖVP in der Regierung mit den Grünen eine folgenschwere Entscheidung getroffen, indem Österreich dem Asyl- und Migrationspakt der EU zustimmte – entgegen allen vorherigen Beteuerungen, man lehne eine Zwangsverteilung von Asylwerbern quer über die EU-Länder ab. Genau das ist jetzt der Plan. Und zum Verwalter für die Umsetzung dieses Paktes teilte die wiedergewählte EU-Kommissionsprä-

sidentin Ursula von der Leyen nun just den neuen österreichischen EU-Kommissar Magnus Brunner (ÖVP) ein.

Inhaltlich geht es bei diesem 2024 verabschiedeten Pakt nur um ein Verwalten und Verteilen der Immigrantenströme. Es gibt keine Obergrenze, im Gegenteil sollen sogar mit sogenannten Resettlement-Programmen legale Fluchtrouten geschaffen und so weitere Asylwerber angelockt werden. Ein echter Außengrenzschutz, etwa mit baulichen Maßnahmen, ist nicht vorgesehen. Und die EU-Asylagentur, bei der die Umsetzung des Paktes liegt, sieht sich mehr den Menschenrechten der Migranten verpflichtet als den Rechten der Europäer.

Österreich: Wie viele Migranten müssen wieder gehen?

Anordnung = Drittstaatsangehörige, die die Anordnung erhalten haben, die EU zu verlassen
Verlassen = Haben dieser Anordnung auch Folge geleistet



Quelle: Eurostat • Erstellt mit Datawrapper

Der Asyl- und Migrationspakt hinkt somit der Realität im Asylbereich um Jahre, wenn nicht Jahrzehnte hinterher. Diese Realität stellt sich so dar, dass der erfolgreiche Zutritt in einen EU-Staat

praktisch gleichbedeutend ist mit einem Bleiberecht. Denn selbst wenn festgestellt wird, dass keinerlei Schutzgründe vorliegen und die betreffende Person daher das Land verlassen müsste, führt das nur in den seltensten Fällen zur Ausreise, geschweige denn zu einer Abschiebung. Die jüngsten Zahlen der EU-Statistikbehörde Eurostat untermauern die fatale Entwicklung. Mehr als 96.000 Menschen wurden von April bis Juni 2024 aufgefordert, den EU-Staat, in dem sie sich derzeit aufhalten, zu verlassen, aber nur etwas mehr als 25.000 Betroffene kamen in dieser Zeitspanne einer entsprechenden Aufforderung auch nach. Deutlicher kann das Versagen nicht in Zahlen gegossen werden.

In Österreich sieht es zwar etwas besser aus – 1.740 Ausreisen stehen 3.025 Anordnungen gegenüber –, aber angesichts der enormen Zahl an Asylanträgen, die in den letzten Jahren in Österreich gestellt wurden, ist auch das bestenfalls ein Tropfen auf den heißen Stein. Die folgende Grafik verdeutlicht das enorme Missverhältnis:

Weitere Hemmschuhe neben der laschen Rückführungspolitik sind die nach wie vor offenen EU-Außengrenzen sowie die völlig weltfremde Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) in Luxemburg. Anfang Oktober entschieden die Richter, dass jede einzelne Frau auf Afghanistan schon allein aufgrund des dort herrschenden Regimes und seines Umgangs mit Frauen ein Recht auf Asyl hat, ohne dass eine individuelle Verfolgung nachgewiesen werden muss. Die Vorlage für diese offene Sabotage jeder restriktiven Asylpolitik hatte dem EuGH ausgerechnet der österreichische Verwaltungsgerichtshof geliefert.

Es ist vor diesem Hintergrund nicht verwunderlich, dass sich in den EU-Staaten, die – jeder für sich – die Last dieser unheilvollen EU-Politik zu tragen haben, immer mehr Widerstand regt. Zuletzt wurden 14 EU-Staaten und dazu die drei Schengen-Mitglieder Norwegen, Schweiz und Liechtenstein per Brief bei der EU-Kommission vorstellig. Ihre Forderungen beinhalten ein strengeres EU-Rückführungssystem mit klareren Kooperationspflichten der

Ausreisepflichtigen und weniger Interpretationen durch den Europäischen Gerichtshof. Beobachter sehen in dieser Initiative eine Reaktion auf die Erfolge patriotischer Parteien bei diversen Wahlen, zuletzt bei der österreichischen Nationalratswahl. Wie ernst der Vorstoß gemeint ist, muss daher dahingestellt bleiben. Den meisten Regierungen wird es wohl nicht primär um den Schutz ihrer Bürger vor der ungezügelter Massenzuwanderung gehen, sondern eher um den eigenen Schutz vor Machtverlust bei den nächsten anstehenden Wahlen.

Doch manche meinen es auch ernst: Allen voran Ungarn, das zuletzt wegen Verstößen gegen das erwiesenermaßen völlig dysfunktionale Asylrecht der EU zu einer Strafe von 200 Millionen Euro verurteilt wurde. Die Regierung rund um Viktor Orbán will künftig nicht nur vermeiden, für den Schutz der eigenen Bevölkerung zur Kasse gebeten zu werden. Sie will, dass diese Regelungen für Ungarn überhaupt nicht mehr gelten. Das bedeutet einen Ausstieg, ein sogenanntes „Opting out“ aus der Asylpolitik der Union. Dasselbe strebt die Regierung der Niederlande an – nicht zufällig nach dem Erfolg der Freiheitspartei (PVV) von Geert Wilders bei den letzten Parlamentswahlen. Der Bündnispartner der FPÖ in der EU-Fraktion „Patrioten für Europa“ regiert gemeinsam mit drei bürgerlichen Parteien – Liberale, Christdemokraten und eine Bauernbewegung. Dabei gelang es der PVV ganz offensichtlich, die bürgerlichen Kräfte aus dem migrationspolitischen Einheitsbrei von ganz links bis in die bürgerliche Mitte herauszulösen und sie auf eine restriktive und am Wohl der eigenen Bürger orientierte Asylpolitik einzuschwören. Denn neben dem beabsichtigten Austritt aus der EU-Asylpolitik haben die Niederlande beschlossen, ausreisepflichtigen Migranten künftig keinerlei Sozialleistungen mehr zur Verfügung zu stellen. „Bett, Bad und Brot“ werden gestrichen, wie die Medien die Pläne auf den Punkt brachten.

Dass es in vielen Fällen nicht Schutz vor Verfolgung, sondern der Eintritt in ein System der sozialen Hängematte ist, was Fremde aus

aller Welt nach Europa lockt, zeigt sich aktuell am Beispiel Schweden. Das ehemalige Asyl-Paradies hat seit 2015 eine radikale Wende vollzogen. Dies beinhaltet strenge Grenzkontrollen, Asyl als Schutz auf Zeit mit neuerlicher Prüfung nach drei Jahren sowie die Möglichkeit, die Aufenthaltsberechtigung zu entziehen, wenn sich die Umstände im Herkunftsland gebessert haben. Außerdem haben die Schweden die niederländischen Pläne bereits in die Tat umgesetzt und zahlen keinen Cent mehr an abgewiesene Asylwerber. Das Ergebnis: Minus-Zuwanderung. Aktuell verlassen mehr Migranten das skandinavische Land, als neu ankommen. Auch in Schweden bilden bürgerliche und liberale Parteien die Regierung. Sie beförderten die bei den letzten Wahlen siegreichen Sozialdemokraten auf die Oppositionsbank. Geduldet (und inhaltlich angeleitet) von den patriotischen Schwedendemokraten, die auf Platz zwei landeten, sorgt diese Regierung nun für den nötigen Umschwung in der Asylpolitik.

Auch Österreich wäre auf Basis des vom Wähler neu verteilten Vertrauens in der Lage, seine Bürger vor den katastrophalen Folgen der unkontrollierten Massenimmigration zu schützen. Die nötigen Schritte dazu hat die FPÖ in ihrem Wahlprogramm klar aufgelistet. Im Ergebnis laufen sie darauf hinaus, keinen einzigen Asylantrag eines illegal über die Grenzen auf unser Staatsgebiet eingedrungenen Migranten mehr anzunehmen. Denn jeder hat zumindest ein sicheres Drittland durchquert. Für Afghanen, Syrer und Marokkaner sind wir nicht zuständig. Die Zuständigkeit liegt im nächstgelegenen sicheren Land. Um diese restriktive Politik sicherzustellen, bedarf es der Legalisierung sogenannter „Pushbacks“ an den Grenzen. Zudem sind sämtliche Pull-Faktoren zu beseitigen: keine Geldleistungen mehr für Asylwerber, keine Zahlungen aus der Sozialhilfe und nur Elementarversorgung durch unser Gesundheitssystem. Darüber hinaus – dem ursprünglichen Gedanken folgend – braucht es Asyl mit Ablaufdatum und die Möglichkeit einer pauschalen Abberkennung von Aufenthaltstiteln bei signifikanter Verbesserung

der Sicherheitslage im Herkunftsland. Schließlich muss auch der Zugang zur österreichischen Staatsbürgerschaft über den Asylweg versperrt werden.

Die ÖVP hat es im Wahlkampf vermieden, ähnlich klare Aussagen zu treffen, wie sie gedenkt, die Asyl- und Migrationsproblematik in den Griff zu bekommen. Sie hat allerdings – wie so oft in Wahlkämpfen – fast dasselbe versprochen wie die Freiheitlichen. Wenn sie das auch nur ansatzweise ernst gemeint hat, dann gibt es dafür in Österreich nur einen Partner, denn die Linksparteien akzeptieren keinerlei Verschärfung. Das wird schon daran ersichtlich, dass im Wahlprogramm der Grünen – immerhin seit fünf Jahren Partner der ÖVP in der Bundesregierung – die Begriffe Asyl und Zuwanderung fast ausschließlich in positivem Kontext vorkommen. Zuwanderung wird weiterhin völlig undifferenziert als „Chance“ bezeichnet und dafür geworben, Asylwerbern durch Erwerbstätigkeit einen „Spurwechsel“ in Richtung eines allgemeinen Aufenthaltsrechts zu ermöglichen. Gleichzeitig schwärmt man von der gescheiterten EU-Asylpolitik.

Die ÖVP muss sich also, will sie ihre Versprechen halten, an den bürgerlichen Parteien in den Niederlanden oder Schweden orientieren. Und auch an Ungarn, dessen Regierungspartei immerhin bis vor kurzem der Familie der Europäischen Volkspartei angehörte, ehe sie unter Federführung der CDU hinausgeekelt wurde und sich dem patriotischen Lager anschloss. Gerade die deutsche Schwesterpartei ist mit ihrem Brandmauern-Fetisch gegenüber jeglicher patriotischen Politik ein schlechtes Vorbild.

Dabei gilt es zu bedenken, dass es abseits der Asylpolitik noch zahlreiche weitere Bereiche gibt, in denen Widerstand gegen Brüssel geboten ist. Die katastrophalen Entwicklungen in der von Klimawahnsinn und Kriegstreiberei geprägten Wirtschaftspolitik, deren Folgen durch das vertragswidrige Aufnehmen von immer mehr gemeinsamen Schulden kaschiert werden sollen, seien hier als Beispiele genannt. Auch das sind Themen, bei denen eine sich als

konservativ und bürgerlich verstehende Partei sich klar gegen die EU-Vorgaben positionieren müsste. Die aktuellen Entwicklungen deuten jedoch darauf hin, dass die Asylpolitik die erste Nagelprobe sein wird.

Interviews über Brandmauern, bürgerliche Politik und das Versagen der Medien

„Nehammer wird die Austro-Ampel schmieden“

INTERVIEW MIT NORBERT HOFER

Der Dritte Nationalratspräsident Norbert Hofer über schwarz-blaue Zusammenarbeit im Kabinett Kurz I und die bevorstehende Regierungsbildung



Bild: ParlamentsdirektionPHOTO SIMONIS

Als Sie der Regierung von Sebastian Kurz und H.C. Strache angehörten, war die Akzeptanz in Österreich sehr groß. Trotzdem wurde immer wieder gegen die FPÖ geschossen. Wie hat sich diesbezüglich der Bundeskanzler verhalten?

Norbert Hofer: Die wechselseitige Verteidigung der Regierungsparteien erfolgte natürlich im Parlament vom Rednerpult. Die Mandatare haben selbstverständlich auch die Verteidigung übernommen, wenn ein Minister oder eine Ministerin von anderen Parteien, insbesondere von der Opposition, attackiert wurde. Aber darüber hinaus gab es keinerlei Aktivitäten, wenn gegen die FPÖ agitiert wurde. Das war die Aufgabe unserer Partei, da gab es also keine Unterstützung von der ÖVP.

Nachdem Sie sich immer stark für das Burgenland eingesetzt haben, erhebt sich die Frage, wie wahrscheinlich ist eine neuerliche Koalition der FPÖ Burgenland mit Hans Peter Doskozil?

Hofer: Das ist eine durchaus wahrscheinliche Variante. Was ich hingegen fast ausschliesse, ist eine Koalition zwischen SPÖ und ÖVP, da der Landeshauptmann eine sehr starke Abneigung gegenüber der ÖVP hat und daraus auch kein Geheimnis macht. Wie ich bereits bei meiner Pressekonferenz gesagt habe: Jetzt ist erst einmal

der Wähler am Zug. Wir müssen dem Wähler Respekt zollen und abwarten, wie das Wahlergebnis ausfällt, bevor wir die nächsten Schritte und Entscheidungen treffen.

Ist auch für die kritische Öffentlichkeit nach den herben Verlusten Nehammers nun mit einer Alternative in der ÖVP zu rechnen?

Hofer: Ich glaube, die ÖVP wird versuchen, mit der SPÖ und wahrscheinlich den NEOS eine Dreierkoalition – also eine Austro-Ampel – zu schmieden. Das vor allem deshalb, weil man den Kanzlerposten behalten möchte, zumindest, wenn es nach Nehammer und seinem Umfeld geht. Es gibt jedoch auch sehr einflussreiche und wichtige Persönlichkeiten in der ÖVP sowie im wirtschaftlichen Umfeld, die strikt gegen eine Koalition mit der SPÖ sind und lieber eine Zusammenarbeit mit der FPÖ sehen würden. Für uns ist dabei klar, dass eine Koalition nur unter der Führung der FPÖ und unseres Bundesparteiobermanns Herbert Kickl zustande kommen kann.

Ich hoffe, dass im Laufe der Zeit mehr Vernunft einkehrt und jene Parteien, die Verluste hinnehmen mussten, erkennen, dass es nicht um persönliche Befindlichkeiten, sondern darum geht, Österreich gemeinsam voranzubringen. Österreich braucht in den nächsten Jahren eine solide Standortpolitik, sonst haben wir keine Chance, im internationalen Wettbewerb zu bestehen. Wenn man mich fragt, wer die Alternative zu Nehammer sein könnte, kann ich das nicht eindeutig beantworten. Ich vermute jedoch, dass es eher jemand aus einem Bundesland sein wird und nicht aus dem aktuellen Parlamentsklub.

Das Gespräch führte Walter Tributsch.

„Echte Veränderung nur mit FPÖ möglich“

INTERVIEW MIT UDO LANDBAUER

Landeshauptmann Stellvertreter von Niederösterreich,
Udo Landbauer, über die freiheitliche Regierungsbeteiligung in Niederösterreich



Bild: FPÖ-NO

Herr Landbauer, nach der Nationsratswahl wiederholte Bundeskanzler und ÖVP-Obmann Nehammer seine im Wahlkampf gemachte Aussage, dass er mit der FPÖ bzw. mit Herbert Kickl nicht koalieren wolle. Wie sehen Sie Nehammers Haltung, zumal Sie ja seit über eineinhalb Jahren gemeinsam mit der ÖVP die Landesregierung bilden?

Udo Landbauer: Das hat nichts mit Haltung zu tun, sondern ist schlicht undemokratisch. Die Antwort haben die Wähler ohnehin am 29. September gegeben. Der Wähler hat ein Machtwort gesprochen und eine ganz klare Botschaft der Veränderung gesetzt. Die ÖVP wäre gut beraten, ihre Position zu überdenken. Es gibt nur eine FPÖ mit Herbert Kickl an der Spitze.

Im Wahlkampf hatte sich Landeshauptfrau Mikl-Leitner wiederholt kritisch bzw. ablehnend gegenüber der FPÖ geäußert. Was hat den Meinungsumschwung bewirkt? War es vielleicht politische Vernunft?

Landbauer: Die FPÖ hat bei der Landtagswahl das historisch beste Ergebnis geholt und die SPÖ auf den dritten Platz verwiesen. Die Wähler haben also ein Machtwort gesprochen und den klaren Auftrag erteilt, wer regieren soll. Für uns war von Beginn an klar, dass wir bereit sind, Verantwortung zu übernehmen, aber nicht um jeden Preis, sondern nur dann, wenn freiheitliche Inhalte um-

gesetzt werden und der Wählerwille respektiert wird. Die Wähler geben die Linie vor und die Politik hat das umzusetzen. Das sollte eine Selbstverständlichkeit sein.

Wie gestaltet sich die Regierungsarbeit mit der ÖVP in der Praxis?

Landbauer: Die Arbeit für unsere Familien und Landsleute steht im Vordergrund. Für parteipolitisches Taktieren sind wir nicht zu haben. Wir haben einen Weg für Niederösterreich vereinbart und den gehen wir Schritt für Schritt nach vorne. Alles andere wäre Wählertäuschung, die es mit uns Freiheitlichen nicht geben wird.

Welche Teile des Regierungsübereinkommens zeigen eine blaue Handschrift besonders bzw. was sind die Bereiche, wo Sie sagen, hier wird freiheitliche Politik besonders sichtbar umgesetzt?

Landbauer: Ich bin davon überzeugt, dass ein guter Teil des Arbeitsübereinkommens die starke freiheitliche Handschrift trägt, die sich unsere Wähler erwarten. „Niederösterreich zuerst“ ist unsere Maxime. Angefangen vom Corona-Hilfsfonds über das Gender-Verbot und die Abschaffung der ORF-Landesabgabe bis hin zur restriktiven Asylpolitik, die wir im Land fahren. Mit der Einführung der Sachleistungskarte und dem Entzug von Bargeld für Asylwerber gehen wir den nächsten Schritt. Bei unserem Modell gibt es im Übrigen auch kein Geld mehr für Alkohol oder Zigaretten. Im Gegensatz zu schwarz-grün gibt es bei uns ein klares Festhalten am motorisierten Individualverkehr. Das fasse ich unter vernünftiger Politik zusammen. Wir haben den Hausverstand in die niederösterreichische Landesregierung zurückgebracht. Das schätzen die Landsleute.

Wie wichtig ist es im Allgemeinen, dass die Freiheitlichen Regierungsverantwortung übernehmen?

Landbauer: Echte Veränderung wird es nur mit einer starken freiheitlichen Kraft in Regierungsverantwortung geben – was es zu beweisen galt. So gesehen ist es wichtig, dass die FPÖ Verantwortung übernimmt und gestaltet. Aber nicht um jeden Preis.

Das Gespräch führte Bernhard Tomaschitz.

„Respekt gegenüber dem Votum der Wähler ist entscheidend“

INTERVIEW MIT MARLENE SVAZEK

Landeshauptmann Stellvertreter von Salzburg,
Marlene Svazek, über die Zusammenarbeit in der
schwarz-blauen Salzburger Landesregierung



Bild: FPÖ Salzburg

Frau Svazek, nach der Nationsratswahl wiederholte Bundeskanzler und ÖVP-Obmann Nehammer seine im Wahlkampf gemachte Aussage, dass er mit der FPÖ bzw. mit Herbert Kickl nicht koalieren wolle. Wie sehen Sie Nehammers Haltung, zumal Sie ja seit über einem Jahr in Salzburg gemeinsam mit der ÖVP die Landesregierung bilden?

Marlene Svazek: Die Regierungsbildung in Salzburg hat gezeigt, dass nicht gegenseitige Sympathie, sondern der Respekt gegenüber dem Votum der Wähler, Verantwortungsbewusstsein und ein vernünftiger Zugang ausschlaggebend für eine Zusammenarbeit sind. Die Regierungsarbeit hierzulande basiert auf dem Prinzip des Dialogs und mangels absoluter Mehrheit natürlich auch auf Kompromissbereitschaft. Auf Bundesebene ist das auf Machterhalt und persönlichen Befindlichkeiten basierende Selbstverständnis der VP besonders ausgeprägt, schön langsam sollte aber auch dem Letzten dort klar sein, dass das schwarze Wunschkonzert sein Ende gefunden hat. Für die Zukunft unseres Landes ist der demokratische Wählerwille entscheidend und der hat eine deutliche Sprache gesprochen.

Im Wahlkampf hatte sich Landeshauptmann und ÖVP-Obmann Haslauer wiederholt kritisch gegenüber der FPÖ geäußert. Was hat den Meinungsumschwung bewirkt? War es vielleicht politische Vernunft?

Svazek: In erster Linie das Wahlergebnis, die Rückkehr zur politischen Vernunft spielt aber sicherlich auch eine Rolle. Neben Stimmung und Erwartungshaltung in Salzburg war aber auch wesentlichen Akteuren und Meinungsbildnern in Salzburg klar, dass die Herausforderungen der kommenden Jahre nur mit einer rechten Partei als Partner gelöst und im Sinne unseres Wirtschaftsstandortes und gesellschaftspolitischer Entwicklungen angegangen werden können. Auf diesen Druck hoffe ich auch auf Bundesebene. Salzburg zeigt, dass es einen Unterschied macht, wer regiert und wir in diesen Bereichen auch die Schrittmacher sind.

Wie gestaltet sich die Regierungszusammenarbeit mit der ÖVP in der Praxis?

Svazek: Unaufgeregt. In der Salzburger FPÖ können wir Entscheidungen treffen, die dann rasch und konsequent umgesetzt werden. Uns zeichnet eine Standhaftigkeit gegenüber öffentlich-medialen Druckkulissen und dem Geschrei linker Oppositionsparteien aus. Bei uns weiß man einfach, woran man ist, und das erleichtert natürlich auch die Regierungsarbeit unter Koalitionspartnern. Dasselbe erwarte ich mir auch vom Koalitionspartner, aber bis dato funktioniert diese Zusammenarbeit im Sinne des Bundeslandes recht gut.

Welche Teile des Regierungsübereinkommens zeigen eine blaue Handschrift besonders bzw. was sind die Bereiche, wo Sie sagen, hier wird freiheitliche Politik deutlich sichtbar umgesetzt?

Svazek: Selbstverständlichkeiten wie die Abschaffung der ORF-Landesabgabe, die Rückkehr von Tempo 130 auf unseren Autobahnen oder auch eine klare Vorgabe, wie wir in Salzburg die deutsche Sprache ohne Verhöhnung verstehen, waren in wenigen Wochen erledigt. Wir haben in Salzburg aber den Anspruch, mehr als nur Symbol- oder Schlagzeilenpolitik zu betreiben, wir verfolgen strukturelle Veränderungen im Bundesland. Gleich zu Beginn haben wir das Ende der jahrelangen grünen Politik gegen den ländlichen Raum eingeleitet. Diese Veränderung zeigt sich in einem neuen Selbstver-

ständnis in den Bereichen Wirtschaft, Landwirtschaft, der Jagd und im Natur- und Umweltschutz. Ich will, dass sich das Bundesland im Sinne unseres Wohlstandes und seiner fleißigen Menschen weiterentwickelt und nicht mehr von grüner Verbots- und Moralpolitik dominiert wird. Mit der in diesen Tagen bekannt gewordenen neuen Wohnbauförderung ändern wir auch dieses System und führen gleichzeitig endlich das Beherrschen der deutschen Sprache als Voraussetzung für eine Wohnung ein. Unser Ziel ist es, Familien wieder den Zugang zu Eigentum zu ermöglichen, ohne dabei unrealistische Hürden aufzubauen. Generell nehmen wir im Bereich der Förderungen Bedacht darauf, linken Träumereien ein Ende zu bereiten und nach Maßstäben, die wir festlegen, die Richtung vorzugeben. Es ist auch kein politischer Zufall, dass man als Migrant in Salzburg jetzt die Bereitschaft zeigen muss, seinen Beitrag zu leisten und das Prinzip des „Förderns“ dem „Fordern“ gewichen ist. Endlich wird sanktioniert, wer nicht bereit ist, Leistung zu bringen und sich anzupassen. Salzburg wird sich in dieser Legislaturperiode verändern und dafür sind die Freiheitlichen verantwortlich.

Wie wichtig ist es im Allgemeinen, dass die Freiheitlichen Regierungsverantwortung übernehmen?

Svazek: Freiheitliche Regierungsverantwortung entspricht der normativen Kraft des Faktischen: Die Menschen verlangen nach einer Haltungspolitik, die verlässlich ist, aber gleichzeitig den Pragmatismus besitzt, sich den aktuellen Herausforderungen zu stellen. Wir werden mittlerweile gewählt, um für die Veränderung verantwortlich zu zeichnen, und das geht sich im Regelfall nur dann wirklich glaubhaft und nachhaltig aus, wenn man auch bereit ist, diese Verantwortung auch messbar zu übernehmen.

Wir haben in der Vergangenheit gezeigt, dass wir nicht nur schnell entscheiden können, sondern auch richtig: sei es bei Corona oder beim Thema Asyl. Das Portfolio ist thematisch beliebig erweiterbar und deshalb sollte sich auch niemand davor fürchten, diese Republik zu einer besseren machen zu wollen. Wer als Ziel

eine Politik hat, die den Österreichern dient und die Zukunft klar im Blick hat, wird nicht scheitern.

Das Gespräch führte Bernhard Tomaschitz.

„Die Ampel hat Deutschland in eine Staatskrise manövriert“

INTERVIEW MIT ALICE WEIDEL

AfD-Co-Vorsitzende Alice Weidel über die Wahlergebnisse in Sachsen und Thüringen, die undemokratischen Praktiken gegen ihre Partei und den Verfassungsschutz.



Frau Dr. Weidel, bei der Landtagswahl in Thüringen wurde die AfD stärkste Partei, in Sachsen knapp hinter der CDU zweistärkste Kraft. Was sind die Gründe für diese Erfolge?

Alice Weidel: Die Lage ist dramatisch, die Ampel hat Deutschland in eine Staatskrise und an den Rand des Staatsbankrotts manövriert. Ihre „Transformations“-Politik bedeutet den Umbau Deutschlands zu einer ökosozialistischen Plan- und Mangelwirtschaft – es droht die vollständige Deindustrialisierung. Die Innere Sicherheit und damit das Vertrauen in die staatlichen Institutionen erodieren immer weiter dank des Kontrollverzichts und Totalversagens der Ampel bei der Schicksalsfrage Migration. Die Union ist als politisches Korrektiv nicht glaubwürdig: Wie auch die Energiewende ist die unkontrollierte Massenmigration das Werk von CDU/CSU. Davon profitiert die AfD: Immer mehr Bürger erkennen, dass es für einen grundlegenden Politikwechsel keine Alternative zur Alternative für Deutschland gibt.

Am 22. September wird auch in Brandenburg ein neuer Landtag gewählt. Wie sind Ihre Erwartungen?

Weidel: Ein weiterer Erdrutschsieg. Die AfD ist in Brandenburg in Umfragen bereits jetzt mit Abstand stärkste politische Kraft. Bis

zur Wahl wird die Zustimmung noch weiter zunehmen angesichts des unwürdigen parteipolitischen Geschachers im Nachgang der Landtagswahlen in Thüringen und Sachsen, insbesondere was die Rolle von CDU und BSW betrifft.

Warum fährt die AfD in den östlichen Bundesländern bessere Wahlergebnisse ein bzw. was wollen Sie unternehmen, damit der Westen bei den Wahlergebnissen nachzieht?

Weidel: Die Bürger in Ostdeutschland sind anders sozialisiert. Man hat dort angesichts der DDR-Erfahrung sehr viel feinere Antennen für eine freiheitsfeindliche und ideologisch aufgeladene Politik. Zudem ist im Osten die Wohlstandsschicht auch über 30 Jahre nach der Wiedervereinigung immer noch geringer. Die sozioökonomischen Folgen der desaströsen Ampel-Politik sind dort früher und deutlicher spürbar. Aber die Ampel sorgt dafür, dass auch das Mehr an Wohlstand im Westen in kürzester Zeit verschwinden wird.

Sind aus den Wahlergebnissen in Sachsen und in Thüringen Schlussfolgerungen für die Bundestagswahl im Ende September 2025 möglich oder ist es dafür noch zu früh?

Weidel: Dafür ist es noch etwas zu früh.

Wird die Ampelregierung noch bis zum geplanten Wahltermin weiterwursteln oder vielleicht doch vorher zerbrechen?

Weidel: Dies ist schwer vorherzusagen. Die Ampel ist am Ende, sie wurde am 1. September abgewählt. Laut ZDF-Politbarometer sprachen sich sage und schreibe null Prozent der Befragten für die Ampel-Koalition aus. Der Druck ist gewaltig. Der einzige Kitt, der die Ampel noch zusammenhält ist die Angst vor dem Verlust von Macht, Posten und Geld. Jeder Tag, den diese Versagerkoalition weiter dilettiert, ist zum Schaden von Deutschland – es bedarf dringend vorgezogener Neuwahlen.

Obwohl die AfD in Thüringen klar stärkste Kraft geworden ist, wird sie von den anderen Parteien weiterhin ausgegrenzt. Was sagt uns das über den Zustand der Demokratie nicht nur in Thüringen, sondern in der Bundesrepublik insgesamt?

Weidel: Die sogenannte „Brandmauer“ der Altparteien gegenüber der AfD ist antidemokratisch. Sie erinnert sehr an die Nationale Front in der DDR. Die Ausgrenzung der AfD, die in Thüringen stärkste politische Kraft ist und über 30 Prozent der Wähler repräsentiert, beschädigt die demokratische Kultur. Wo Opposition ausgegrenzt, kriminalisiert wird – oder sogar verboten werden soll – herrscht Unfreiheit.

Wie ist das Verhalten der CDU zu bewerten? Anstatt in den beiden Bundesländern mit der AfD in Koalitionsverhandlungen zur Bildung einer nichtlinken Regierung zu treten, verhandeln die Christdemokraten lieber mit den linken Parteien.

Weidel: Die CDU hat sich in eine strategische Sackgasse manövriert. Ohne AfD kann die CDU keine bürgerlich-konservative Politik, die sie den Wählern im Wahlkampf verspricht, umsetzen. Sie hat sich mit der Brandmauer in eine babylonische Gefangenschaft der linken Parteien begeben. Das wird sie nicht mehr lange durchhalten – oder sie wird mittel- bis langfristig den Weg der Democrazia Cristiana in Italien gehen. Es gab Zeiten, da hat CSU-Chef Stoiber noch für schwarz–blaue Koalitionen geworben – in Österreich. Daran sollte man in München und Berlin mal wieder erinnern.

Auch das neue BSW schließt eine Zusammenarbeit mit der AfD aus. Haben wir es beim BSW mit einer „neuen Altpartei“ zu tun?

Weidel: Laut Anspruch Wagenknechts sollte das BSW eine weitere Alternative zum etablierten Parteiensystem sein. Nach den Landtagswahlen hat es sich jedoch als Mehrheitsbeschafferin für die Altparteien entpuppt. Unter dem Strich ist das BSW keine oppositionelle Kraft, sondern eine Art trojanisches Pferd.

Die Wahlerfolge der AfD sind den Altparteien naturgemäß ein Dorn im Auge: Besteht nun nach den großen Erfolgen in Sachsen und Thüringen die Gefahr, dass der Verfassungsschutz noch aggressiver gegen Ihre Partei vorgeht, um den Boden für ein Parteiverbot aufzubereiten?

Weidel: Ich hoffe, die Ampel wird ihren autoritären Sonderweg in der westlichen Welt nicht fortsetzen. Der Verfassungsschutz

passt nicht zu einer liberalen Demokratie. Es ist brandgefährlich, dass er vor allem unter der Ampel immer mehr selbst zum politischen Akteur wird. Er gehört in seiner jetzigen Form abgeschafft. Der Abwehrkampf der AfD gegen staatliche Repression und verfassungswidriges Regierungshandeln ist inzwischen ein Kampf für den Erhalt und die Zukunft der freiheitlich-demokratischen Grundordnung in Deutschland.

Das Gespräch führte Bernhard Tomaschitz.

„In Wahrheit eine Verfassungskrise“

INTERVIEW MIT NORBERT NEMETH

Norbert Nemeth, Klubdirektor des freiheitlichen Parlamentsklubs, über die Befindlichkeiten des Bundespräsidenten und wie man seine Rolle neu definieren könnte.



Bild: Parlamentsdirektion/PHOTO SIMONIS

Die Linke hat es mit ihrer „Brandmauer-Diskussion“ gegen Herbert Kickl und die FPÖ so weit getrieben, dass gepflegte Usancen, die zwar nicht festgeschrieben sind in der Verfassung, aber stets geübt wurden, nicht mehr gelten sollen, weil ein unliebsamer Konkurrent stimmenstärkste Partei wurde. Wäre es nicht an der Zeit, aus Usancen geschriebenes Recht zu machen?

Norbert Nemeth: Was Sie ansprechen, ist der sogenannte Regierungsbildungsauftrag, den der Bundespräsident traditionellerweise an den Spitzenkandidaten der stärksten Partei erteilt. Das war nie eine große Sache. Bislang. Denn am 29. September ist die FPÖ als Erste durchs Ziel gegangen. Es ist kein Geheimnis, dass es dem Bundespräsidenten missfällt, einen Freiheitlichen als Bundeskanzler anzugeloben. Daraus resultiert eine Situation, die man in Wahrheit als Verfassungskrise bezeichnen kann, zumal die Befindlichkeiten eines Einzelnen mit dem Wählerauftrag kollidieren und somit eine Regierung im Amt bleibt, die zwar formal, aber nicht mehr materiell legitimiert ist. Es wird spannend sein zu beobachten, wie lange die SPÖ diesen Zustand duldet, oder - wann immer das sein mag - mit uns einem Misstrauensantrag zustimmt. Vielleicht sollte man auch darüber nachdenken, die Rolle des Bundespräsidenten zu

überarbeiten. Zum Beispiel könnte man den Kanzler und die übrigen Regierungsmitglieder vom Nationalrat wählen lassen. Derzeit beschränkt sich die Rolle des Nationalrates darauf, der Regierung, beziehungsweise ihren Mitgliedern, das Misstrauen aussprechen zu können. Der Nationalrat hat somit lediglich eine passive Rolle. Er kann Regierungsmitglieder abwählen, sie aber nicht aktiv bestimmen. Das sollte überdacht werden.

In der Frage des Nationalratspräsidenten gibt es eine eindeutige Gegnerschaft der Grünen, aber unter anderem positive Stimmen von August Wöginger von der ÖVP und sogar von Doris Bures aus der SPÖ, die auch ungeschriebene Gesetze im Parlamentarismus einhalten möchte. Kann man diese Positionen nun als repräsentativ für die jeweiligen Partei nehmen?

Nemeth: Im Parlament kommt das Nebeneinander von Verfassung und Realverfassung besonders gut zum Ausdruck. Auf der einen Seite gilt das Legalitätsprinzip, das bedeutet, der Nationalrat darf nur, was ihm in der Verfassung und der Geschäftsordnung explizit erlaubt ist, auf der anderen Seite herrscht ein Bündel von ungeschriebenen Spielregeln, die sogenannte Usance. Dazu gehört, dass nicht nur die Klubs der Regierungsmehrheit Parlamentsfunktionen besetzen, sondern sie auf alle Klubs nach d'Hondt aufgeteilt werden. Das ist zum Beispiel bei den Ausschussobleuten so. Auch der gesamte parlamentarische Fahrplan wird einvernehmlich festgelegt und vieles andere mehr. Die wichtigste Usance ist sicherlich, den Präsidenten aus den Reihen der stärksten Fraktion zu wählen. Die Klubs von SPÖ und ÖVP wissen, welche Konsequenzen ein Abgehen von dieser Gewohnheit für den Rest der Gesetzgebungsperiode hätte. Letztlich geht es um die Frage, welche Rolle die Opposition generell spielen soll. Die FPÖ heute auszugrenzen, kann ein gefährliches Präjudiz sein.

Den Linken gelingt es immer wieder, mit Wortschöpfungen wie z.B.: Brandmauer, die dann von den Medien übernommen werden, Positionen zu verankern. Gleiches kann man von der rechten Seite nicht feststellen.

Was halten Sie von solchen Diktionen und gibt es da nicht Aufholbedarf für die FPÖ?

Nemeth: Die Methoden der Linken zu übernehmen, würde bedeuten, selbst ein wenig links zu werden. Wir sind eben anders, gerader. Das ist auch der Grund, warum wir gewählt wurden. Nicht, weil wir semantische Tricks praktizieren, sondern weil wir die Sorgen der Bürger erkennen, ernst nehmen und den Mut haben, die richtigen Antworten darauf zu geben. Dass die Medien- und Kunstszene links tickt, ist bekannt und in absehbarer Zeit nicht änderbar.

Generell ist zu bemerken, dass die Grünen mit zahlreichen Plattformen im Internet und auf der Straße Politik machen, die losgelöst vom Parlamentarismus geeignet sind, ideologische Schwerpunkte in den Köpfen der Bürger zu verankern. Was halten Sie von derartigen außerparlamentarischen Politikaktivitäten?

Nemeth: Generell hat ein Jeder, somit auch die Grünen, das Recht, zu demonstrieren und seine Meinung zu äußern. Dafür habe und werde ich mich immer einsetzen. Eine undemokratische Konnotation bekommen solche Demos, wenn sie sich gegen ein Wahlergebnis richten. Wenn dazu aufgerufen wird, es nicht anzuerkennen, oder unterstellt wird, der Wähler habe sich geirrt. Für uns bedeutet Demokratie das Mehrheitsprinzip, für Lenin bedeutete Demokratie die Übernahme der Macht durch die Bolschewiken. Irgendwas muss da abgefärbt haben.

Das Gespräch führte Bernhard Tomaschitz.

„Diskurs nicht auf die Straße verlagern“

INTERVIEW MIT ARNOLD SCHIEFER

Arnold Schiefer, ehemaliger Vorstand der ÖBB und künftiger FPÖ-Nationalratsabgeordneter, über „gute“ und „schlechte“ Mauern in der Politik.



Bild: Schiefer

Ein Schlagwort des Wahlkampfes war zweifellos „Brandmauer“. Aus der EDV weiß man, dass damit der Rechner gegen unerwünschte Einflüsse abgeschirmt und geschützt werden soll. Was hat das eigentlich noch mit Demokratie zu tun, wenn man den Begriff gegen politische Gegner einsetzt? Wird damit nicht ein Ausgrenzungsprozess gegen Parteien und Wähler verfolgt?

Arnold Schiefer: Ich sehe darin auch ein hohes Maß an intellektueller Unredlichkeit. Einerseits kritisiert man Grenzzäune und das virtuelle Bild einer Festung Europas bzw. Österreichs zum Schutz des Staatsgebiets und deren Bürger und andererseits möchte man innerhalb der Gesellschaft eines Staates „Brandmauern“ errichten, die wiederum die Spaltung der Gesellschaft weiter vorantreiben. Es gibt also nun auch die Unterscheidung in „gute“ Mauern innerhalb der Gesellschaft und des Staates und „böse“ Mauern die zur faktischen Kontrolle der Grenzübertritte dienen. Ich denke für diejenigen, die hier eine Brandmauer fordern, war auch der sozialistische eiserne Vorhang und die Berliner Mauer ein Schutzwall gegen die böse „rechte“ Marktwirtschaft. Damals fand die Abstimmung darüber mit den Füßen über Fluchtrouten statt. Nun durch demokratische Wahlvorgänge. Beides war und ist anscheinend gewissen „Ewiggestrigen“

nach wie vor unerklärlich. Weshalb sie die Bürger belehren und deren demokratische Wahlmöglichkeiten einschränken wollen, anstatt ihre ideologische Utopie zu hinterfragen und ihre politische Arbeit an den Bedürfnissen der Menschen auszurichten.

In den meisten Ländern Europas werden außerhalb des Parlaments stets linke Bewegungen aktiv. Fridays for future, Klimakleber oder auch das gezielte Attackieren von Ballbesuchern verbreiten Ideologie, schaffen Öffentlichkeit, die nichts kostet. Warum bedienen sich eigentlich Parteien wie die AfD, die ÖVP, CSU oder die FPÖ nicht solcher Methoden?

Schiefer: Grundsätzlich halte ich friedliche Demonstrationen und Protestbewegungen für einen wichtigen Bestandteil unserer demokratischen Bürgerrechte. Aggression und Gewalt sind abzulehnen. Ich persönlich möchte den politischen Diskurs nicht auf die Straße verlagern. Das Risiko einer Eskalation durch vermeintlich linke oder rechte Chaoten ist mir zu groß. Umso mehr ist es wichtig, dass möglichst viele an den demokratischen Prozessen teilnehmen können und man mit Verbotsforderungen daher sehr sorgsam umgehen muss. Die sogenannte „bürgerliche Mehrheit“ in Österreich ist nur selten für eine Demonstration zu bewegen gewesen. Vielleicht auch deshalb, weil sich die bürgerliche Mehrheit auch als Teil des „Establishments“ fühlt, welches ja auch den Staat am Laufen erhält. Auch denke ich, dass „inflationärer“ Gebrauch des Demonstrationsrechts dieses Instrument der freien Meinungsäußerung eher schwächt.

Ein wesentliches Merkmal sind auch Politikerinterviews. Da hat man den Eindruck, viele rücken nicht mit der Sprache heraus. Und wenn sie gefragt werden, wollen sie gefallen, den zeitgeistigen Medien und den anonymen Zusehern auf der anderen Seite der Kamera. Ähnliches gilt für Redakteure und Moderatoren in Massenmedien wie dem ORF, die alles tun, um nur ja der „political correctness“ zu huldigen. Das muss doch den Zusehern langsam auf die Nerven gehen?

Schiefer: Hier darf man nicht zu streng sein. Es entscheidet jeder für sich selbst, ob er seine Glaubwürdigkeit und Authentizität

am Altar eines Rhetorikseminars bzw. Mediencoachings opfert. Die Menschen vor den Empfangsgeräten haben ein feines Gespür für so etwas. „Political correctness“ ist nichts Schlechtes. Man kann nur halt alles auch übertreiben. Dies gilt für viele aktuell „gehyppte“ Themen bis hin zu Karl Mays literarischer Figur Winnetou. Wobei ich mir manchmal denke, dass hier mehr Gelassenheit und weniger Schnappatmung angebracht ist. Sorge muss man sich allerdings machen, wenn dies als belehrende Agitation Einzug in das Bildungswesen und in die öffentlich-rechtlichen Medien hält. Gerade dort sollten diese Themen nicht ins Manipulative und „Beserwässerische“ abgleiten, da wir sonst immer mehr Menschen an zweifelhafte Internetmedien und an die politischen Ränder verlieren. Mehr Zusammenhalt und weniger „Selbstgerechtigkeit“ wurde hier schon von Sarah Wagenknecht eingefordert. Hier kann ich mich nur anschließen.

Das Gespräch führte Walter Tributsch.

„Reaktionen der Antifa nach dem FPÖ-Sieg sind antidemokratisch“

INTERVIEW MIT PETER WESTENTHALER

ORF-Stiftungsrat Peter Westenthaler
über die Missachtung des Wählerwillens
und die Gefahr von Links.



Bild: Facebook

Herr Westenthaler, Sie sind ja der einzige Vertreter der FPÖ im ORF-Stiftungsrat und sind auch durch bemerkenswerte Wortmeldungen aufgefallen. Gibt in diesem Stiftungsrat so etwas wie eine „Brandmauer“ gegen Sie oder können Sie dort frei agieren?

Peter Westenthaler: Das ist so etwas wie ein Kollegialorgan, aber natürlich ist die Mehrheit der 35 Stiftungsräte besetzt von ÖVP und Grünen. Und so gesehen wird dort die Arbeit von den Regierungsparteien gemacht.

In diesem Kreis bin ich ein Störenfried, weil ich eine andere Auffassung davon habe, wie ein Stiftungsrat arbeitet. Ich sehe mich dort weder als Vertreter des ORF oder irgendeines Organs. Ich bin Vertreter der Zuseher und Zuseherinnen. Daran mussten sich die anderen 34 Stiftungsräte gewöhnen, und diese Gewöhnungsphase geht noch weiter.

Wie reagieren darauf diese Stiftungsräte?

Westenthaler: Ich lasse mich nicht mundtot machen. Ich habe auch bereits einen Brief bekommen von einigen Stiftungsräten. Darin wird behauptet, ich würde mich nicht gut verhalten und gegen den ORF arbeiten.

Worin liegt ihr angebliches „Missverhalten“ gegenüber dem ORF?

Westenthaler: Tatsache ist, dass der ORF eine Reform an Haupt und Gliedern braucht. Ich sehe meine Aufgabe darin, das zu artikulieren.

Dieser Brief ist wohl ein Anzeichen des Widerstandes anderer Mitglieder gegen Ihre Absichten. Ist das so etwas wie eine „Brandmauer“ oder sollte man das als etwas Anderes bezeichnen?

Westenthaler: Ich sehe dort keine „Brandmauer“. Ich habe mit einigen Stiftungsräten ein sehr gutes Verhältnis. Es gibt eine Reihe von Ländervertretern, die meine Vorbringungen ähnlich sehen. Ich habe auch bereits zwei Anträge durchgebracht. Ich sehe dort keine „Brandmauer“, aber ich sehe ein hartnäckiges Bestreben beim ORF, möglichst alles so zu belassen, wie es ist. Der Propaganda-Systemfunk soll einzementiert werden. Das versucht vor allem die schwarze Fraktion, aber auch die Grünen stehen in keiner Weise nach. Ansonsten ist das aber ein Gremium, in dem man auch einiges durchsetzen kann.

In Europa erweitern die Linken Parteien ihr Betätigungsfeld durch Aktionen, die auf der Straße gesetzt werden - „Fridays fo future“, „Klimakleber“ oder auch und vor allem die „Antifa“, die ja auch jetzt unmittelbar nach der Wahl mit einer Reihe von Plattformen aus dem grün-linken Bereich gegen eine Regierungsbeteiligung der FPÖ demonstriert hat. Warum nutzen nicht auch die ÖVP oder die FPÖ diese Möglichkeit der Straße?

Westenthaler: Das weiß ich nicht. Ich sehe das aber auch differenziert. Ich habe mir sehr genau die Berichte über die so genannten „Donnerstagedemonstration“ angesehen. Und da hat sich herausgestellt, dass das gekaufte Demonstranten aus dem Ausland sind oder Touristen. Es sind kaum Leute aus Österreich dabei, das ist international. Und da stellt sich schon die Frage, ob es zulässig ist, dass man gekaufte Demonstranten marschieren lässt, die in Österreich für Unruhe und Destabilisierung sorgen. Das sind Linksradikale und zum Teil auch gewaltbereite Demonstranten, die aus dem Ausland kommen. Für mich ist die Mobilisierung der Straße das letzte Mittel. Und das auch nur dann, wenn man für etwas eintritt und nicht

gegen etwas. Wir haben ein freies Demonstrationsrecht. Was aber jetzt passiert, ist die Antidemokratie, die eine Koalition aus Dreien bildet, gegen den Wahlsieger und nun kommt auch die Ausdehnung auf der Straße. Das ist klarer Missbrauch.

Wenn Sie die Bezeichnung Antidemokratie angeben, was sind eigentlich die Eckpfeiler einer funktionierenden Demokratie, die wir offenbar verloren haben?

Westenthaler: Da bin ich interessanterweise, trotz der sonst geäußerten Kritik, bei der Aufzählung des Herrn Bundespräsidenten. Eine liberale Demokratie hat als Grundwerte die Gewaltentrennung, eine unabhängige Justiz, das Parlament, die Regierung, unabhängige Medien zum Gegenstand. Das alles gilt es zu sichern. Wir haben in Zeiten von Corona gesehen, wie Grundrechte verletzt und eingeschränkt wurden. Auch da war es Herbert Kickl und die FPÖ die, übrigens mit Mobilisierung der Straße, mit hunderttausenden Demonstranten für die Wiederherstellung der Demokratie eingetreten ist.

Wir neigen dazu, die Vergangenheit immer ein bisschen durch die rosarote Brille zu sehen. Sie waren ja selbst mit Andreas Khol Koordinator einer Blau-Schwarzen Koalition. Waren damals die Zeiten besser?

Westenthaler: Ich möchte nicht behaupten, dass etwas besser oder schlechter war. Die Koalition damals war etwas Neues, europaweit. Das hat man damals auch an der Reaktion des europäischen „Establishments“ gesehen, das ja gleich einmal das ganze Land ausgegrenzt hat. Es wurde dann sogar eine Untersuchungskommission geschickt, die Gespräche geführt und untersucht hat, ob in Österreich die Demokratie abgeschafft wurde. Der Endbericht hat uns dann ein ausgezeichnetes Zeugnis ausgestellt, er hat festgestellt, dass die schwarz-blaue Regierung hervorragende Arbeit geleistet hat. Und das im Interesse der Bürger, der Demokratie und ihrer Weiterentwicklung. Die Ängste, die damals geschürt wurden, vor allem von roter Seite national wie internationaler Provenienz. Das geschah aber auch von Einflüsterern und Vernaderern, die die Koalition und unser Land schlechtmachen wollten.

Da wurde offenbar Pionierarbeit geleistet...

Westenthaler: ... Ja, es war damals der entscheidende Schritt zu einer Normalisierung. Man hat gesehen, dass auch Mitte-Rechtsparteien eine Regierung bilden können, ohne dass dabei demokratische Werte verloren gingen. Danach folgten Regierungsbildungen von Mitte-Rechts-Koalitionen auch in anderen Ländern. Heute ist das etwas ganz Normales.

Wenn Sie ihre Erfahrung einbringen, was könnte man aus der damaligen Koalition lernen und für die heutige Zeit übernehmen?

Westenthaler: Man soll sich nicht auf falsche Wege leiten lassen. Man soll sich nicht für dumm verkaufen lassen. Ich habe es schon mehrfach auch längst vor den Wahlen gesagt: Es gibt diesen Pakt zwischen ÖVP, SPÖ und den NEOS, eine Regierung gegen die Freiheitliche Partei zu bilden, egal wie die Wahl ausgeht. Jeden Tag bekommt dieser Pakt durch öffentliche Äußerungen neue Nahrung. Wenn Herr Babler noch am Wahlabend meint, er führe ohnehin schon Gespräche, dann können wir davon ausgehen, dass es eine Koalition der Verlierer geben wird, gegen den Wählerwillen.

Was sollen dann die Aussagen von Wöginger, Nemeth und Bures, die Van der Bellen auffordern, Kickl als Stimmenstärksten mit Sondierungsgesprächen zur Bildung einer Regierung zu betrauen?

Westenthaler: Man darf sich von der Rederei nicht irreführen lassen. Es wird ganz offensichtlich versucht, die FPÖ ausrutschen zu lassen. Bei einem Scheitern Kickls kann man sich dann gemütlich zurücklehnen und darauf hinweisen, dass Kickl die Regierungsbildung nicht zustande brächte. Das muss deutlich kommuniziert werden. Genauso, wenn man feststellt, dass etwa die ÖVP nur Scheinverhandlungen führt.

Wir haben das in unserem Interview vor wenigen Wochen mit Marktforscher Beutelmeyer angesprochen. Er meinte damals, so eine Koalition würde eine unglaubliche Sprengkraft in sich tragen, die die Regierung in kurzer Zeit in die Luft sprengt.

Westenthaler: Da bin ich der gleichen Ansicht. Wenn wir jetzt schon die ersten Anzeichen sehen für die Landtagswahlen in Vorarlberg und der Steiermark. Wenn bereits jetzt knapp nach der Nationalratswahl deutlich wird, dass so eine Schmierenkomödie abläuft und das Drehbuch schon längst vorher geschrieben war, dass auf Zeit gespielt wird und letztlich eine Verliererkoalition daraus wird, dann wird der Wählerwille nicht respektiert, und dagegen kann man nicht regieren.

Das Gespräch führte Walter Tributsch.

„Medien haben zu informieren und nicht zu kampagnisieren“

INTERVIEW MIT GERALD GROSZ

Gerald Grosz im Gespräch über Brandmauern



Bild: Ares Verlag

Jean Claude Juncker hatte einmal behauptet, Politiker müssten von Zeit zu Zeit lügen. Bei unseren hat man den Eindruck, dass sie davon zu oft Gebrauch machen. Auf der anderen Seite sind auch Moderatoren und Redakteure von Massenmedien bemüht, sich der „political correctness“ zu beugen. Geht das den Lesern und Sehern nicht bald einmal auf die Nerven?

Gerald Grosz: Ich glaube, dass die Männer und Frauen, die Konsumenten der Medien mündig genug sind, um hinter die Kulissen zu schauen. Die Wahrheit ist den Menschen zuzumuten. Sie kann nie verletzend sein, die Wahrheit kann im Übrigen auch nicht verhetzend sein. Das Hauptproblem der politischen und medialen Debatten ist, dass sie Wahrheiten und Fakten verdrehen.

Was sind die Folgen daraus?

Grosz: Man sieht, dass sich immer mehr Bürger jenen zuwenden, die klar in der Sprache sind. Gleiches gilt auch hinsichtlich der Medien. Die Bürger wenden sich jenen Medien zu, die klar und geradeheraus kommunizieren und es den Bürgern überlassen, sich eine Meinung zu bilden.

Sie sind ja einer jener, die regelmäßig in Medien auftreten, Bei OE 24 sind Sie sogar mehrfach die Woche zu sehen. Sie gehen den Weg, sogar noch zu überzeichnen, vor allem wenn es gegen Ihren Gegner Borhn Mena

geht. Ist diese aggressive Linie vom Medium vorgegeben, oder haben Sie sich das so ausgesucht?

Grosz: Nein, also wir haben bei Fellner vollkommene Freiheit. Wir haben in all den Jahre, in denen es diese Dienstag-Sendung gibt, zuerst mit Fussi und nun mit Bohrn Mena keine einzige davon wiederholen müssen. Es wurde auch kein einziges Mal zensiert oder geschnitten. Wir besprechen fünf Minuten vor der Sendung die Themen, die wir durchnehmen wollen und gliedern sie in Kapitel. Ansonsten sind Bohrn Mena und ich vollkommen frei. Das ist in Wahrheit auch das Geheimnis. Diese Sendung hat jeden Dienstag einen Marktanteil zwischen 6 und 10 Prozent...

... das ist beachtlich!

Grosz: Sie ist mittlerweile im deutschsprachigen Raum die beliebteste Konfrontation. Mittlerweile sind es auch schon sehr viele Bundesdeutsche, die uns sehen. Ich bekomme jede Woche zig Zuschriften mit dem Tenor, das wäre echtes Fernsehen, abseits der gleichgeschalteten Meinung, wo unterschiedliche Standpunkte zugelassen werden, ja sogar noch gefördert werden. Ich weiß, dass die Fellners meine Meinung nicht teilen, diese aber sehr wohl zulassen.

In ihrer Sprache merkt ganz deutlich den Unterschied, da kann von Zurückhaltung oder Anpassung, wie es der Österreicher so gerne handhabt, keine Rede sein.

Grosz: Ich bin kein Kind von Traurigkeit. Von dem konträren Standpunkt, polarisierend vorgetragen, lebt diese Sendung. Es geht nicht darum, dass man unsere Standpunkte annimmt, sondern wir präsentieren zwei unterschiedliche und der Seher kann sich selbst seine Meinung bilden.

Es ist wohl weniger die Liberalität der Herren Fellner, die auch ihre Meinung zu lassen, es ist wohl ein Schielen auf die Reichweite ...

Grosz: ... natürlich! Käme diese Sendung nicht beim Publikum an, gäbe es sie nicht mehr. Ein privates Medium orientiert sich nicht an Zwangsgebühren, es tut dies ausschließlich an wirtschaftlichen Erfolgen. Würden Quoten und Reichweiten nicht passen,

könnten keine Werbeblöcke verkauft werden. Im Übrigen ist mir dies allemal, um nicht zu sagen beim A.... lieber als die Indoktrinierung von einem mit Zwangsgebühren geführten Medienhaus, das zu 90 Prozent mit seiner politischen Berichterstattung am Wunsch der Seher vorbeigeht. Ein kluger Leitartikel oder Kommentar, der durchaus einen persönlichen Standpunkt im öffentlich rechtlichen Fernsehen vertritt, kann durchaus legitim, ja sogar wünschenswert sein. Dass aber die politische Berichterstattung nicht mehr die Fakten wiedergibt, sondern die persönliche Meinung von Redakteuren, halte ich für die Demokratie zersetzend.

Etwas weniger liberal als die Fellners scheint die Politik in Österreich zu sein. Wir hören immer wieder den Begriff „Brandmauer“, der in der EDV den Rechner vor Viren schützt. In der Politik aber soll er Parteien oder Personen vom Regieren ausschließen. Funktioniert so Demokratie?

Grosz: Wenn auch nicht probat, so ist das ein Mittel mancher politischer Gruppierungen des politischen Establishments. Allerdings mit mäßigem Erfolg. Jene, die Brandmauern errichten, verbrennen sich meistens hinter der Mauer. Das sieht man bei all diesen Wahlergebnissen. Diese Brandmauern erinnern mich an Krematoriumsmauern, wo jene vom Wähler kremiert werden. Wenn ich mir Sachsen, Thüringen oder Brandenburg anschau, dann hat der Wähler diejenigen verbrannt, die in Dresden die Brandmauern aufgebaut haben. Und in Österreich, wo Andreas Babler eine antifaschistische Brandmauer aufgezogen hat, wollen 80 Prozent der Österreicher laut Wahlergebnis mit seiner Brandmauer nichts zu tun haben. Solche Brandmauern erledigen sich von selbst. Wie etwa jene in Deutschland 1989.

Das Gespräch führte Walter Tributsch.

Zitate über die beiden schwarz–blauen Koalitionen

Zitate Regierung Schüssel–Haider:

Andreas Khol: *„Ein solches Femeverfahren, wie es da gegen Österreich gelaufen ist, müssen wir in Zukunft einfach verhindern.“* Quelle Profil 6.5.2000

„Speed kills.“ Quelle Standard 2003

„Die Wende ist geglückt. Der schwarz-blaue Marsch durch die Wüste Gobi“ – Buchtitel (2001); Wolfgang Schüssel

Regierungserklärung am 9. Februar 2000:

„So werden doch konsequente Reformschritte notwendig sein, um in Zukunft das Gute zu bewahren, aber auch das notwendige Neue zuzulassen und zu gestalten. Viele erstarrte Strukturen müssen aufgebrochen werden. Wir brauchen weniger Vorschriften und mehr Freiheit.“

„Vieles von dem, was jetzt über Österreich berichtet wird, ist nicht gerechtfertigt. Vieles wird undifferenziert dargestellt. Dieser überzogenen Kritik halte ich entgegen: Alle in diesem Haus vertretenen Parteien stehen zu den Grundwerten der Demokratie.“

„Ich fordere alle Kritiker im Inland sowie unsere europäischen und transatlantischen Partner auf, ihre Vorurteile und vorgefassten Meinungen zu überdenken.“

Zitate Regierung Kurz–Strache:

Regierungserklärung am 20. Dezember 2017:

„An dieser Stelle möchte ich ganz besonders Heinz-Christian Strache und der Freiheitlichen Partei für die konstruktiven Verhandlungen danken, denn neben den Visionen, den Zielen und den eigenen Ideen braucht es auch einen Partner, um diese umzusetzen. Vielen Dank für die guten Verhandlungen und dafür, dass wir gemeinsam zu einem Ergebnis gekommen sind.“

„Aus meiner Sicht ist die entscheidende Frage nicht, woher jemand kommt oder in welchen Bereichen er bisher tätig war, sondern die entscheidende Frage ist, ob eine Regierung gute Arbeit für die Österreicherinnen und Österreicher leistet, ob eine Regierung Positives für die Menschen beitragen kann, für die Familien, die Unternehmer und Arbeitnehmer und vor allem auch für alle Generationen in unserem Land. Wir wollen eine Politik machen, die den Menschen wieder dient, anstatt sie zu bevormunden.“

Kurz am 24. Juni 2024 beim „C3 Business Talk“:

„Die Koalition mit der FPÖ hat sehr gut funktioniert. In relativ kurzer Zeit ist sehr viel gelungen, was gut ist fürs Land.“ [exxpress.at/politik/ex-kanzler-sebastian-kurz-die-koalition-mit-der-fpoe-hat-sehr-gut-funktioniert/](https://www.exxpress.at/politik/ex-kanzler-sebastian-kurz-die-koalition-mit-der-fpoe-hat-sehr-gut-funktioniert/)



ISBN 978-3-950-5389-5-3

Vorwort von

Herbert Kickl

Texte von:

Wilhelm Brauneder

Markus Buchheit

Lothar Höbelt

Johannes Hübner

Bernd Kallina

Erich Körner-Lakatos

Friedrich-Wilhelm Moewe

Andreas Mölzer

Werner Reichel

Albrecht Rothacher

Fritz Simhandl

Andreas Skorianz

Petra Steger

Andreas Tögel

Bernhard Tomaschitz

Walter Tributsch

Andreas Unterberger

Norbert van Handel

Interviews mit:

Gerald Grosz

Norbert Hofer

Udo Landbauer

Norbert Nemeth

Arnold Schiefer

Alice Weidel

Peter Westenthaler